

Nordrhein-Westfalen im Vergleich

2005

Impressum

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen

Autor:
Dr. Jörg-Peter Schräpler

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05,
40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51,
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-4481/4431
Telefax: 0211 442006
Internet: <http://www.lds.nrw.de>
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Pressestelle:
0211 9449-4429/4436

Zentraler Informationsdienst:
0211 9449-4457/4406

Umschlagfoto: Stefan Arendt, Medienzentrum Rheinland

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW, Düsseldorf, 2005

Die Verbreitung durch die Presse ist mit Quellenangabe erwünscht, wir bitten um einen Beleg.
Im Übrigen sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung,
auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise,
über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung.
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Bestell-Nr. Z 52 1 2005 00

editorial

Als Träger der amtlichen Statistik im bevölkerungsstärksten deutschen Bundesland stellt das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen umfassendes Datenmaterial über soziale und wirtschaftliche Gegebenheiten bereit; im Fokus der Betrachtungen stehen dabei in den Veröffentlichungen meist das Land und seine Regionen. Die vorliegende Publikation „Nordrhein-Westfalen im Vergleich“ wählt einen anderen Ansatz: Hier werden für relevante gesellschaftliche und wirtschaftliche Themenbereiche seitens des Landesamtes Indikatoren zu einem Bund-Länder-Vergleich zusammengestellt und anhand übersichtlicher Grafiken und prägnanter Texte dargestellt und kommentiert.

Die ausgewählten Kennzahlen sollen Ihnen, den interessierten Leserinnen und Lesern, einen Überblick über die Leistungsfähigkeit, die Stärken und Schwächen des Landes Nordrhein-Westfalen geben. Das Spektrum ist breit angelegt, es umfasst Aspekte zur Bevölkerungsentwicklung ebenso wie Aussagen zu den Themenbereichen Wirtschaft, Einkommen, Arbeitsmarkt, Bildung, Verkehr und öffentliche Finanzen. Zur Positionsbestimmung werden die Ausprägungen einzelner Indikatoren und Strukturmerkmale zu bestimmten Messzeitpunkten vergleichend dargestellt.

Bei einem großen Flächenland wie Nordrhein-Westfalen bietet es sich an, die Analyseebene auch regional zu vertiefen. Daher werden für einige ausgewählte Indikatoren auch regionale Verteilungen auf der Ebene der kreisfreien Städte und Kreise dargestellt, Zusammenhänge aufgezeigt und Entwicklungen im Zeitverlauf dargestellt.

Dank gebührt an dieser Stelle allen Bürgerinnen und Bürgern, Firmen und Institutionen, die durch ihre Auskünfte zu den Erhebungen erst die Basis für zuverlässige, aussagekräftige amtliche Statistiken schaffen.

Jochen Kehlenbach

Präsident

Inhalt

Bevölkerung	6
Nordrhein-Westfalen ist mit Abstand das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland	6
Geburten, Sterbefälle und Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen	8
Regionale Bevölkerungsentwicklung in NRW bis 2020	10
Altersstruktur der Bevölkerung – NRW wird immer älter	12
Knapp zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen	14
Wirtschaft	16
Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet ein Fünftel des deutschen Bruttoinlandsprodukts	16
Rasanter wirtschaftlicher Wandel in Nordrhein-Westfalen	18
Industrieschwerpunkte – starke chemische, Maschinenbau- und Metallindustrie in NRW	20
Dienstleistungsschwerpunkte: In NRW liegt der Hauptsitz vieler Dienstleistungsunternehmen	22
Arbeitsproduktivität in NRW 5,4 Prozent über dem Durchschnitt für Deutschland	24
Gute Wettbewerbsfähigkeit – niedrige Lohnstückkosten in Nordrhein-Westfalen	26
Bruttoanlageinvestitionen	28
Kapitalintensität	30
FuE-Intensität und Patentanmeldungen	32
Nordrhein-Westfalen exportiert fast genauso viel wie Spanien	34
Ausländische Unternehmen investieren vor allem in Nordrhein-Westfalen	36
Einkommen	38
Arbeitnehmerentgelt in den Wirtschaftsbereichen	38
Verfügbares Einkommen und Sparquote der privaten Haushalte	40
Arbeitsmarkt	42
Überdurchschnittlicher Anstieg der Erwerbstätigenzahl in Nordrhein-Westfalen	42
Frauenerwerbstätigkeit – Erwerbsquote und Teilzeitquote	44
Erwerbslosigkeit	46
Erwerbsquote und Erwerbslosenquote in NRW nach Alter und Geschlecht	48
Bildung	50
Nordrhein-Westfalen hat den geringsten Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss	50
Geringere Ausgaben für Schulen, unterdurchschnittliche Unterrichtsstundenzahl in NRW	52
Nordrhein-Westfalen weist die höchste Studienberechtigtenquote auf	54
Nordrhein-Westfalen hat eine ausgeprägte Hochschullandschaft und bundesweit die meisten Studierenden	56
Studienanfängerquote und Hochschulabsolventenquote	58
NRW weist bei Studierenden einen deutlichen „Importüberschuss“ auf	60
Verkehr	62
Nordrhein-Westfalen – Hauptgüterumschlagplatz Deutschlands	62
Unterdurchschnittlich viele Straßenverkehrsunfälle und Verkehrstote in NRW	64
Öffentliche Finanzen	66
Nordrhein-Westfalen weist einen vergleichsweise niedrigen Personalstand im öffentlichen Dienst auf	66
Personalausgaben der öffentlichen Haushalte	68
Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in NRW	70

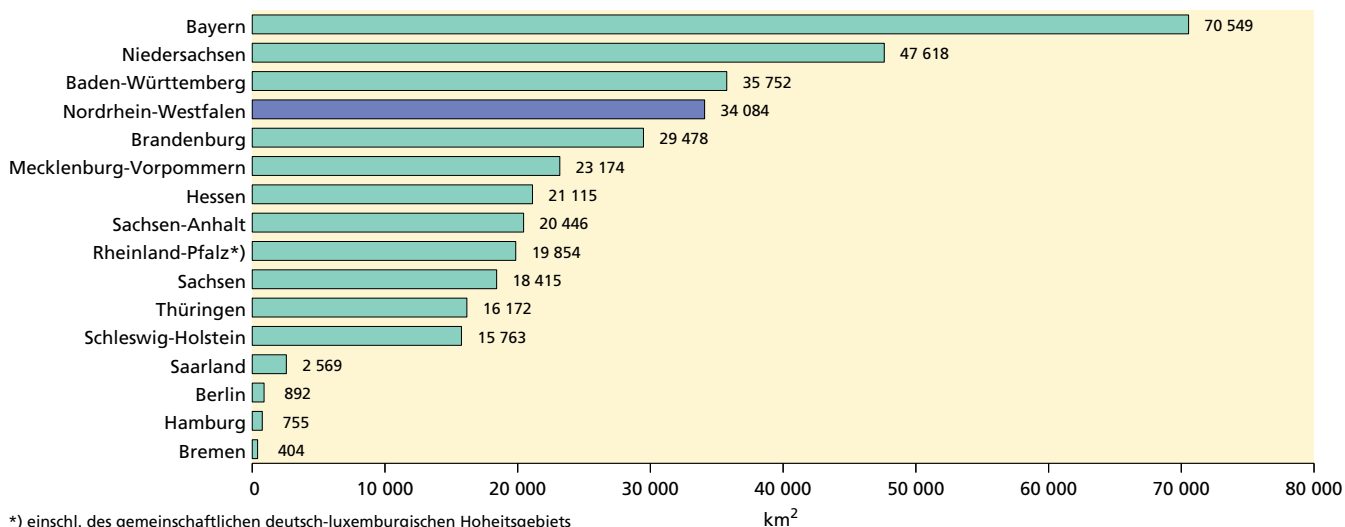
Nordrhein-Westfalen ist mit Abstand das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland

In Nordrhein-Westfalen lebt mehr als ein Fünftel der Bevölkerung Deutschlands, mit 18,075 Mill. Einwohnern ist es das mit Abstand bevölkerungsreichste deutsche Bundesland. Die Bevölkerungszahl Nordrhein-Westfalens ist seit etwa zwei Jahrzehnten vor allem durch Zuwanderungsgewinne kontinuierlich angewachsen. So weist NRW heute etwa 1,4 Mill. Einwohner mehr auf als im Jahr 1985. Im Jahr 2004 lag der Zuwanderungssaldo um etwa 12 000 unter dem Vorjahreswert, so dass erstmals wieder ein leichter Rückgang der Einwohnerzahl um 4 334 gegenüber dem Vorjahr zu beobachten war. Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW soll die Gesamtbevölkerung bis 2007 allerdings noch leicht anwachsen. Danach wird die Bevölkerungszahl bis 2040 kontinuierlich auf rund 16,9 Mill. zurückgehen. Ursache hierfür ist der Geburtenrückgang, der in Kombination mit der steigenden Lebenserwartung dafür sorgt, dass der Altersdurchschnitt der Bevölkerung stetig ansteigt.

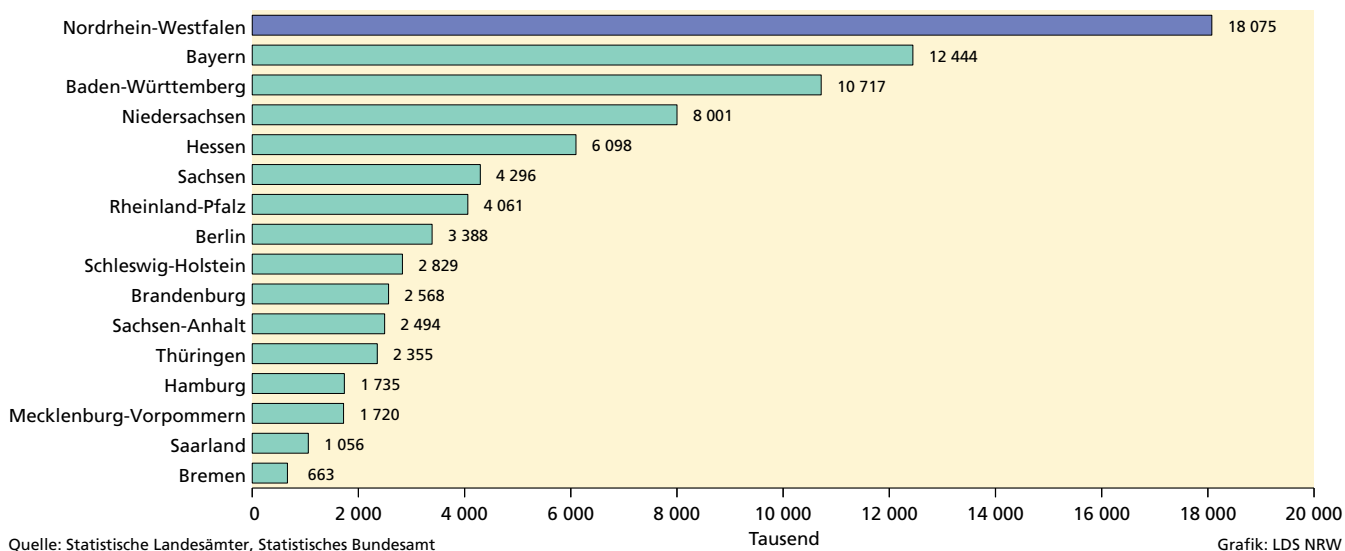
Hinter Bayern, Niedersachsen und Baden-Württemberg ist Nordrhein-Westfalen das viertgrößte Flächenland Deutschlands und weist nach den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen mit 530 Einwohnern je Quadratkilometer die höchste Bevölkerungsdichte auf. Sie liegt damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt (231 Einwohner je Quadratkilometer). Allein fünf der zwölf größten Städte Deutschlands liegen in Nordrhein-Westfalen. Die bevölkerungsreichste Stadt in NRW ist Köln mit rund 970 000 Einwohnern.

Seit Jahren ist in Deutschland eine Tendenz zu kleineren Haushaltsgrößen zu beobachten. Der Anteil der Einpersonenhaushalte ist in NRW, wie in allen anderen Bundesländern auch, ständig angewachsen. Von den im März 2004 ermittelten 8,46 Mill. Privathaushalten in NRW waren 36,4 Prozent Einpersonenhaushalte (Gesamtdeutschland 37,2 Prozent). Im Jahr 1970 hatte der Anteil der Einpersonenhaushalte noch 23,5 Prozent betragen. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte lag 2004 bei 35,1 Prozent (1970 bei 27,8 Prozent), jener der Dreipersonenhaushalte bei 13,3 Prozent (1970 bei 20,9 Prozent) und der Anteil der Vier- und Mehrpersonenhaushalte bei 15,2 Prozent (1970 bei 27,9 Prozent).

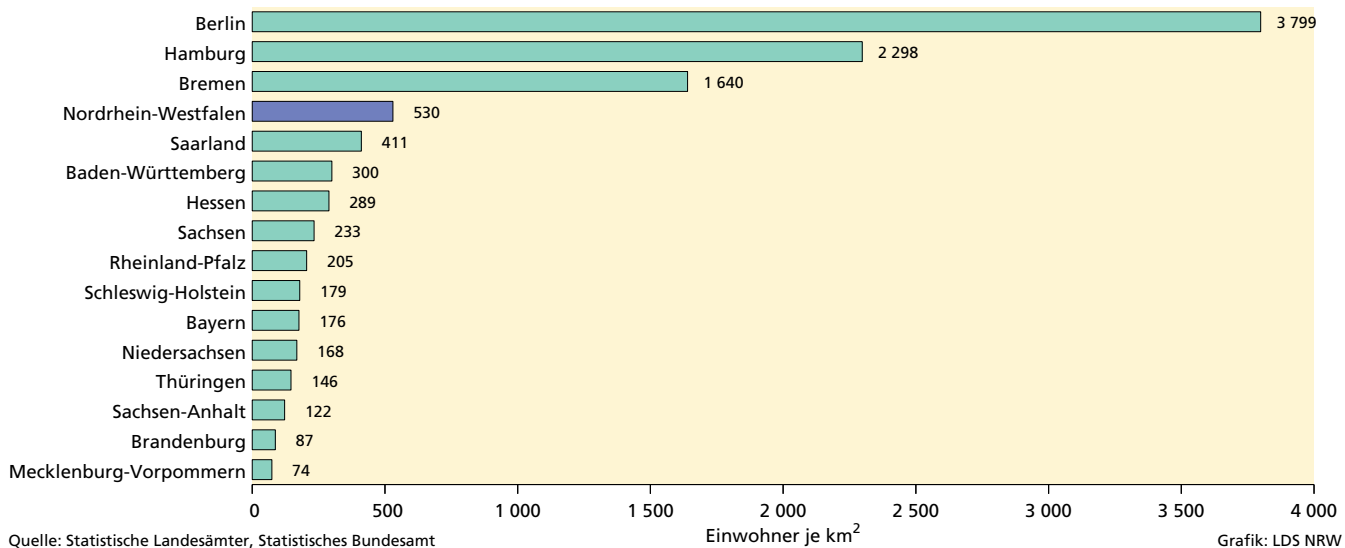
Fläche am 31. 12. 2004 nach Bundesländern



Bevölkerung am 31. 12. 2004 nach Bundesländern



Bevölkerungsdichte am 31. 12. 2004 nach Bundesländern



Geburten, Sterbefälle und Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen

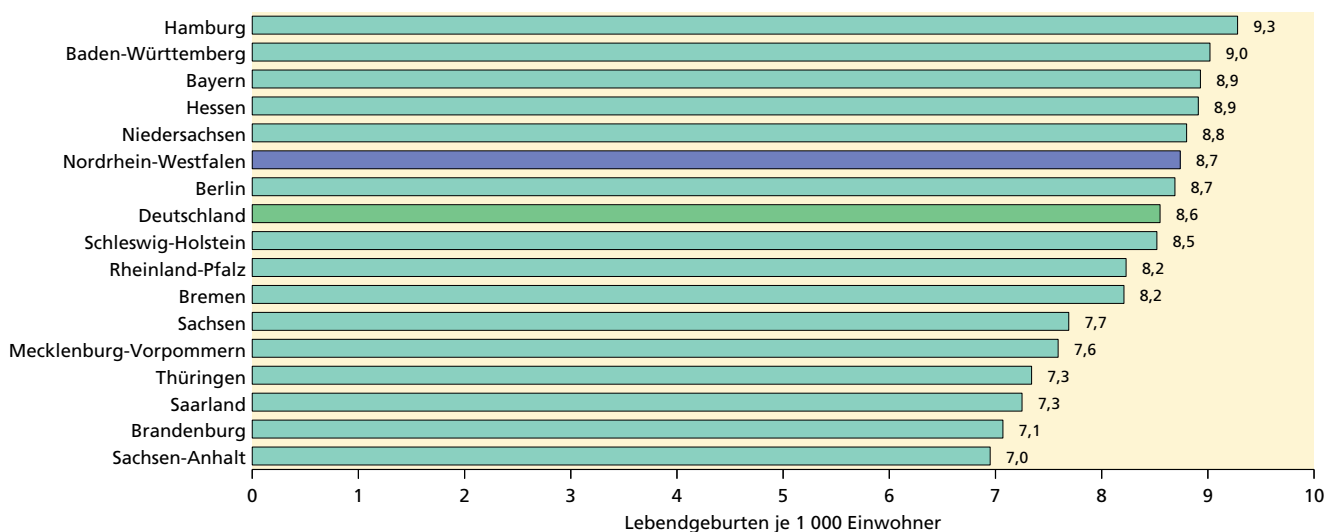
Die derzeitige Geburtenzahl von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau in Westdeutschland liegt weit unter dem für die Bestandserhaltung der Bevölkerungszahl notwendigen Niveau von 2,1. Seit Mitte der 70er-Jahre ist die Geburtenzahl pro Frau in allen westdeutschen Bundesländern vergleichsweise konstant geblieben, trotz Verschiebungen im durchschnittlichen Gebäralter der Mütter. 2004 kamen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 158 054 Kinder zur Welt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Rückgang um 1 829 Geburten bzw. 1,1 Prozent. Mit Ausnahme der Jahre 1996 und 1997 ist die Anzahl der Lebendgeburten in NRW seit 1990 rückläufig.

Für den Ländervergleich wird die Anzahl der Lebendgeburten auf die Einwohnerzahl bezogen. Mit 8,7 Lebendgeburten pro 1 000 Einwohner lag die Geburtenrate in NRW 2004 etwas über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 8,6. Die höchste Rate wies Hamburg mit 9,3 Geburten pro 1 000 Einwohner auf. Die niedrigsten Geburtenzahlen werden in Ostdeutschland erreicht; nach der Wiedervereinigung kam es hier zu einem schlagartigen Rückgang der Geburten. Die Gründe hierfür werden insbesondere in den Umbrüchen und Unsicherheiten nach der Wiedervereinigung gesehen.

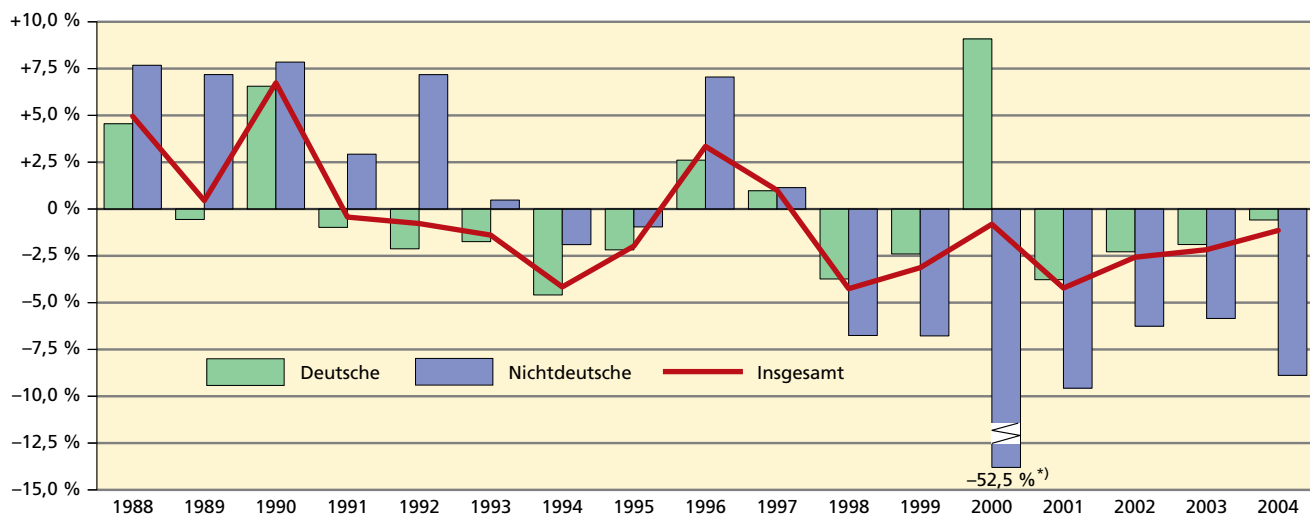
Der Bevölkerungsanstieg von 1980 bis 2004 in Nordrhein-Westfalen ist das Ergebnis von Wanderungsgewinnen. Ohne Zuwanderung wäre die Bevölkerungsentwicklung rückläufig, da die Zahl der Sterbefälle die der Geburten seit Jahren deutlich übersteigt. Dabei zeigen sich zwischen der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung gegenläufige Entwicklungslinien. Während seit 1980 in jedem Jahr mehr Deutsche starben als geboren wurden, war es für die nichtdeutsche Bevölkerung genau umgekehrt. Insgesamt übertraf zwischen 1980 und 2004 die Zahl der Geburten die der Sterbefälle nur in vier Jahren (1990, 1991, 1992 und 1997). In den anderen Jahren gab es hingegen einen Sterbefallüberhang. Im Jahr 2004 betrug der Negativsaldo rund 26 000.

Anfang 2000 wurde das Staatsangehörigkeitsgesetz dahingehend geändert, dass Kinder von Ausländern unter bestimmten Voraussetzungen bei der Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Sie müssen sich allerdings zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen oder die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten wollen. Aufgrund dieser Änderung werden ab dem Jahr 2000 geborene Kinder von Ausländern mit einer seit mindestens drei Jahren unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung als deutsche Geburten gezählt. Dadurch hervorgerufen weist die Statistik im Jahr 2000 für die deutsche Bevölkerung in NRW einen Zuwachs um 13 462 Geburten (+9,1 Prozent) und für die ausländische Bevölkerung einen Rückgang um 14 896 Geburten (-52,5 Prozent) gegenüber dem Vorjahr aus.

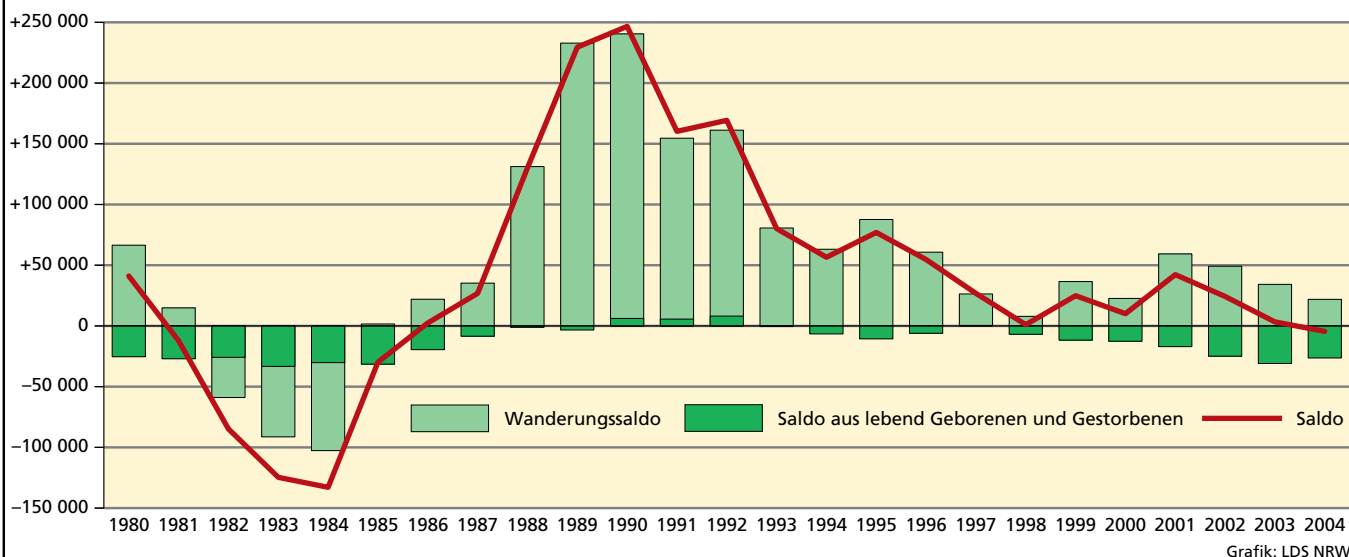
Bruttogeburtenrate 2004 nach Bundesländern



Veränderungsraten der Lebendgeburten in Nordrhein-Westfalen 1988 – 2004 gegenüber dem Vorjahr



Saldo der Zu- und Fortgezogenen und der natürlichen Bevölkerungsbewegung in Nordrhein-Westfalen 1980 – 2004

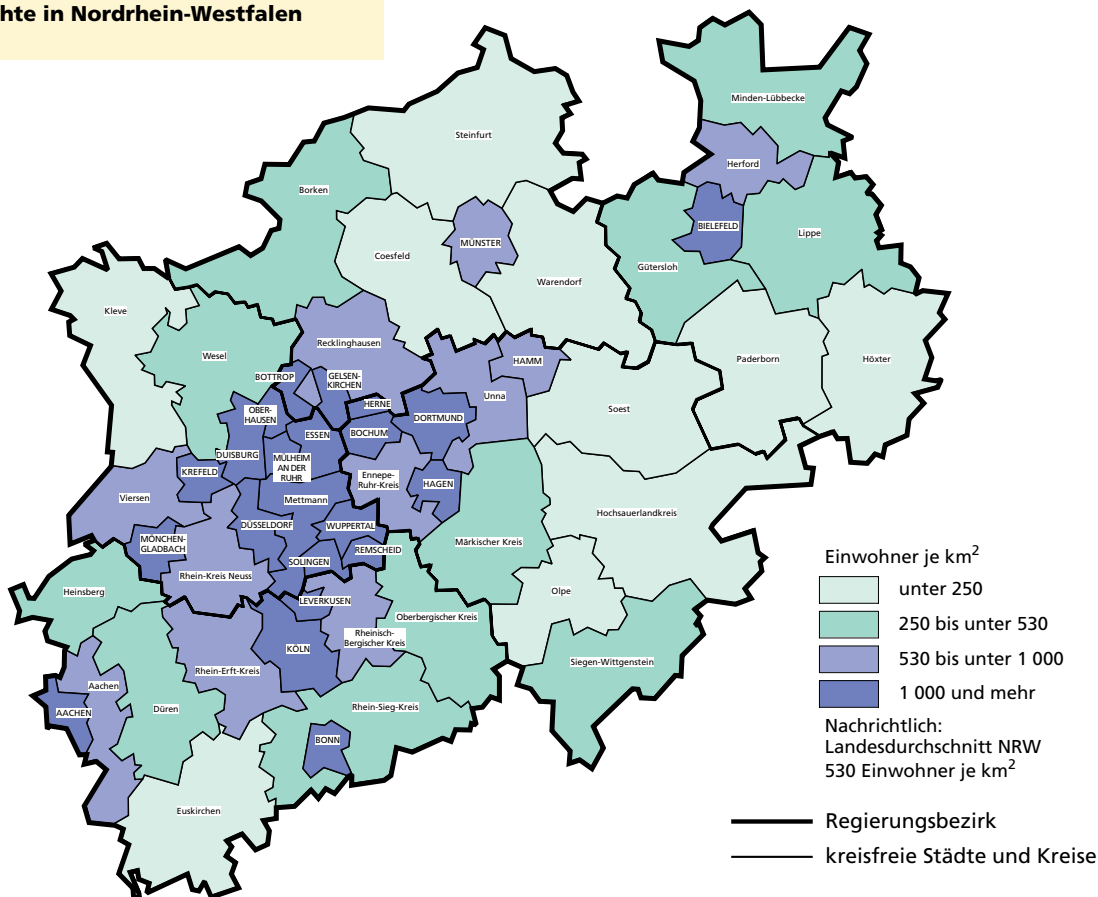


Regionale Bevölkerungsentwicklung in NRW bis 2020

Nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des LDS NRW ist bis 2020 mit einem Rückgang der Einwohnerzahlen in Nordrhein-Westfalen zu rechnen. Die Entwicklung in den kreisfreien Städten und Kreisen NRWs zeigt dabei deutliche regionale Unterschiede. So wird erwartet, dass die Ballungsgebiete (Ausnahme: Stadt Bonn) in den nächsten 15 Jahren an Einwohnern verlieren werden, während viele der ländlichen Regionen Einwohner dazu gewinnen können. Die Ursachen hierfür liegen neben der aktuell regional sehr unterschiedlichen Altersstruktur in den unterschiedlich starken Zuwanderungsströmen und unterschiedlich hohen Geburtenziffern. In den überwiegenden Kreisen wird der Gestorbenenüberschuss durch Wanderungsgewinne mehr als ausgeglichen, während in den meisten kreisfreien Städten der Gestorbenenüberschuss durch einen negativen Wanderungssaldo verstärkt wird.

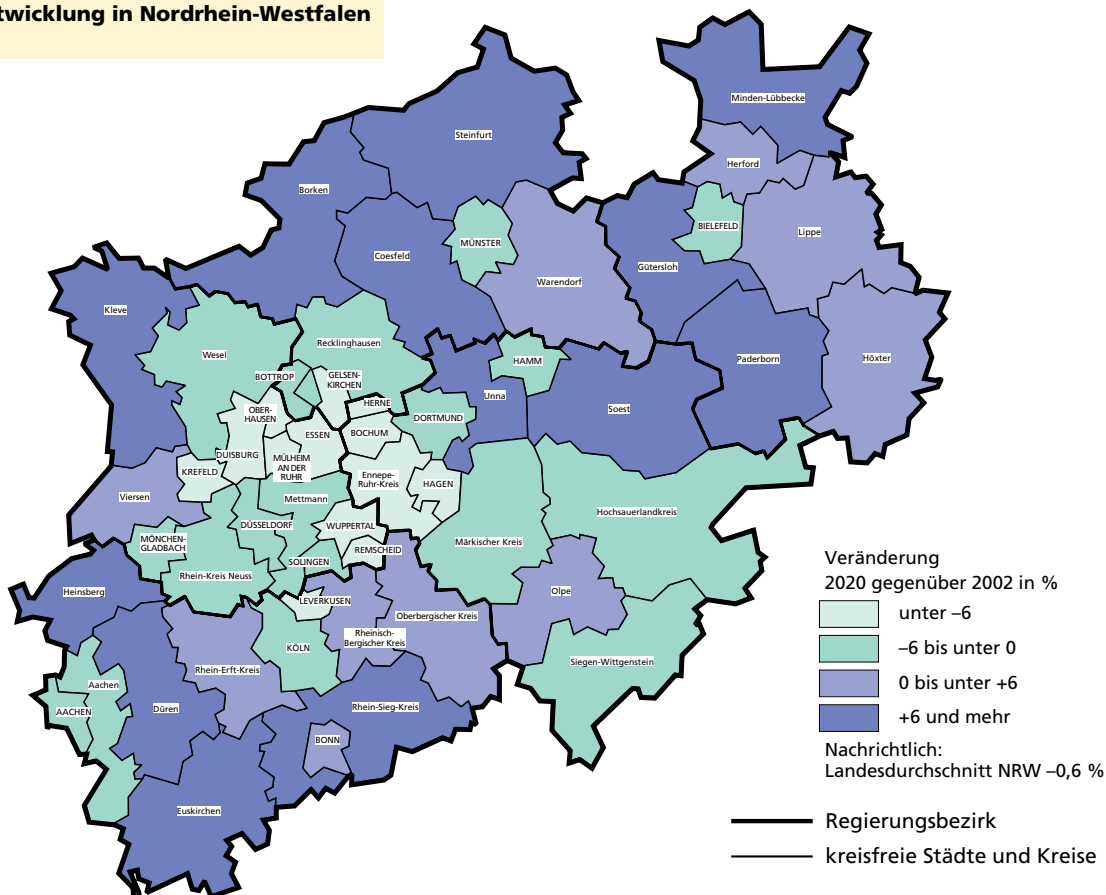
Schon jetzt ist die Bevölkerungszahl insbesondere in den Städten des Ruhrgebietes durch den Überhang an Sterbefällen rückläufig. Das Ruhrgebiet ist nach London und Paris der drittgrößte Ballungsraum Europas. Hier lebt mit 5,35 Mill. Einwohnern etwa ein Drittel der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens auf nur 13 Prozent der Fläche des Bundeslandes. Bis 2020 wird für das Ruhrgebiet mit einem Bevölkerungsrückgang um sechs Prozent gerechnet. Auch Verluste im zweistelligen Bereich werden vor allem für die kreisfreien Städte Hagen (–16,3 Prozent), Wuppertal (–14,3 Prozent), Gelsenkirchen (–13,2 Prozent), Krefeld (–11,4 Prozent), Essen (–10,8 Prozent) und Duisburg (–10,2 Prozent) vorausberechnet. Zweistellige Zuwächse werden voraussichtlich der Rhein-Sieg-Kreis (+12,5 Prozent) sowie die Kreise Paderborn (+12,4 Prozent) und Gütersloh (+11,4 Prozent) verzeichnen. Insgesamt werden für die Regierungsbezirke Düsseldorf (–5,4 Prozent) und Arnsberg (–2,2 Prozent) Rückgänge erwartet. Mit Zugewinnen können die Regierungsbezirke Münster (+ 0,9 Prozent), Köln (+3,0 Prozent) und Detmold (+5,6 Prozent) rechnen.

**Bevölkerungsdichte in Nordrhein-Westfalen
am 31. 12. 2004**



Grafik: LDS NRW

**Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen
2002 – 2020**



Grafik: LDS NRW

Altersstruktur der Bevölkerung – NRW wird immer älter

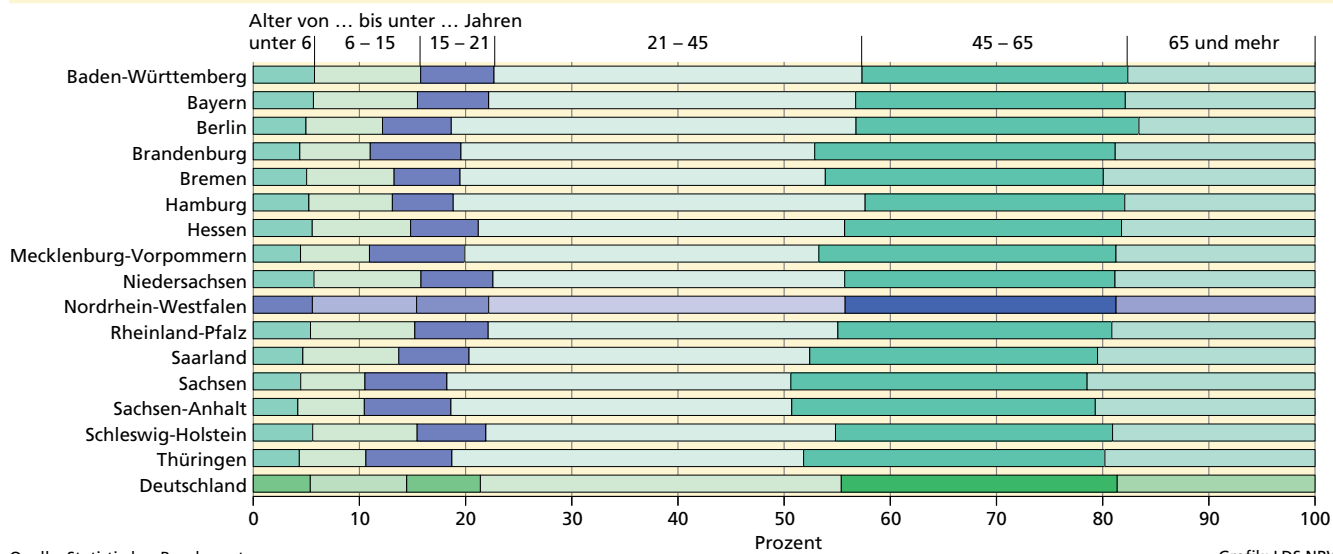
Das Durchschnittsalter der nordrhein-westfälischen Bevölkerung war im Jahr 2004 mit über 42 Jahren um sieben Jahre höher als Anfang der 1950er-Jahre (1950: gut 35 Jahre). In den 1950er- und 1960er-Jahren nahm es um etwa zwei Jahre zu, in den folgenden Jahrzehnten kam dann ein Anstieg um weitere fünf Jahre hinzu. Mit der Alterung der Bevölkerung steigt auch die Belastung der erwerbsfähigen Bevölkerung. So müssen soziale und staatliche Transfers aus dem volkswirtschaftlichen Einkommen an die nicht erwerbstätigen jüngeren und älteren Menschen durch die erwerbsaktive Bevölkerung finanziert werden. Ein Hilfsmittel zur Darstellung dieser Relationen sind Altersmaße. Der „Jugendquotient“ stellt die noch nicht erwerbsfähige und der „Altenquotient“ die nicht mehr erwerbsfähige Bevölkerung der erwerbsfähigen Bevölkerung gegenüber. Bundesweit ist ersterer stark gesunken und letzterer angestiegen. So lag der Jugendquotient 1970 in NRW bei 58,0 Prozent (früheres Bundesgebiet 58,3 Prozent) und sank bis 1990 auf einen Minimalwert von 35,5 Prozent. Danach folgte bis zum Jahr 2004 – bedingt durch die Kinder der stark besetzten Baby-Boomer-Jahrgänge aus den 1960er-Jahren – ein Anstieg auf 39,0 Prozent (früheres Bundesgebiet ohne Berlin 38,4 Prozent). Der Altenquotient lag 1970 in NRW bei 35,7 Prozent (früheres Bundesgebiet 38,0 Prozent) und stieg bis 2004 auf 45,8 Prozent (früheres Bundesgebiet ohne Berlin 44,9 Prozent).

Das Billeter-Maß bildet die Wirkung des Geburtenniveaus auf den Alterungsprozess ab. Es setzt die noch nicht reproduktive Bevölkerung (unter 15-Jährige), vermindert um die nicht mehr reproduktive Bevölkerung (50-Jährige und Ältere), ins Verhältnis zur Bevölkerung im aktiven generativen Alter (15- bis unter 50-Jährige) und gewichtet so das generative Potenzial der Bevölkerung. Je kleiner sein Wert ist, desto älter ist im demografischen Sinne die Bevölkerung. Je weniger junge Menschen nachwachsen, umso negativer wird der Wert und umso intensiver ist der Alterungsprozess. Der Wert für das Billeter-Maß sank für NRW von –11,7 im Jahr 1970 (früheres Bundesgebiet –13,7) auf –44,8 im Jahr 2004 (früheres Bundesgebiet ohne Berlin –44,1).

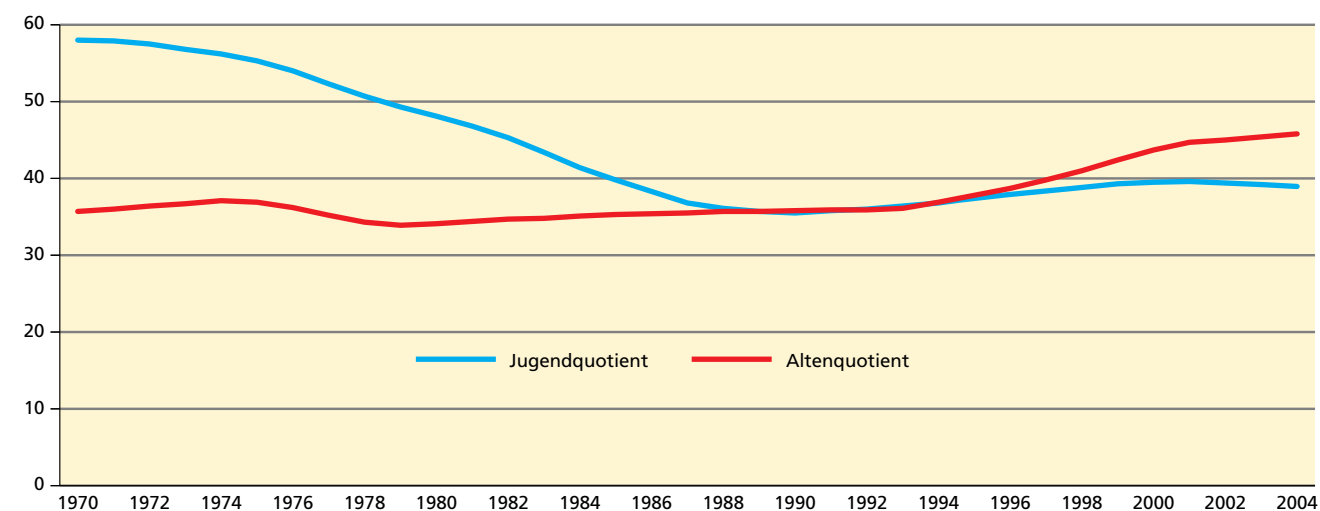
Die Altersstruktur wird sich in NRW und in den anderen Bundesländern in den kommenden Jahren weiter deutlich verschieben. Die aktuellen Vorausberechnungen der Bevölkerung des LDS NRW bis 2020/2040 erwarten einen kontinuierlichen Rückgang der Zahl der Kinder und Jugendlichen (bis unter 21 Jahren) von 4,01 Mill. im Jahr 2004 bis zum Jahr 2020 um etwa 548 000. Bis zum Jahr 2040 wird sich die Zahl weiter auf 3,23 Mill. reduzieren. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird sich bis 2020 auf 45 Jahre und bis 2040 auf 46,5 Jahre erhöhen.

Die aktuelle Altersstruktur der Bevölkerung in NRW gleicht im Wesentlichen derjenigen in Gesamtdeutschland. Ende 2004 waren 22,2 Prozent der Bevölkerung unter 21 Jahre (Deutschland 21,4 Prozent), 59,1 Prozent zwischen 21 und 65 Jahre (Deutschland 60,0 Prozent) und 18,7 Prozent über 65 Jahre alt (Deutschland 18,6 Prozent). Unter den Bundesländern wiesen Ende 2004 Baden-Württemberg (22,7 Prozent) und Niedersachsen (22,6 Prozent) leicht höhere Anteile an der Altersgruppe unter 21 Jahren auf. In den neuen Bundesländern ist als Folge der niedrigeren Geburtenraten der Anteil der unter 15 Jahre alten Bevölkerung geringer als in Westdeutschland, er lag 2004 deutlich unter 11 Prozent (NRW: 15,4 Prozent, Deutschland 14,5 Prozent).

Altersstruktur der Bevölkerung 2004 nach Bundesländern



Jugend-*) und Altenquotient**) für Nordrhein-Westfalen 1970 – 2004

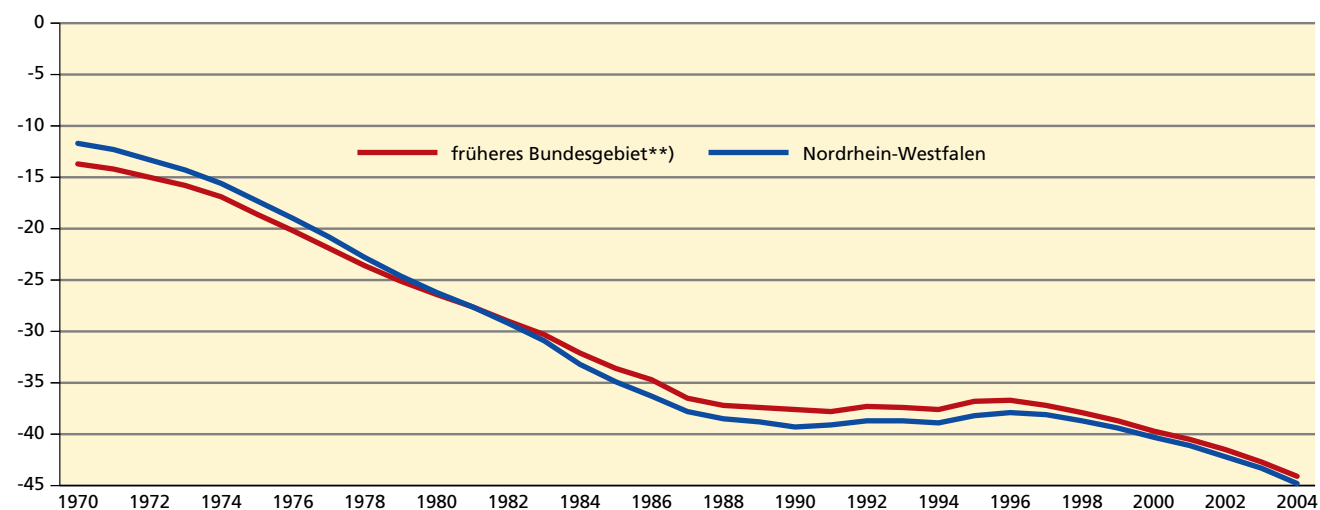


*) Personen im Alter von unter 20 Jahren bezogen auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren –

**) Personen ab dem 60. Lebensjahr bezogen auf 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren

Grafik: LDS NRW

Billetermaß*) 1970 – 2004



*) Differenz zwischen den Personen im Alter von unter 15 Jahren und den Personen ab dem 50. Lebensjahr bezogen auf 100 Personen im Alter von 15 bis unter 50 Jahren

**) 1995 – 2003: einschl. Berlin; 2004: ohne Berlin – – – Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

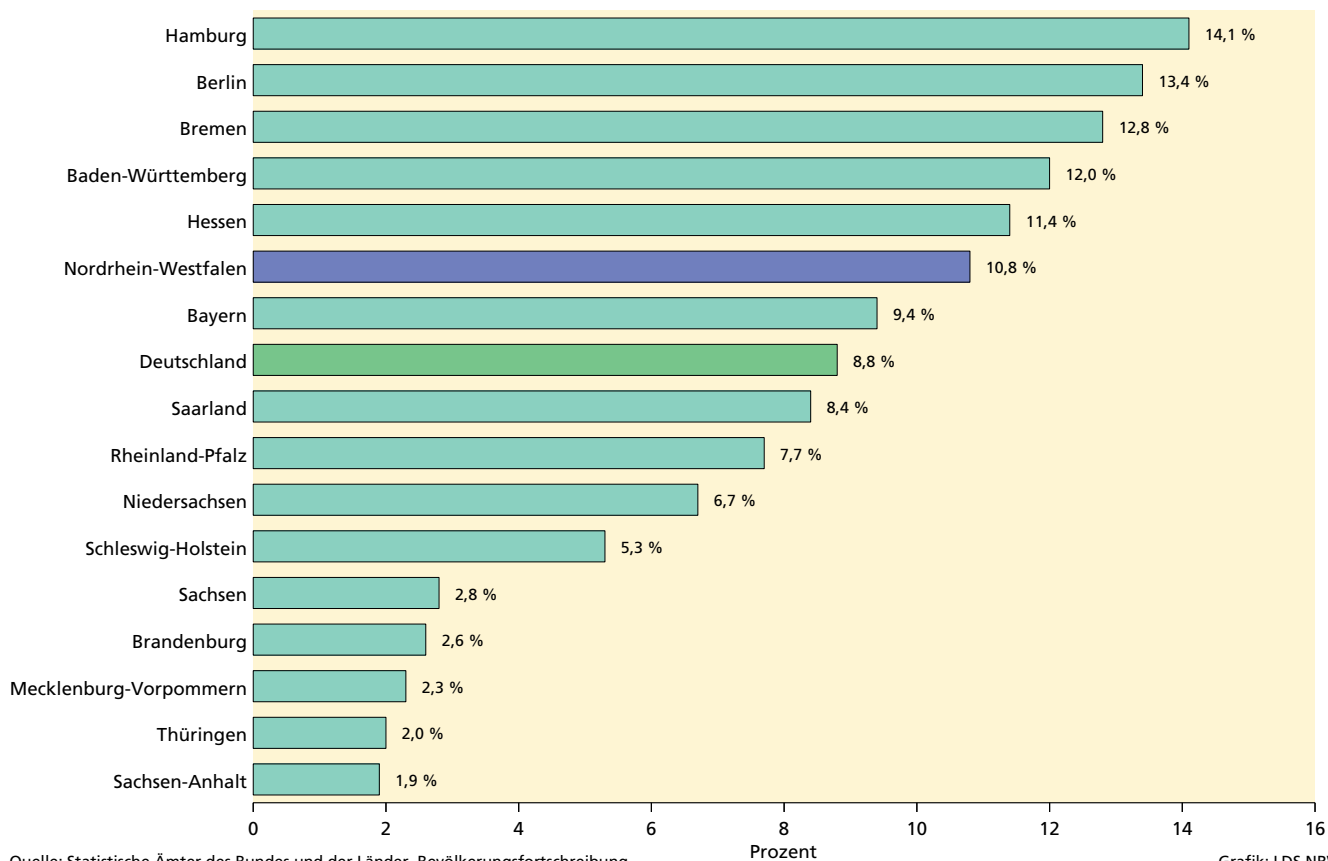
Knapp zwei Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen

Der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung in NRW stieg von 6,9 Prozent im Jahr 1976 auf einen Höchststand von 11,5 Prozent im Jahr 1996 und hat sich dann in den letzten Jahren bei einem Anteil von ungefähr 11 Prozent der Gesamtbevölkerung eingependelt. 2004 lebten insgesamt 1,945 Mill. Nichtdeutsche in Nordrhein-Westfalen, der Ausländeranteil lag damit bei 10,8 Prozent. Knapp jeder neunte Einwohner Nordrhein-Westfalens ist nicht im Besitz eines deutschen Passes. Mit diesem Ausländeranteil nimmt NRW im Vergleich zu den anderen westdeutschen Bundesländern eine mittlere Position ein. Nicht nur in den Stadtstaaten, auch in den Flächenländern Baden-Württemberg und Hessen liegt der Ausländeranteil höher. In den ostdeutschen Bundesländern ist dagegen mit unter 3 Prozent der Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung besonders gering.

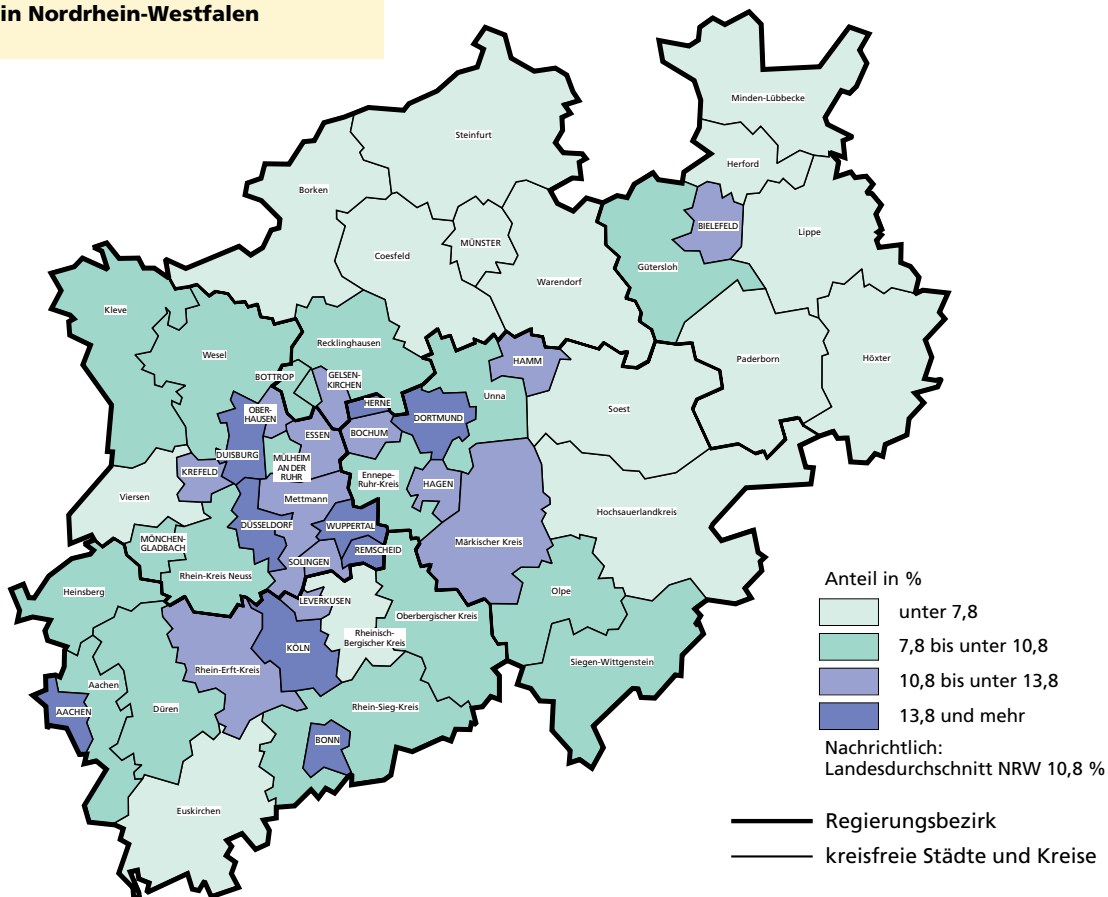
Der Rückgang der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in NRW seit dem Höchststand 1996 ist auf die ansteigende Einbürgerungsbereitschaft zurückzuführen. Seit 1995 sind über 400 000 Ausländerinnen und Ausländer in NRW Deutsche geworden. Fast zwei Drittel aller eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer im Jahr 2004 waren jünger als 35 Jahre. Die mit Abstand größte Gruppe stellten dabei mit 40 Prozent die ehemaligen türkischen Staatsangehörigen.

Die Höhe des Ausländeranteils variiert stark auf regionaler Ebene. Hohe Anteile konzentrieren sich in Dienstleistungs- und Industriezentren sowie in den Hochschulstädten. Dies gilt insbesondere für die Rheinschiene mit Düsseldorf (17,8 Prozent), Köln (17,4 Prozent), Bonn (16,8 Prozent) und Duisburg (16,4 Prozent) sowie für Aachen (17,3 Prozent). Niedrige Ausländeranteile sind dagegen eher in den ländlichen Kreisen wie Coesfeld (4,0 Prozent), Höxter (4,9 Prozent), Minden-Lübbecke (5,2 Prozent) und Euskirchen (5,3 Prozent) zu verzeichnen.

Ausländeranteil am 31. 12. 2004 nach Bundesländern



Ausländeranteil in Nordrhein-Westfalen am 31. 12. 2004



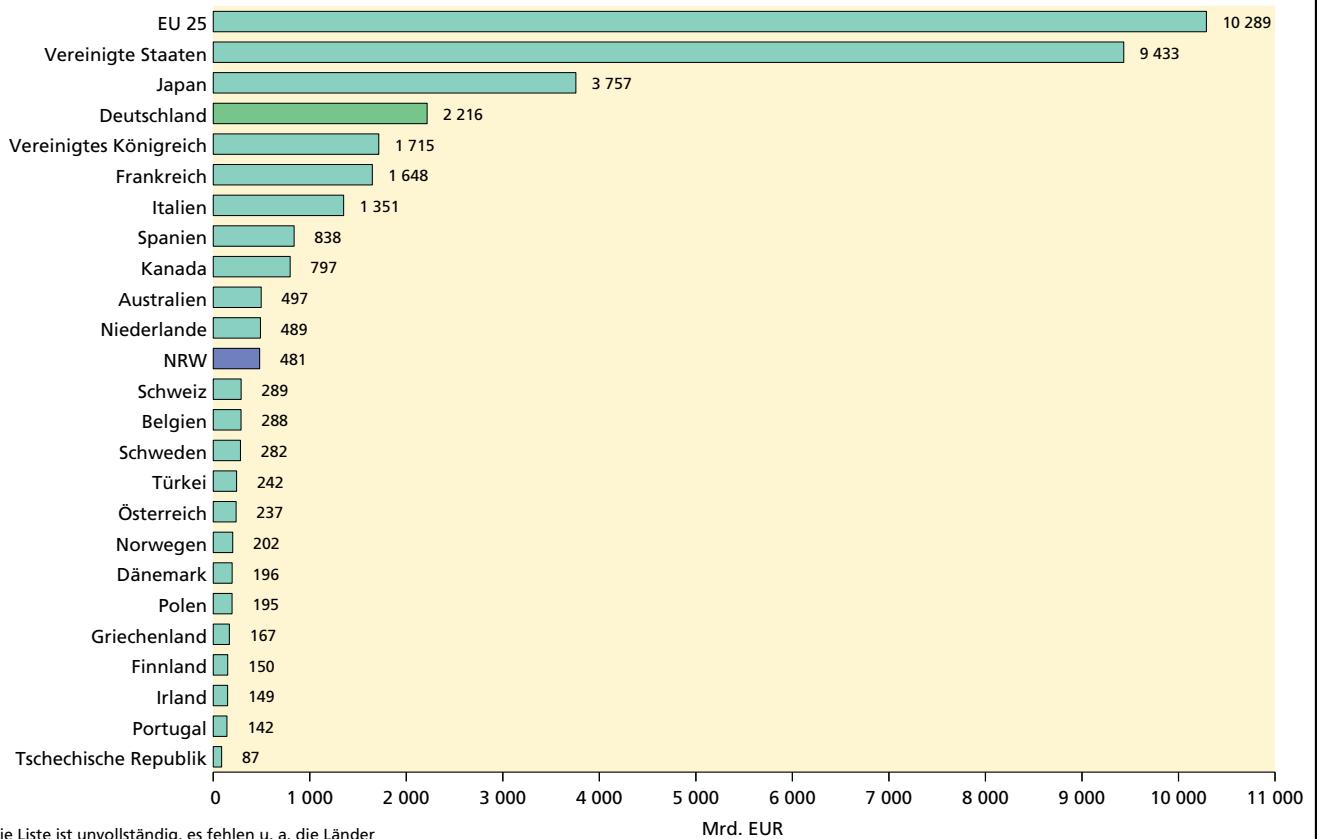
Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet ein Fünftel des deutschen Bruttoinlandsprodukts

Nordrhein-Westfalen ist von allen Bundesländern das mit Abstand wirtschaftlich bedeutendste. Das NRW-Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter, belief sich 2004 auf rund 481 Milliarden Euro. Auf NRW entfällt damit mehr als ein Fünftel des gesamten deutschen Bruttoinlandsprodukts. Im Durchschnitt erwirtschaftete jeder an der Produktion beteiligte Erwerbstätige in NRW eine Leistung von rund 58 110 Euro.

2004 war das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens nominal um 2,5 Prozent höher als im Jahr zuvor. Real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen (Berechnung in Preisen von 1995), betrug der Zuwachs 1,4 Prozent. Das Wirtschaftswachstum wurde vor allem durch die Steigerung der Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe (real +4,3 Prozent) sowie in den Dienstleistungsbereichen „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (real +3,5 Prozent) sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ (real +2,1 Prozent) erreicht. Rückgänge gab es im Baugewerbe (real –2,8 Prozent) und im „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ (real –2,3 Prozent). Insgesamt sind wieder deutliche Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung erkennbar.

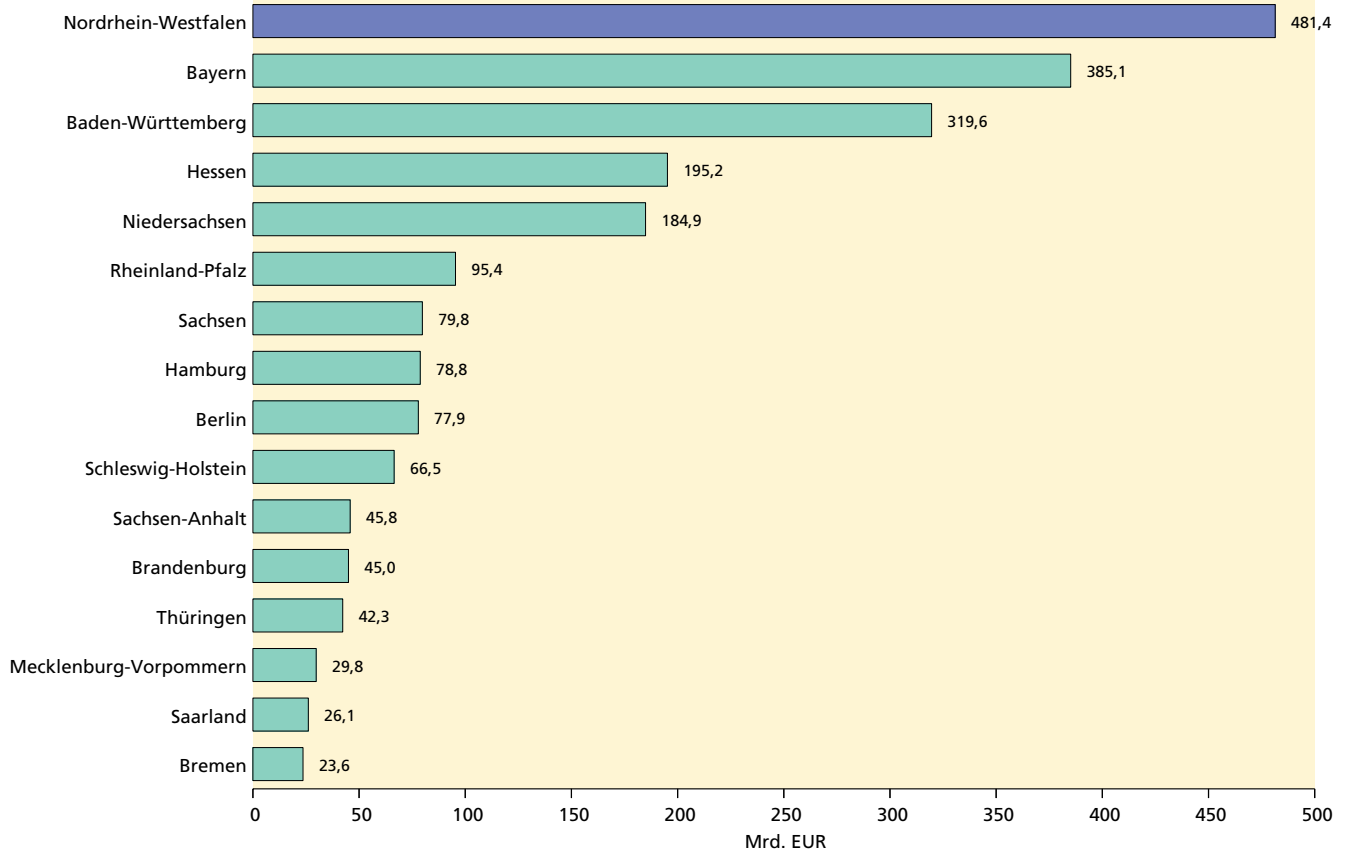
Im internationalen Vergleich würde NRW beim Wert des Bruttoinlandsprodukts europaweit auf dem siebten Platz und weltweit nach Australien und den Niederlanden an 17. Stelle stehen.

Nominales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich*) 2004



Grafik: LDS NRW

Nominales Bruttoinlandsprodukt 2004 nach Bundesländern



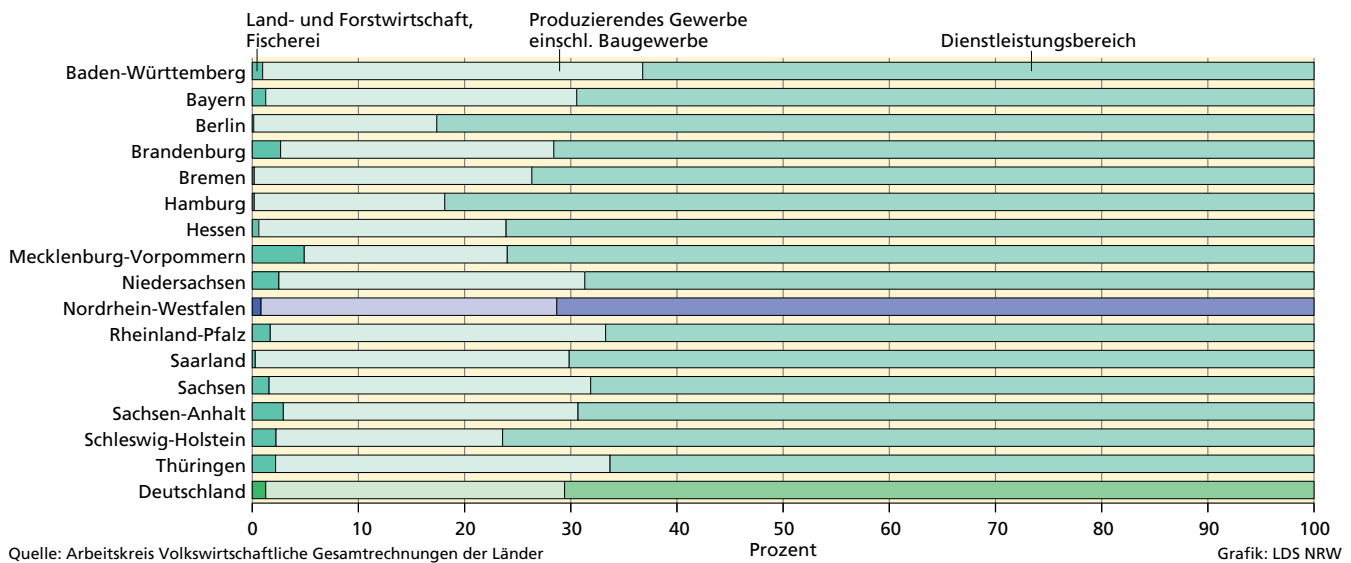
Grafik: LDS NRW

Rasanter wirtschaftlicher Wandel in Nordrhein-Westfalen

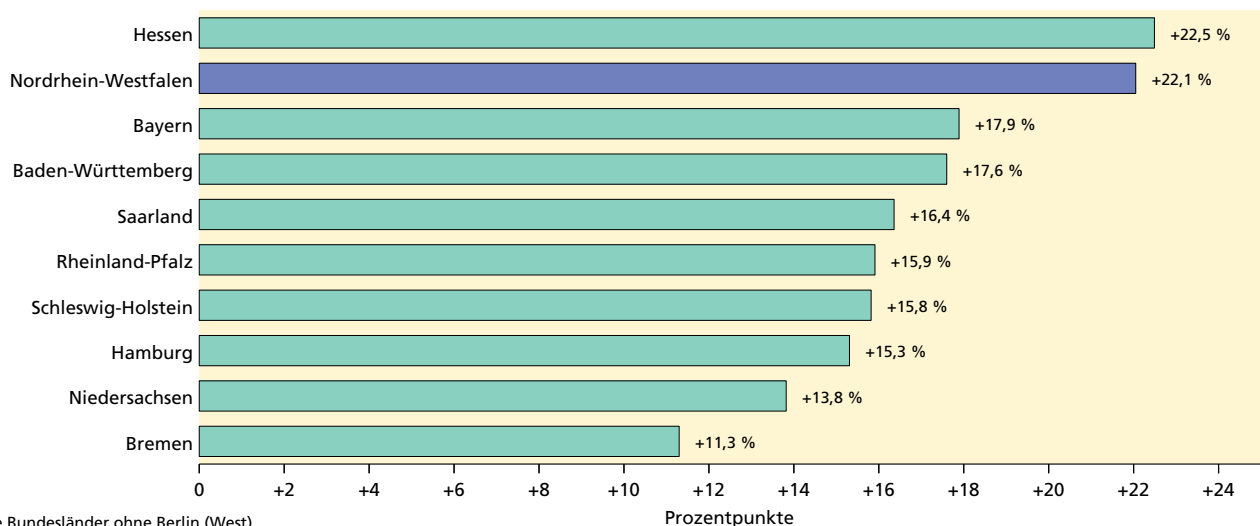
In den letzten dreißig Jahren hat Nordrhein-Westfalen einen rasanten wirtschaftlichen Strukturwandel vollzogen. Bis Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre trug der Industriesektor noch den größten Anteil zur Bruttowertschöpfung bei. Bis zum Jahr 1991 wuchs der Dienstleistungsanteil dann schon auf über 62 Prozent und bis 2004 auf über 71 Prozent an. Seit 1970 hat sich der Dienstleistungsanteil an der Bruttowertschöpfung um 22,1 Prozentpunkte erhöht. Wenn auch in allen alten Bundesländern die wirtschaftliche Bedeutung des Dienstleistungsbereichs zunahm, so war außer in Hessen in keinem anderen Bundesland die Veränderung der Wirtschaftsstruktur derart gravierend wie in NRW. Nach der Wiedervereinigung weist NRW im Jahr 2004 mit einem Plus von 8,7 Prozentpunkten gegenüber dem Jahr 1991 die höchste Zunahme des Dienstleistungsanteils unter allen Bundesländern auf.

Damit ist dieser häufig auch als „Tertiarisierung“ beschriebene Prozess in NRW inzwischen weiter fortgeschritten als im deutschen Durchschnitt. Zu beachten ist allerdings, dass die definitorische Trennung von Dienstleistungen und Industrie auf statistischen Kriterien basiert und nicht unbedingt alle realen Wirtschaftsprozesse wiedergibt: In vielen Fällen sind beide Bereiche miteinander verzahnt – so weisen industrielle Produkte fast immer auch eine Dienstleistungskomponente auf.

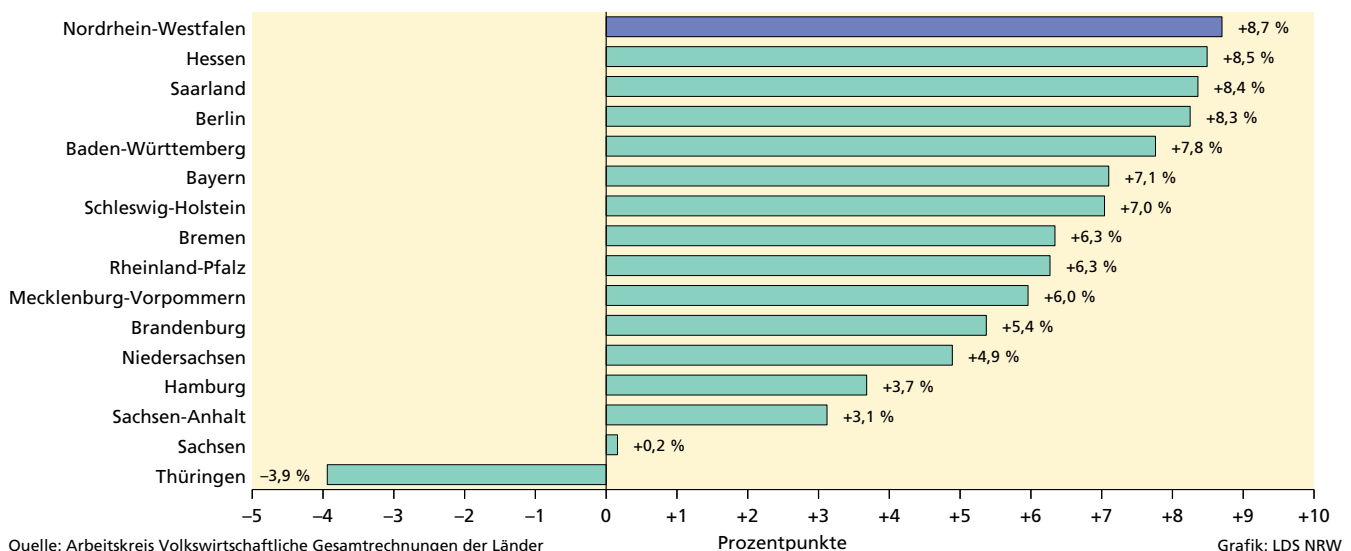
Anteile der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung insgesamt 2004 nach Bundesländern



Veränderung des Dienstleistungsanteils an der gesamten Bruttowertschöpfung 1970 – 2004 nach Bundesländern*)



Veränderung des Dienstleistungsanteils an der gesamten Bruttowertschöpfung 1991 – 2004 nach Bundesländern



Industrieschwerpunkte – starke chemische, Maschinenbau- und Metallindustrie in NRW

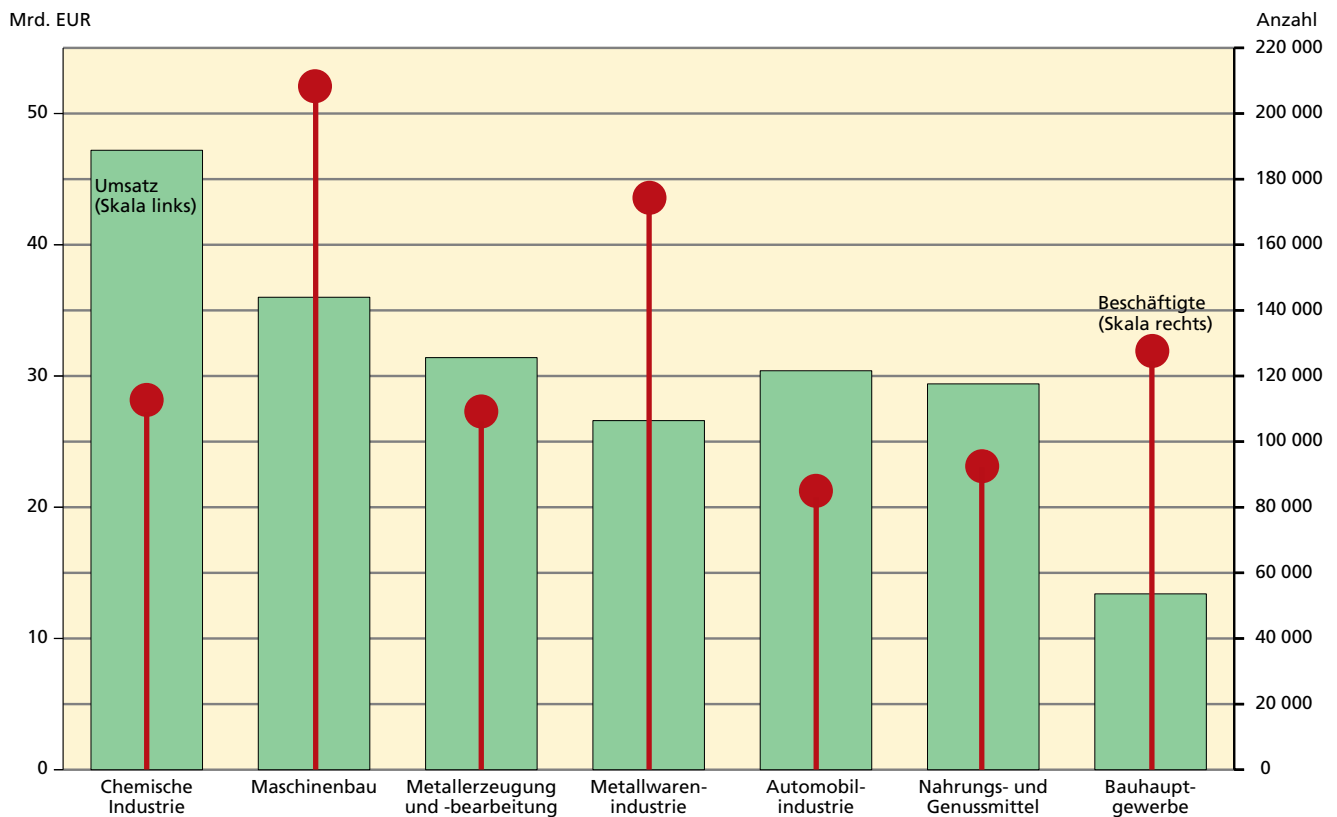
Die Herstellung chemischer Erzeugnisse ist, gemessen am Umsatz, der wichtigste Industriezweig in Nordrhein-Westfalen. In der Branche wurden im Jahr 2004 von 462 Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten etwa 47,2 Milliarden Euro umgesetzt, 4,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Das entspricht einem Anteil von 33,2 Prozent am Umsatz der Herstellung chemischer Erzeugnisse Deutschlands. Die Beschäftigtenzahl der Branche in NRW belief sich 2004 auf rund 113 000.

Den zweithöchsten Umsatz erzielte in NRW im Jahr 2004 mit 36,0 Mrd. Euro der Maschinenbau. In den 1 673 Betrieben (mit mindestens 20 Beschäftigten) dieses Bereichs arbeiteten insgesamt etwa 209 000 Menschen. Damit entfiel auf NRW ungefähr ein Fünftel der in diesem Bereich in Deutschland erzielten Umsätze und Beschäftigten.

Den dritten Platz und vierten Platz belegten der Bereich der Metallerzeugung und -bearbeitung (31,4 Mrd. Euro Umsatz, 457 Betriebe mit 109 400 Beschäftigten) und die Automobilindustrie (30,4 Mrd. Euro Umsatz, 218 Betriebe mit 86 000 Beschäftigten). Mit 45,4 Prozent entfällt fast die Hälfte der deutschen Umsätze in der Metallerzeugung und -bearbeitung auf Betriebe in NRW. In ihnen werden Roheisen, Stahl, Aluminium, Kupfer und andere Metalle produziert und zu Spezialstählen, Rohren, Blechen, Drähten und anderen Erzeugnissen weiterverarbeitet.

Den in Bezug auf den Umsatz fünften und sechsten Platz belegten 2004 in NRW die Nahrungs- und Genussmittelindustrie (29,4 Mrd. Euro Umsatz, 1 044 Betriebe mit 94 000 Beschäftigten) und die Metallwarenindustrie (26,6 Mrd. Euro, 2 020 Betriebe mit 175 000 Beschäftigten). Der Anteil am gesamten deutschen Umsatz der jeweiligen Branche belief sich in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie auf 19,1 Prozent und in der Metallwarenindustrie auf 33,2 Prozent.

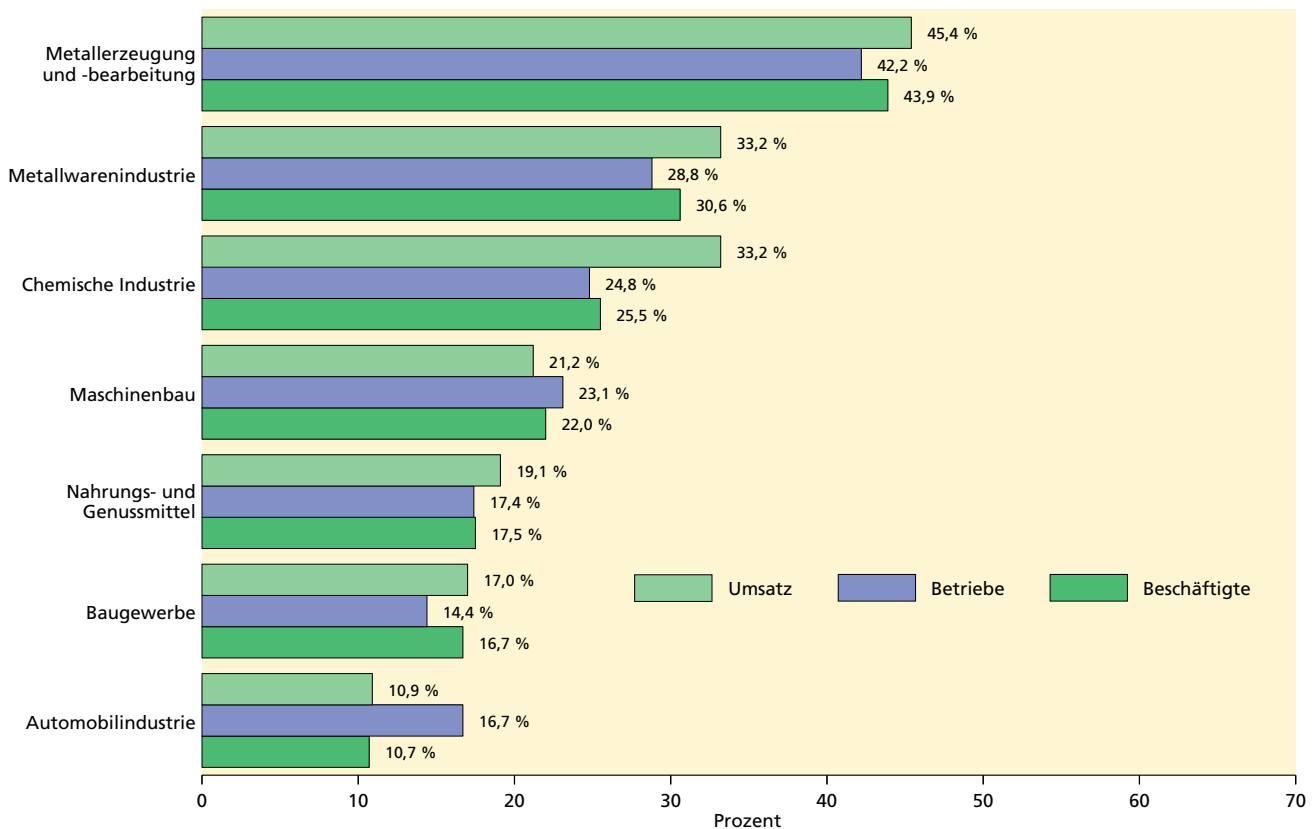
Umsatz und Beschäftigte in NRW 2004 nach wichtigen Industriebereichen*)



*) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
 Quelle: Statistisches Bundesamt, LDS NRW

Grafik: LDS NRW

Anteil NRWs an Deutschland 2004 nach wichtigen Industriebereichen*)



*) Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten
 Quelle: Statistisches Bundesamt, LDS NRW

Grafik: LDS NRW

Dienstleistungsschwerpunkte: In NRW liegt der Hauptsitz vieler Dienstleistungsunternehmen

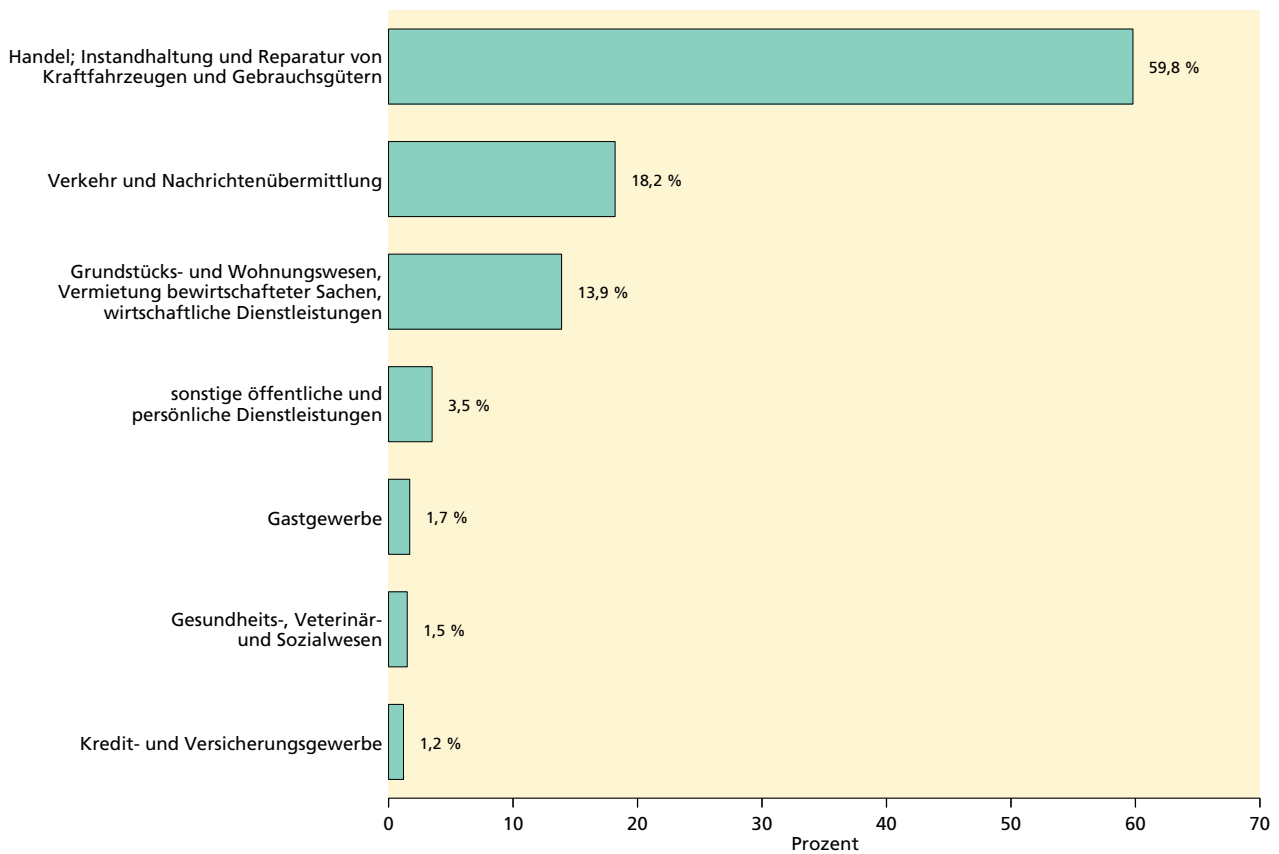
Das Bundesland Nordrhein-Westfalen wurde in der Vergangenheit vor allem als eine von Kohle und Stahl geprägte Region angesehen. Mittlerweile hat sich NRW jedoch im Rahmen eines fundamentalen Strukturwandels zu einem modernen Industrie-, Forschungs- und Dienstleistungsstandort entwickelt. So steigerte sich der Anteil des Dienstleistungsbereichs an der Bruttowertschöpfung von 49,3 Prozent im Jahr 1970 auf über 71 Prozent im Jahr 2004. Mehr als 66 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in NRW arbeiten heute im Dienstleistungsbereich. Über 28 Prozent des Umsatzes, der 2003 deutschlandweit im umsatzsteuerpflichtigen Dienstleistungsbereich erzielt wurde, entfielen auf Unternehmen mit Hauptsitz in NRW. Während die Angaben zur Bruttowertschöpfung und zu den Beschäftigten den gesamten Dienstleistungsbereich betreffen und die öffentliche Verwaltung und die Bereiche Verteidigung und Sozialversicherung mit einschließen, beziehen sich Umsatzangaben nur auf die umsatzsteuerpflichtigen Dienstleistungsbereiche.

Umfassende Daten zu den Umsätzen liegen für den Dienstleistungssektor nur zu umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen vor, nicht aber für deren örtliche Niederlassungen (Betriebe). Bei der Interpretation der Daten ist daher zu beachten, dass die erzielten Umsätze regional dem jeweiligen Hauptsitz des Unternehmens zugeordnet werden, an dem die Umsatzsteuer anfällt. Für NRW betrifft dies beispielsweise verschiedene Lebensmittel-Discounter, aber auch die Deutsche Lufthansa (Hauptsitz Köln), die Deutsche Post und die Deutsche Telekom (Bonn) oder das Unternehmen Vodafone (Düsseldorf).

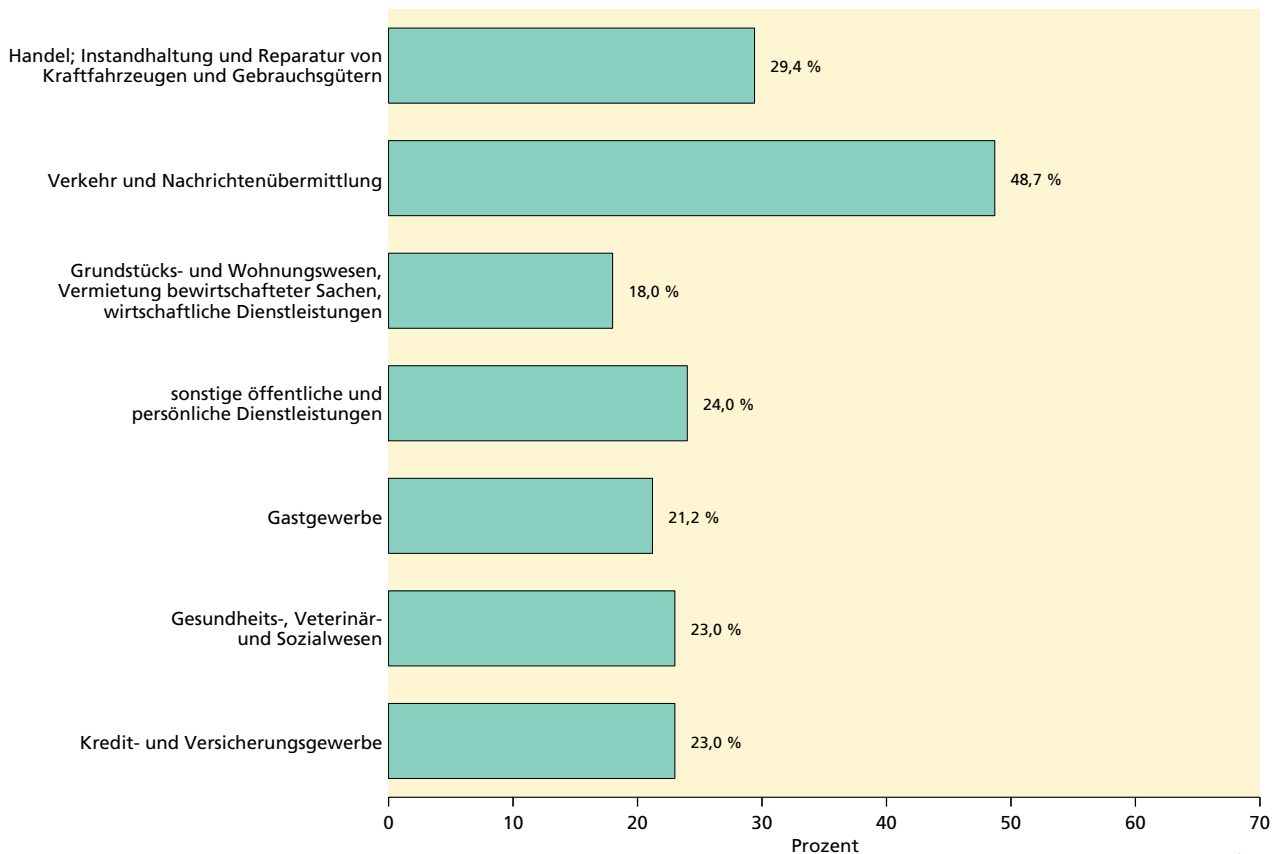
Der größte Anteil an den insgesamt im Dienstleistungsbereich erzielten Umsätzen entfiel 2003 in NRW mit knapp 60 Prozent auf die rund 155 800 Unternehmen im Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern“. Zur gesamten Bruttowertschöpfung NRWs steuerte dieser Bereich mit seinen über 900 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2004 etwa 11 Prozent bei.

Mit 18,2 Prozent wurde knapp ein Fünftel der Umsätze im Dienstleistungsbereich von den über 24 000 Unternehmen im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ erzielt, der damit den zweiten Rang im Lande einnimmt. Der Anteil dieses Bereichs, in dem 2004 in NRW über 300 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig waren, an der Bruttowertschöpfung des Landes ist von 1991 bis 2004 um ca. 3 Prozentpunkte auf 8,1 Prozent gestiegen.

Den drittgrößten Anteil an den Umsätzen im Dienstleistungssektor in NRW erzielten 2003 mit 13,9 Prozent die über 181 000 Unternehmen in dem Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, Vermietung beweglicher Sachen und Grundstücks- und Wohnungswesen. In diesem Dienstleistungssegment waren 2004 insgesamt über 700 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig und der Anteil dieses Bereichs an der gesamten Bruttowertschöpfung NRWs lag bei 26,2 Prozent.

Anteile der größten Dienstleistungsbereiche am Umsatz der in NRW ansässigen Dienstleistungsunternehmen 2003


Grafik: LDS NRW

Umsatzanteil der größten in NRW ansässigen Dienstleistungsunternehmen an Deutschland 2003 nach Bereichen


Quelle: Statistisches Bundesamt, LDS NRW

Grafik: LDS NRW

Arbeitsproduktivität in NRW um 5,4 Prozent über dem Durchschnitt für Deutschland

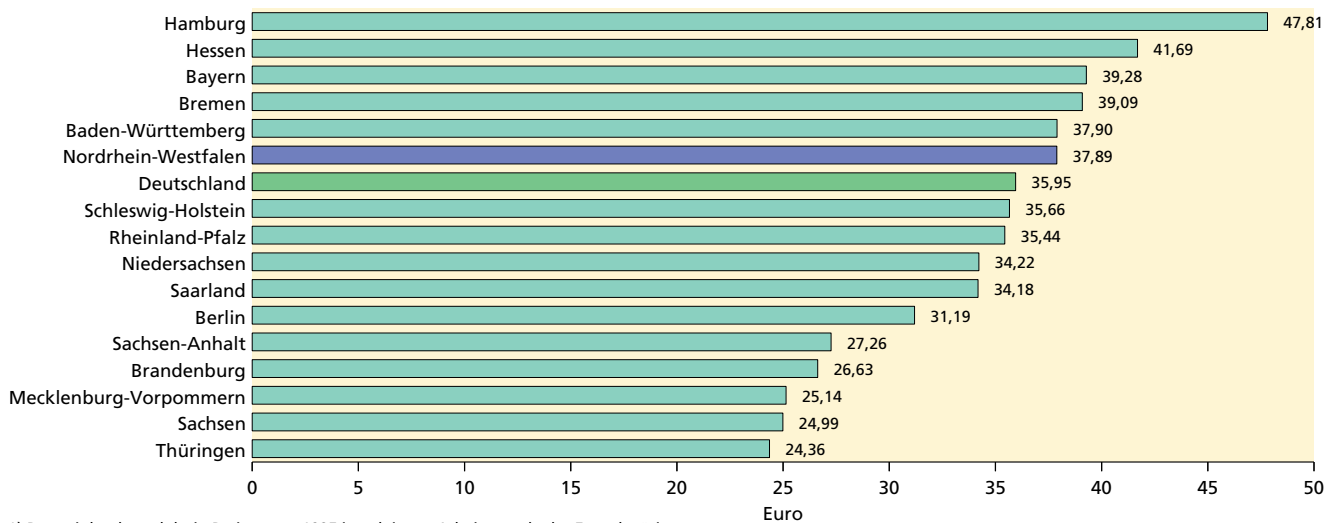
Die Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt je geleistete Arbeitsstunde) war in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2003 mit 37,89 Euro um 5,4 Prozent höher als im deutschen Durchschnitt. Unter den Bundesländern lag NRW damit nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie nach Hessen und Bayern praktisch gleichauf mit Baden-Württemberg.

Die bislang in der amtlichen Statistik verwendete „Pro-Kopf-Berechnungsmethode“ (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) lieferte für NRW dagegen nur eine um 2,9 Prozent höhere Produktivität als im Bundesdurchschnitt. Allerdings kann diese Berechnungsmethode, die lediglich ungewichtete Kopffzahlen, nicht aber die wirklich geleisteten Arbeitsstunden berücksichtigt, in Zeiten stark zunehmender Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse auf Grund von Teilzeit-, Mini-Jobs etc. die tatsächliche Produktivitätsentwicklung nicht mehr treffend wiedergeben. Dies gilt insbesondere für NRW, da hier ein überdurchschnittlicher Anteil der Erwerbstätigen in solchen „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen festgestellt wurde.

Arbeitsproduktivität und Arbeitskosten (Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde) stehen in einem Zusammenhang. Bei einer hohen Arbeitsproduktivität können auch höhere Arbeitskosten in Kauf genommen werden und umgekehrt. So werden in Hamburg bei einer sehr hohen Arbeitsproduktivität auch überdurchschnittliche Arbeitsentgelte gezahlt. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben in etwa die gleiche Arbeitsproduktivität, weisen jedoch Unterschiede hinsichtlich der Arbeitskosten auf. In NRW sind diese um mehr als einen Euro pro Arbeitsstunde niedriger als in Baden-Württemberg, das im Ranking bei den Arbeitskosten den Spitzenplatz einnimmt. Auch bei der Veränderung der Arbeitskosten im Zeitablauf ergibt sich für NRW ein günstiges Bild: Für die Jahre 1998 bis 2003 liegt nur eine unterdurchschnittliche jährliche Veränderungsrate von +2,0 Prozent vor.

Das Niveau der Arbeitsproduktivität ist in den ostdeutschen Bundesländern deutlich niedriger als in den westdeutschen, allerdings weisen die überdurchschnittlichen jährlichen Steigerungsraten darauf hin, dass bei der Arbeitsproduktivität etwas aufgeholt wird.

Arbeitsproduktivität*) 2003 nach Bundesländern

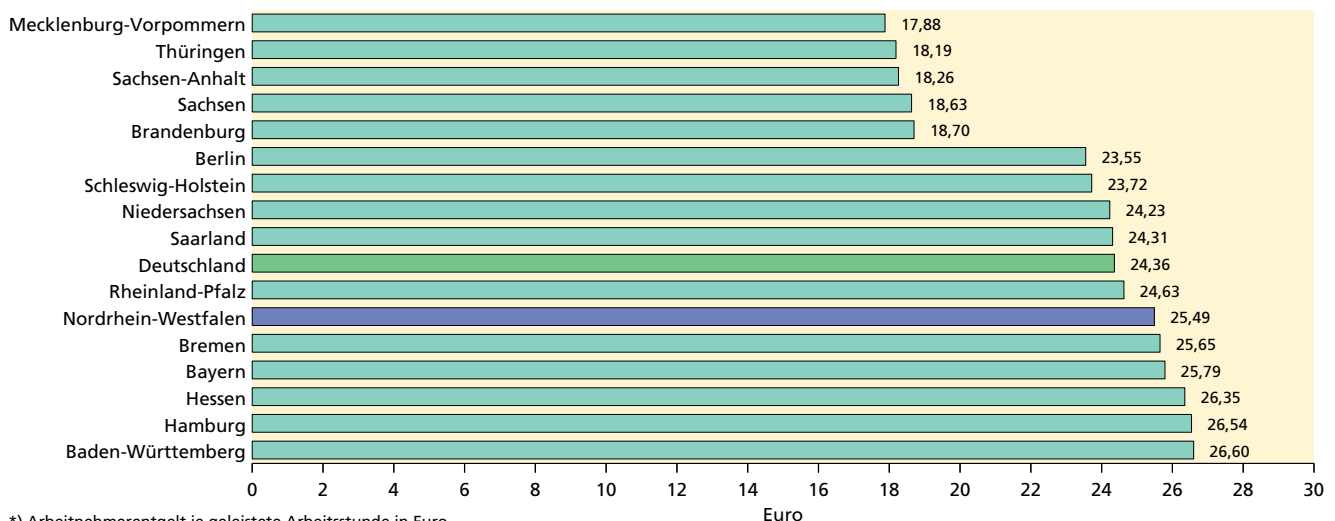


*) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder und Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Grafik: LDS NRW

Arbeitskosten*) je Arbeitsstunde 2003 nach Bundesländern

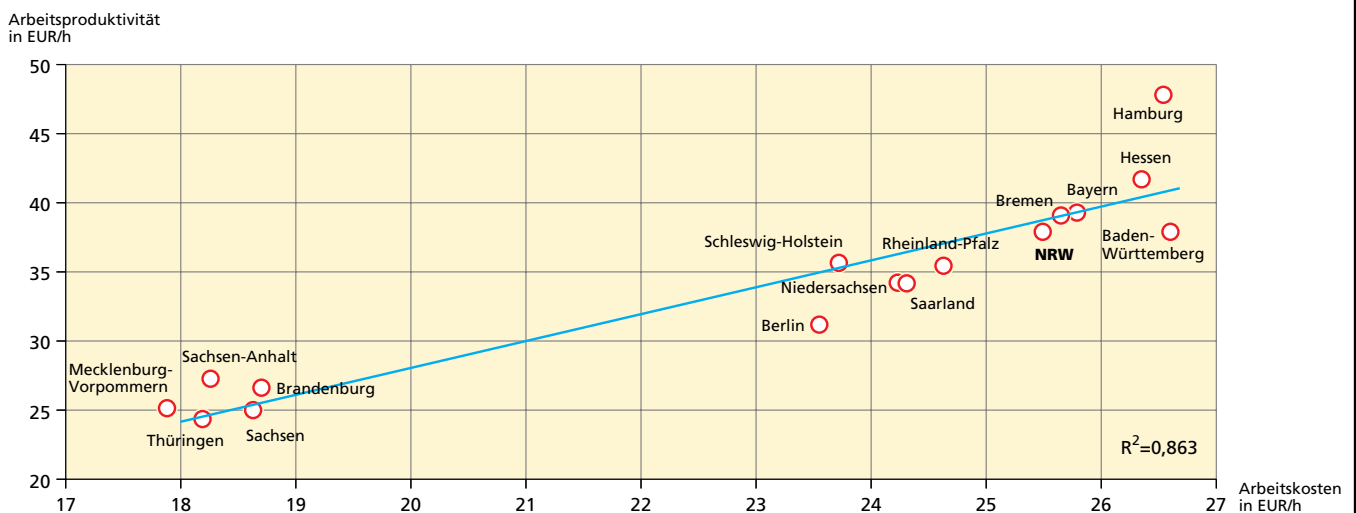


*) Arbeitnehmerentgelt je geleistete Arbeitsstunde in Euro

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Grafik: LDS NRW

Zusammenhang von Arbeitskosten und Arbeitsproduktivität 2003 nach Bundesländern



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder und Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Grafik: LDS NRW

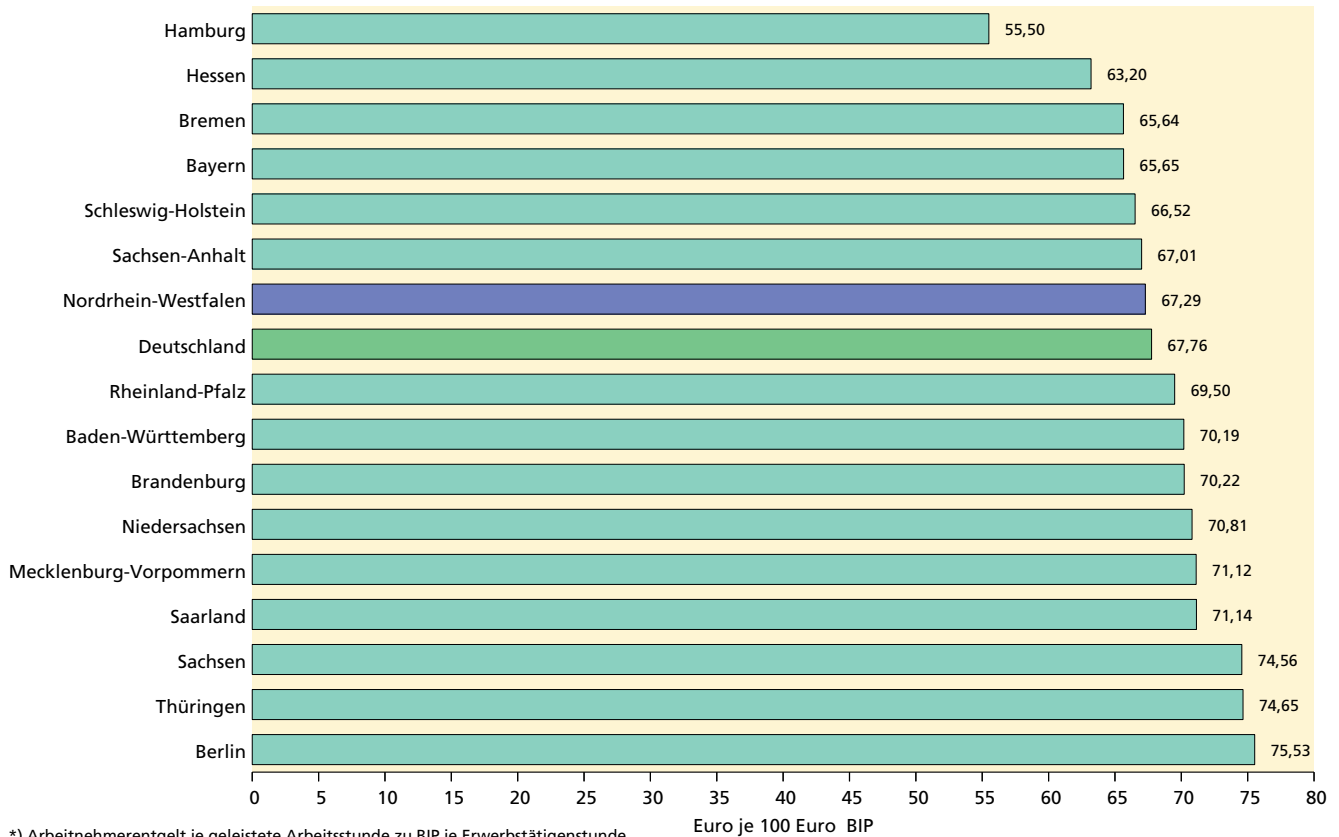
Gute Wettbewerbsfähigkeit – niedrige Lohnstückkosten in Nordrhein-Westfalen

Die gesamtwirtschaftlichen „Lohnstückkosten“ in Nordrhein-Westfalen lagen 2003 mit 67,29 Euro unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 67,76 Euro. Die Lohnstückkosten werden berechnet, indem man die Arbeitskosten je Arbeitnehmer zur erbrachten Wirtschaftsleistung je Erwerbstätigen (Produktivität) ins Verhältnis setzt. Sie sind also ein Maß für die Lohnkosten je erbrachte Leistung und damit ein Maßstab für die Kosten-Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Hohe Arbeitskosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft solange nicht, wie sie von entsprechenden Produktivitätsvorteilen kompensiert werden.

Genauer wird das Bild, wenn anstelle von Kopffzahlen (Arbeitnehmer bzw. Erwerbstätige) die geleisteten Arbeitsstunden bzw. die Erwerbstätigenstunden in die Berechnung einfließen. Im deutschlandweiten Ranking weist Berlin dann die höchsten Lohnstückkosten auf, gefolgt von den Bundesländern Thüringen, Sachsen, dem Saarland und Mecklenburg-Vorpommern. Die hohen Lohnstückkosten in Ostdeutschland erklären sich vor allem dadurch, dass die Produktivität dort noch immer deutlich niedriger ist als in den alten Bundesländern.

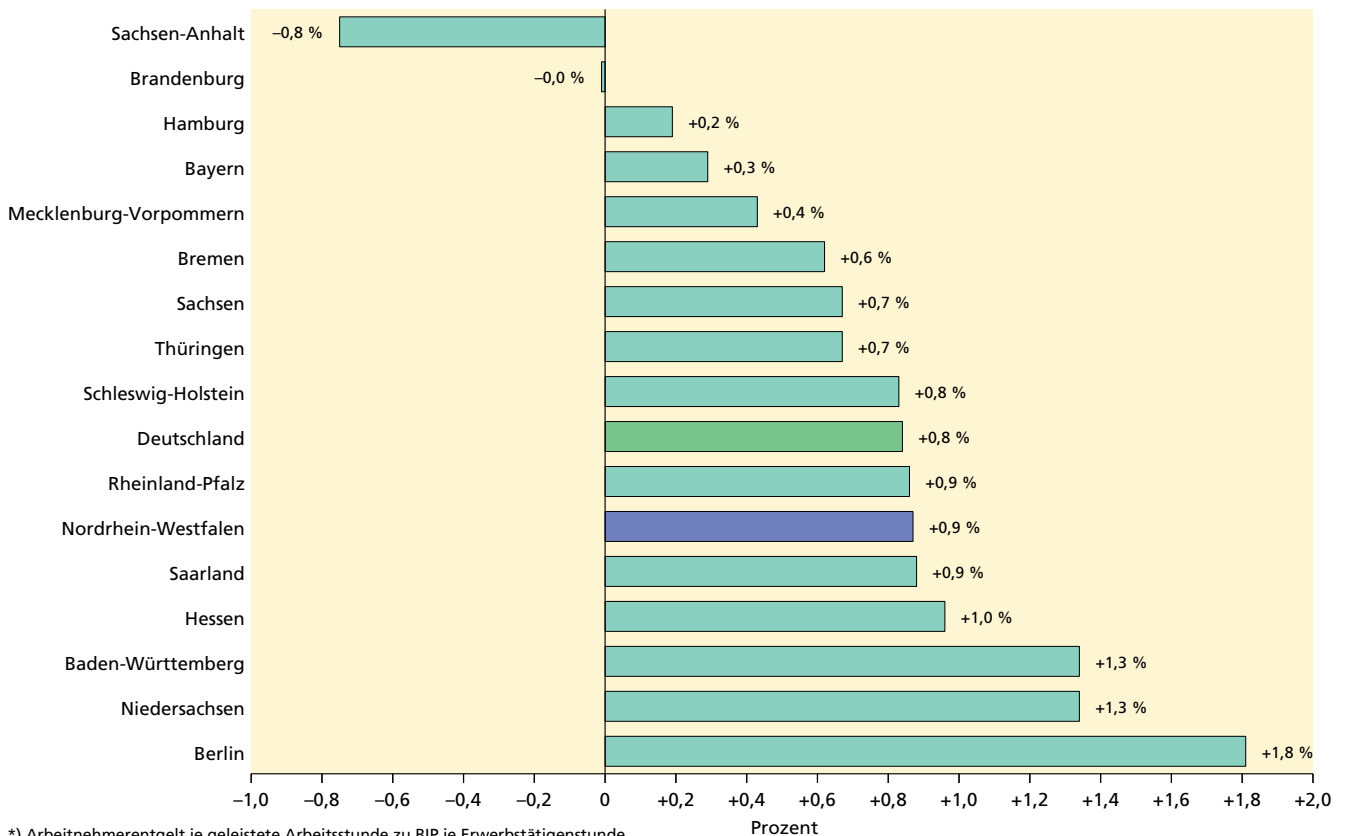
Die Wachstumsrate der Lohnstückkosten gibt Aufschluss darüber, wie sich die Wettbewerbsposition im Zeitablauf verändert hat. Der Dynamikvergleich für den Zeitraum von 1998 bis 2003 zeigt, dass Nordrhein-Westfalen mit einem durchschnittlichen Anstieg um 0,9 Prozent pro Jahr eine mittlere Position einnimmt. Mit 1,8 Prozent verzeichnet Berlin den stärksten Anstieg der Lohnstückkosten, in den ostdeutschen Bundesländern Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind im betrachteten Zeitraum die Kosten gesunken.

Lohnstückkosten*) 2003 nach Bundesländern



Grafik: LDS NRW

Durchschnittliche Wachstumsrate der Lohnstückkosten*) pro Jahr 1998 – 2003 nach Bundesländern



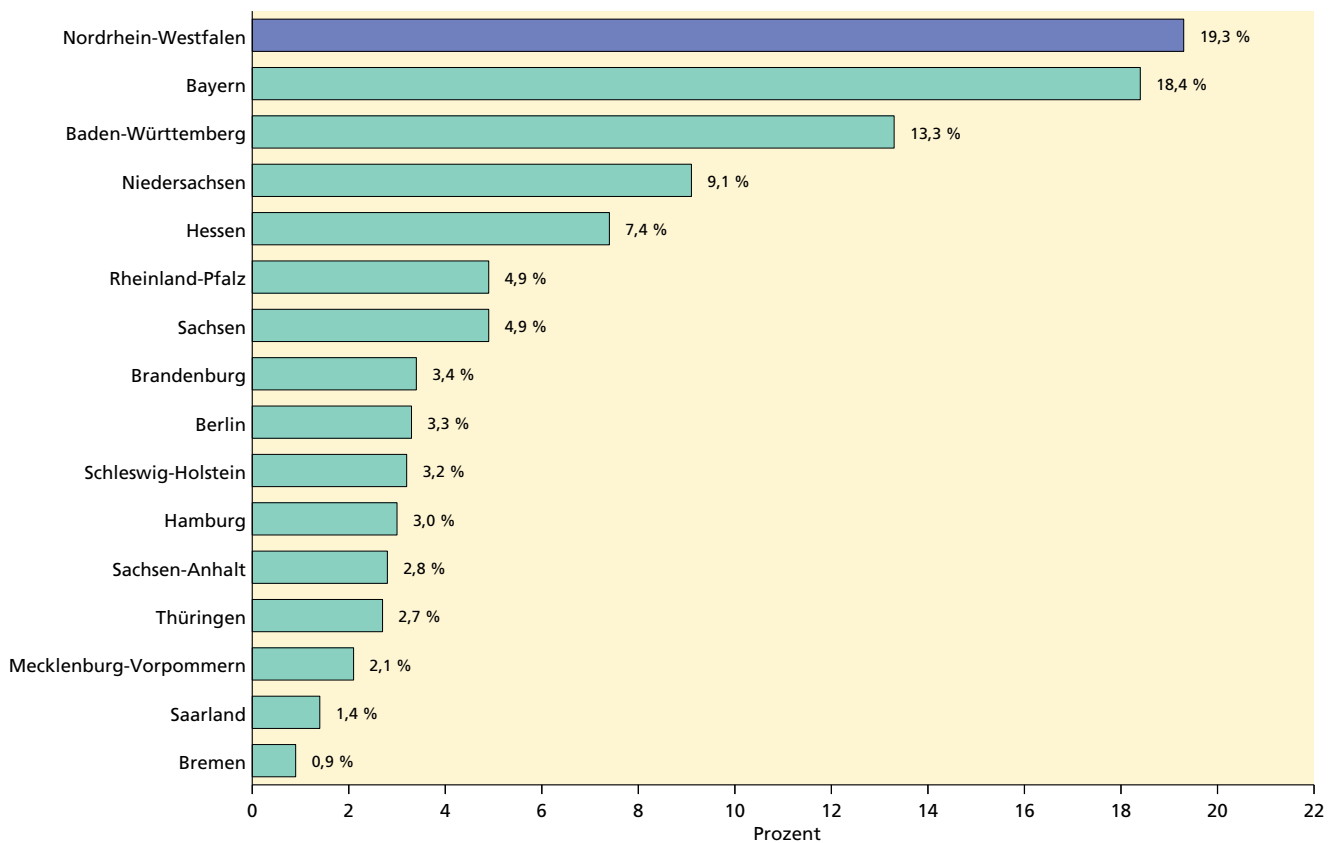
Grafik: LDS NRW

Bruttoanlageinvestitionen

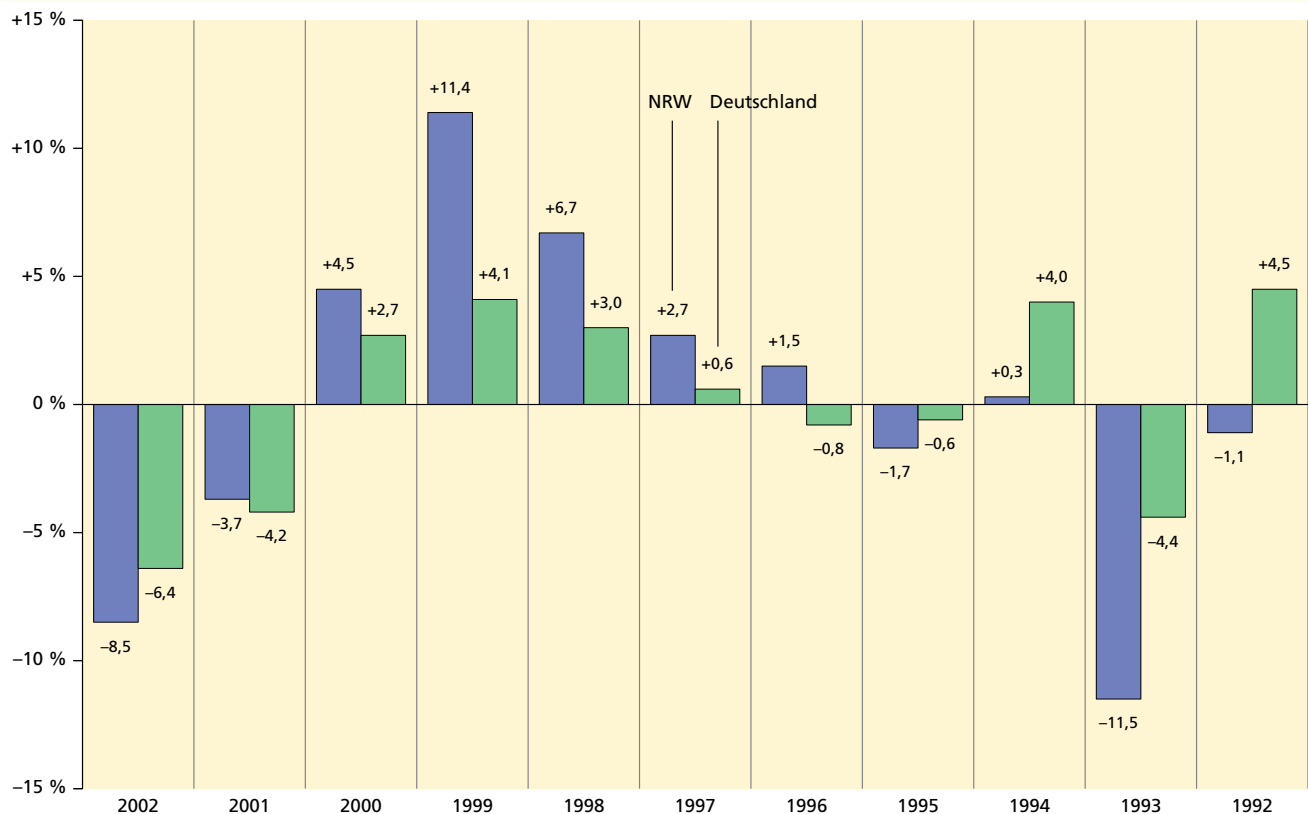
Die Bruttoanlageinvestitionen in Nordrhein-Westfalen betrugen 2002 79,6 Milliarden Euro (nominal) bzw. 76,7 Milliarden Euro (real, in Preisen von 1995). Dies entspricht einem NRW-Anteil an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen in Deutschland von 19,3 Prozent. Bruttoanlageinvestitionen umfassen die Käufe neuer Anlagen (einschließlich eingeführter und selbst erstellter Anlagen) sowie die Käufe von gebrauchten Anlagen nach Abzug der Verkäufe von gebrauchten Anlagen. Die neuen Anlagen gliedern sich wiederum in neue Bauten, neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen.

Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in neue Anlagen waren in den Jahren 2001 und 2002 in fast allen Bundesländern rückläufig. In Nordrhein-Westfalen wirkte sich vor allem die rückläufige Entwicklung der Bauinvestitionen (real –9,5 Prozent) aus. Weniger investiert wurde 2002 auch in den Bereichen „Verarbeitendes Gewerbe“ (–11,9 Prozent), „Energie- und Wasserversorgung“ (–11,9 Prozent), „Verkehr und Nachrichtenübermittlung (–4,0 Prozent) sowie „Grundstücks- und Wohnungswesen (–12,9 Prozent).

Bruttoanlageinvestitionen 2002 – Anteile der Bundesländer



Veränderung der Bruttoanlageinvestitionen*) 1992 – 2002 gegenüber dem Vorjahr



*) in Preisen von 1995

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

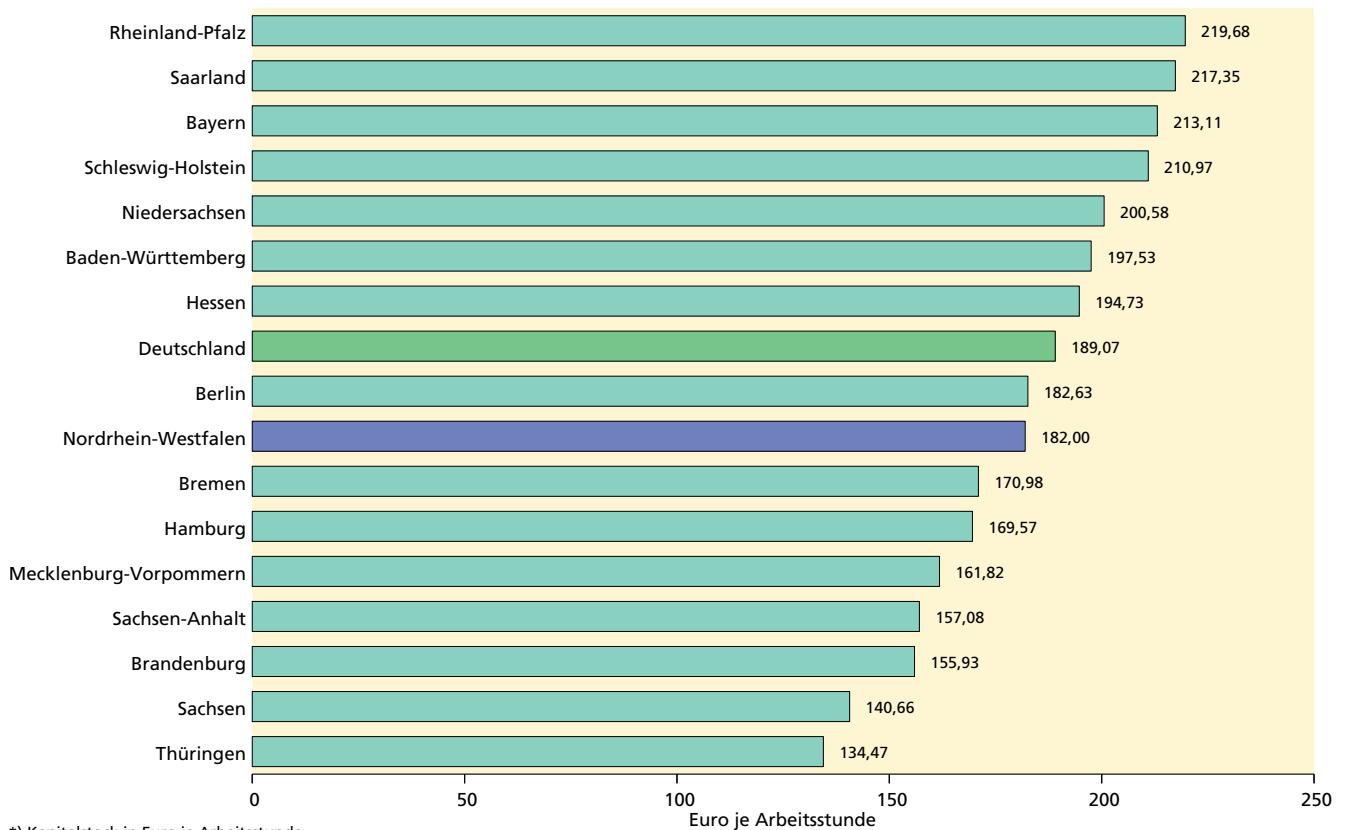
Grafik: LDS NRW

Kapitalintensität

Die Kapitalintensität ist ein Maß für den Kapitaleinsatz je Arbeitsstunde bzw. je Erwerbstätigen. Sie setzt das Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen (Kapitalstock), das – neben den Erwerbstätigen – als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle spielt, in Relation zu den geleisteten Arbeitsstunden. In Nordrhein-Westfalen betrug im Jahr 2002 der Kapitaleinsatz pro Arbeitsstunde 182,00 Euro und lag damit etwas unterhalb des Wertes für Gesamtdeutschland, der sich auf 189,07 Euro belief. Die höchste Kapitalintensität erreichte Rheinland-Pfalz mit 219,68 Euro, den niedrigsten Kapitaleinsatz je Arbeitsstunde wiesen die ostdeutschen Bundesländer (einschl. Berlin) mit einem Durchschnittswert von 155,11 Euro auf. Dies lässt darauf schließen, dass die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Sachmitteln im Osten noch nicht westdeutsches Niveau erreicht hatte.

Die Kapitalintensität ist von 1998 bis 2002 in allen Bundesländern angestiegen. Für Nordrhein-Westfalen betrug die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate 1,8 Prozent, sie lag somit etwas über dem Mittelwert der alten Bundesländer (1,7 Prozent). Die niedrigste durchschnittliche Wachstumsrate hat Baden-Württemberg mit 0,9 Prozent. Die neuen Bundesländer (ohne Berlin) holten deutlich auf und wiesen mit über 6 Prozent die höchsten durchschnittlichen Steigerungsraten auf.

Kapitalintensität*) 2002 nach Bundesländern

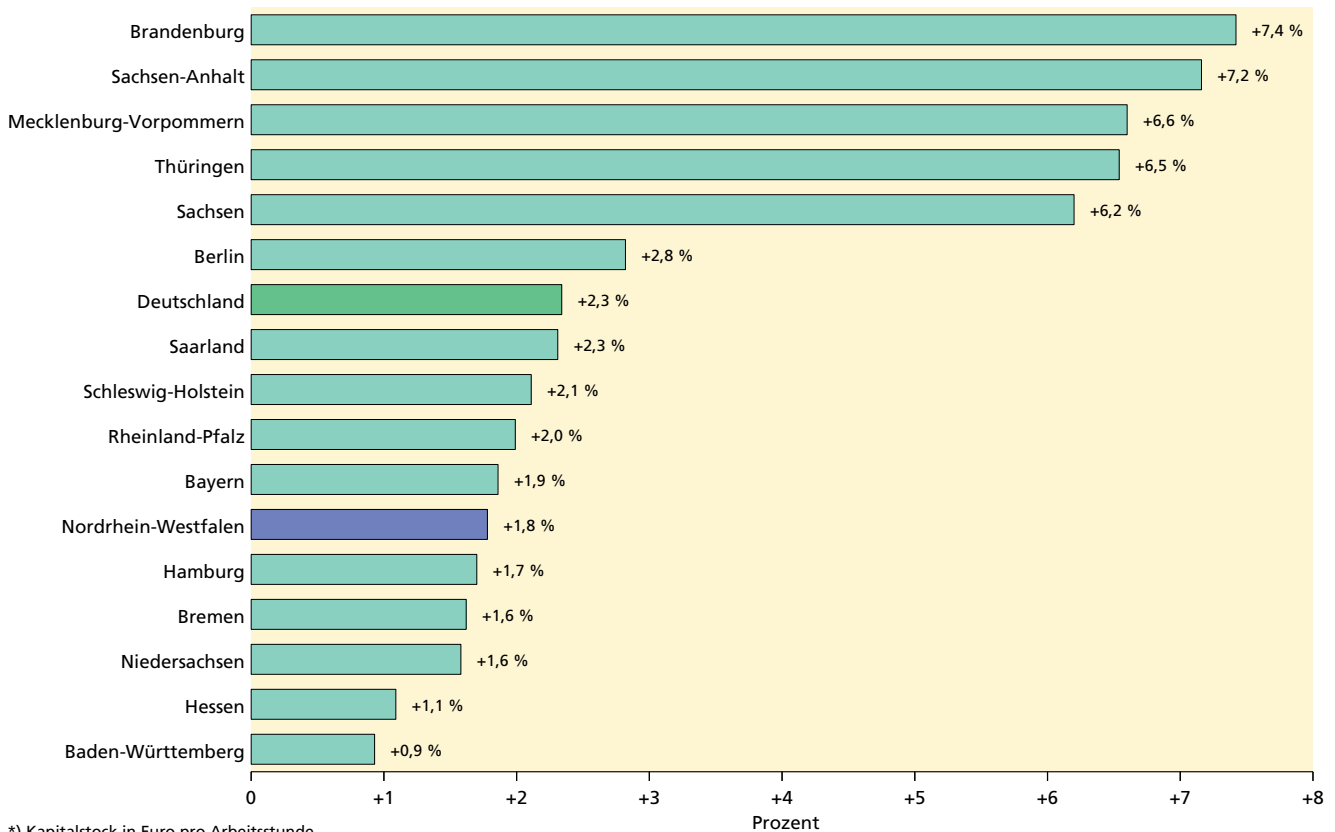


*) Kapitalstock in Euro je Arbeitsstunde

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Grafik: LDS NRW

Durchschnittliche Wachstumsrate der Kapitalintensität*) pro Jahr 1988 – 2002 nach Bundesländern



*) Kapitalstock in Euro pro Arbeitsstunde

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Grafik: LDS NRW

FuE-Intensität und Patentanmeldungen

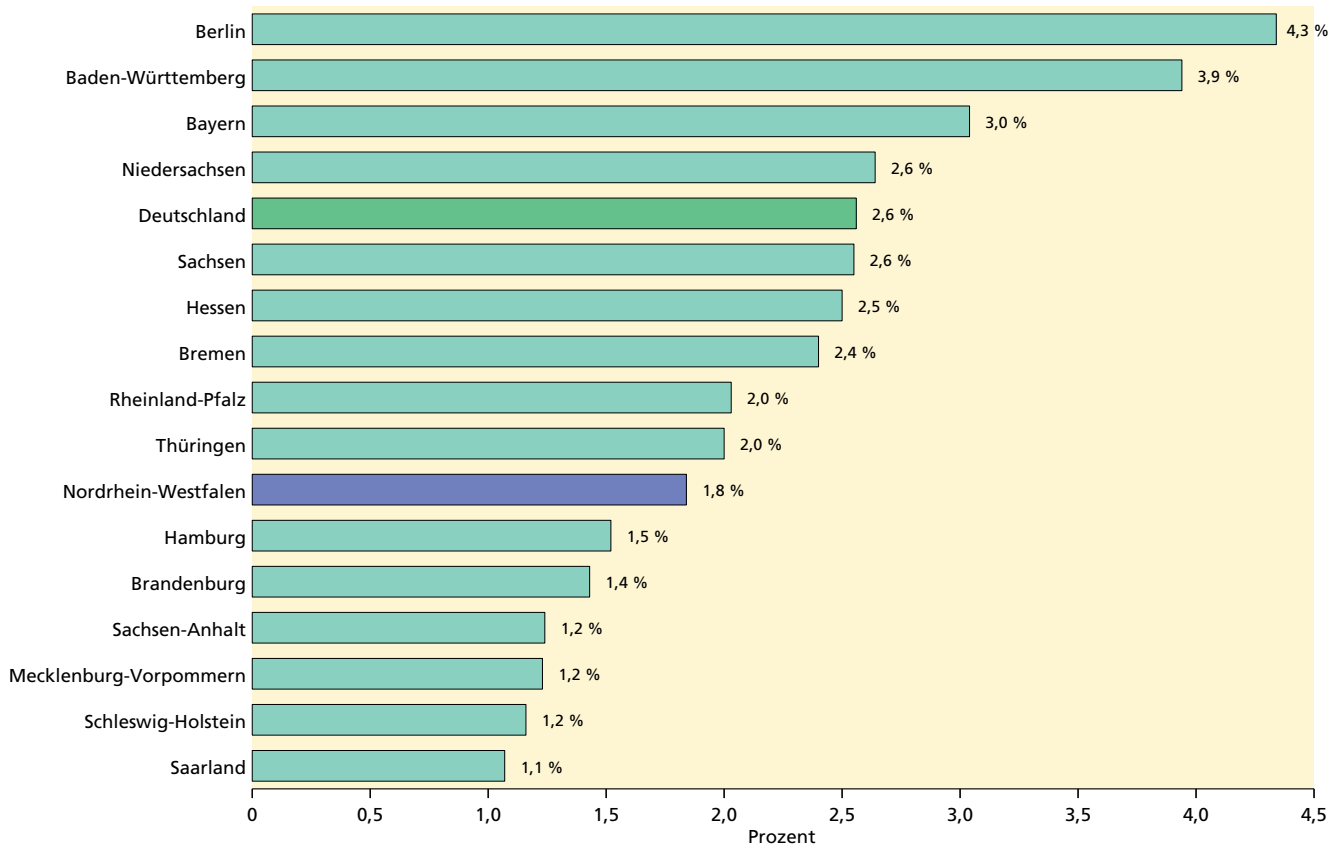
Im Jahr 2003 wurden in Nordrhein-Westfalen in den Forschungsstätten der privaten Wirtschaft, an den Hochschulen und in den öffentlichen Forschungsstätten außerhalb der Hochschulen insgesamt etwa 8,6 Milliarden Euro für Forschung und Entwicklung (FuE) ausgegeben. In den FuE-Einrichtungen arbeiteten für diesen Zweck etwa 76 200 Beschäftigte (Vollzeitäquivalente). Die FuE-Ausgaben in NRW sind damit seit 1995 um 22,5 Prozent gestiegen, für den gleichen Zeitraum betrug die Steigerung für ganz Deutschland allerdings mehr als 29,1 Prozent. Zudem ist festzustellen, dass der NRW-Anteil an den gesamten deutschen FuE-Ausgaben mit 15,7 Prozent niedriger war als die Anteile von Baden-Württemberg (22,7 Prozent) und Bayern (20,7 Prozent).

Hauptträger der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in NRW ist die private Wirtschaft mit 61,4 Prozent, gefolgt von den Hochschulen mit 23,7 Prozent und anderen öffentlichen Forschungsstätten mit 14,9 Prozent. Während die Hochschulen und die anderen öffentlichen Forschungsstätten in NRW in Bezug auf ihre FuE-Ausgaben im Bundesvergleich jeweils Spitzenpositionen einnehmen, sind die Ausgaben der privaten Wirtschaft im FuE-Bereich deutlich geringer als in vergleichbaren anderen Bundesländern. So gab die private Wirtschaft in 2003 für Forschung und Entwicklung in NRW etwa 5,3 Mrd. Euro aus, in Baden-Württemberg waren dies 9,8 Mrd. Euro und Bayern 9,1 Mrd. Euro.

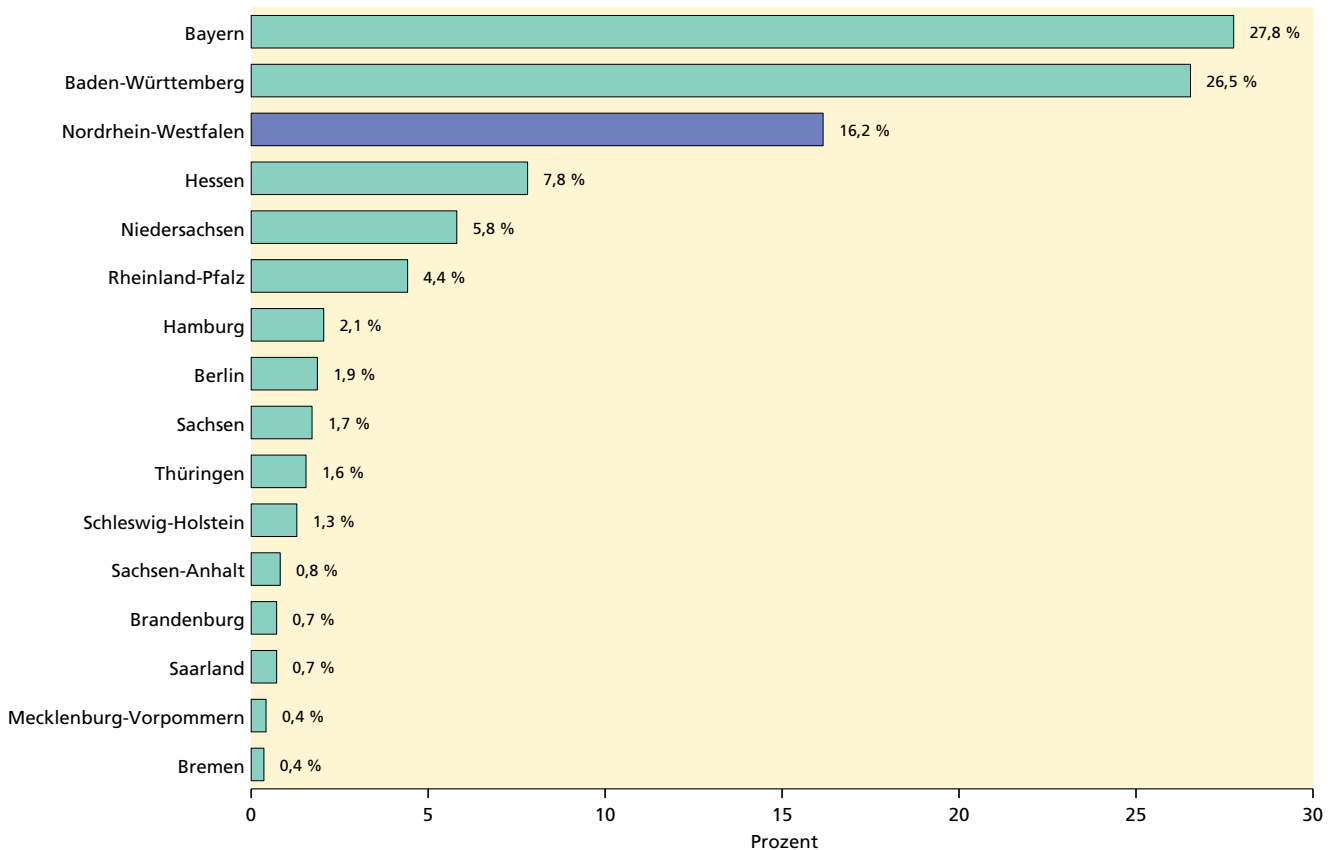
Die Forschungs- und Entwicklungsintensität beschreibt den Anteil der FuE-Ausgaben am nominalen Bruttoinlandsprodukt. In 2003 lag sie in NRW mit 1,8 Prozent deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnittswert von 2,6 Prozent. Den höchsten Wert erreichte Berlin mit 4,3 Prozent, gefolgt von Baden-Württemberg mit 3,9 Prozent und Bayern mit 3,0 Prozent. Aufgrund der Wichtigkeit von FuE im Innovationsprozess wird von der EU und der Bundesregierung für 2010 für die großen EU-Mitgliedsländer ein FuE-Anteil am Inlandsprodukt von 3 Prozent angestrebt. Um dieses Ziel für Deutschland zu erreichen, muss insbesondere auch NRW verstärkte Anstrengungen im FuE-Bereich unternehmen.

Neben der FuE-Intensität sind Patente inländischer Herkunft ein wichtiger Indikator bei der Beurteilung der technologischen Leistungsfähigkeit eines Landes. Sie lassen sich als ein Erfolgsindikator von Forschungs- und Entwicklungsprozessen interpretieren, die zukünftige Marktchancen und -entwicklungen mitbestimmen. Zur notwendigen Aufschlüsselung nach Bundesländern wird der Sitz des jeweiligen Anmelders zugrunde gelegt. Der Ländervergleich zeigt für 2004, dass Bayern mit einem Anteil von 27,8 Prozent an den beim deutschen Patent- und Markenamt registrierten Patentanmeldungen die Spitzenposition hält, gefolgt von Baden-Württemberg mit 26,5 Prozent und Nordrhein-Westfalen mit 16,2 Prozent.

Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukts 2003 nach Bundesländern



Patentanmeldungen in Deutschland 2004 – Anteile der Bundesländer



Nordrhein-Westfalen exportiert fast genauso viel wie Spanien

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte 2004 mit Anteilen von 18,3 Prozent an den Exporten und von 23,9 Prozent an den Importen der Bundesrepublik Deutschland das größte Außenhandelsvolumen aller Bundesländer. Der Wert der NRW-Exporte erreichte im Jahr 2004 fast 134 Milliarden Euro. Dies waren 10,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Wert der Importe überstieg mit 138,4 Milliarden Euro das Vorjahresergebnis um 6,7 Prozent.

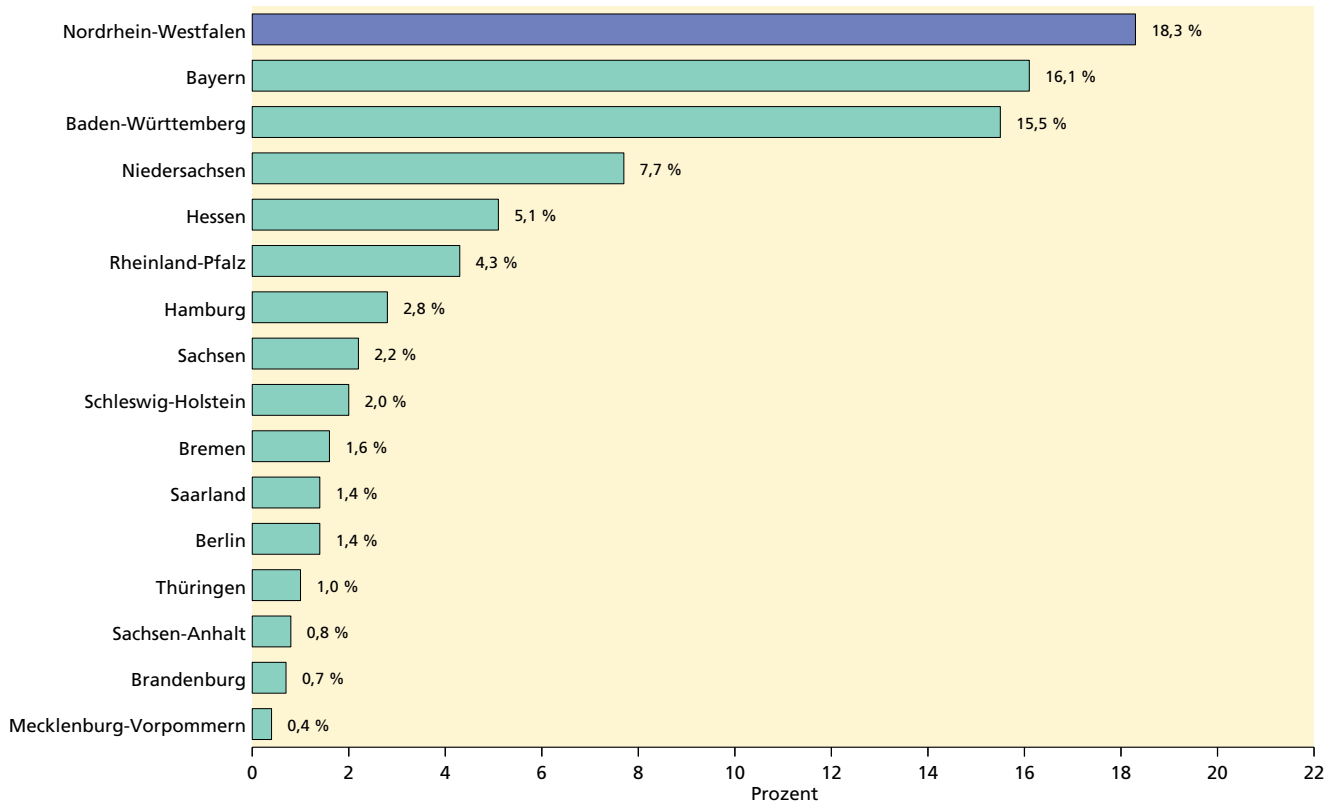
Die Warensendungen in die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (einschließlich der zehn neuen EU-Länder) beliefen sich 2004 auf 90,0 Milliarden Euro (+10,0 Prozent); für die Lieferungen aus diesen Ländern wurde ein Wert von 88,6 Milliarden Euro (+7,8 Prozent) verbucht. Im Handel mit den Ländern außerhalb der EU konnte 2004 bei den Exporten (43,8 Milliarden Euro) das Vorjahresergebnis um 12,8 Prozent überschritten werden. Auch die Importe aus Nicht-EU-Ländern (49,8 Milliarden Euro) lagen um 4,8 Prozent höher als 2003.

Den größten Anteil an den Exporten NRWs hatten mit 16,9 Prozent chemische Erzeugnisse, gefolgt von Maschinen mit 14,8 Prozent und Kraftwagen bzw. Kraftwagenteilen mit 13,9 Prozent. Weitere wichtige Exportgüter waren Eisen- und Stahlerzeugnisse (12,0 Prozent), Metallerzeugnisse (5,6 Prozent), Elektrogeräte (4,5 Prozent) sowie Güter der Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente (4,5 Prozent).

Bei den Hauptabnehmerländern nahm 2004 Frankreich (13,1 Mrd. Euro) knapp vor den Niederlanden (12,7 Mrd. Euro) den ersten Platz ein, danach folgten Großbritannien (10,7 Mrd. Euro), Belgien (10,0 Mrd. Euro), Italien (9,1 Mrd. Euro) und die USA (8,4 Mrd. Euro). Zu den Hauptlieferländern gehörten die Niederlande (19,2 Mrd. Euro), Frankreich (11,1 Mrd. Euro), Großbritannien (10,2 Mrd. Euro), Belgien (9,8 Mrd. Euro) und die Volksrepublik China (9,7 Mrd. Euro).

Bei einem internationalen Vergleich läge Nordrhein-Westfalen unter den EU-Ländern bei den Exporten im Jahr 2004 knapp hinter Spanien und deutlich vor Schweden, Österreich und Irland. NRW trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland „Exportweltmeister“ ist.

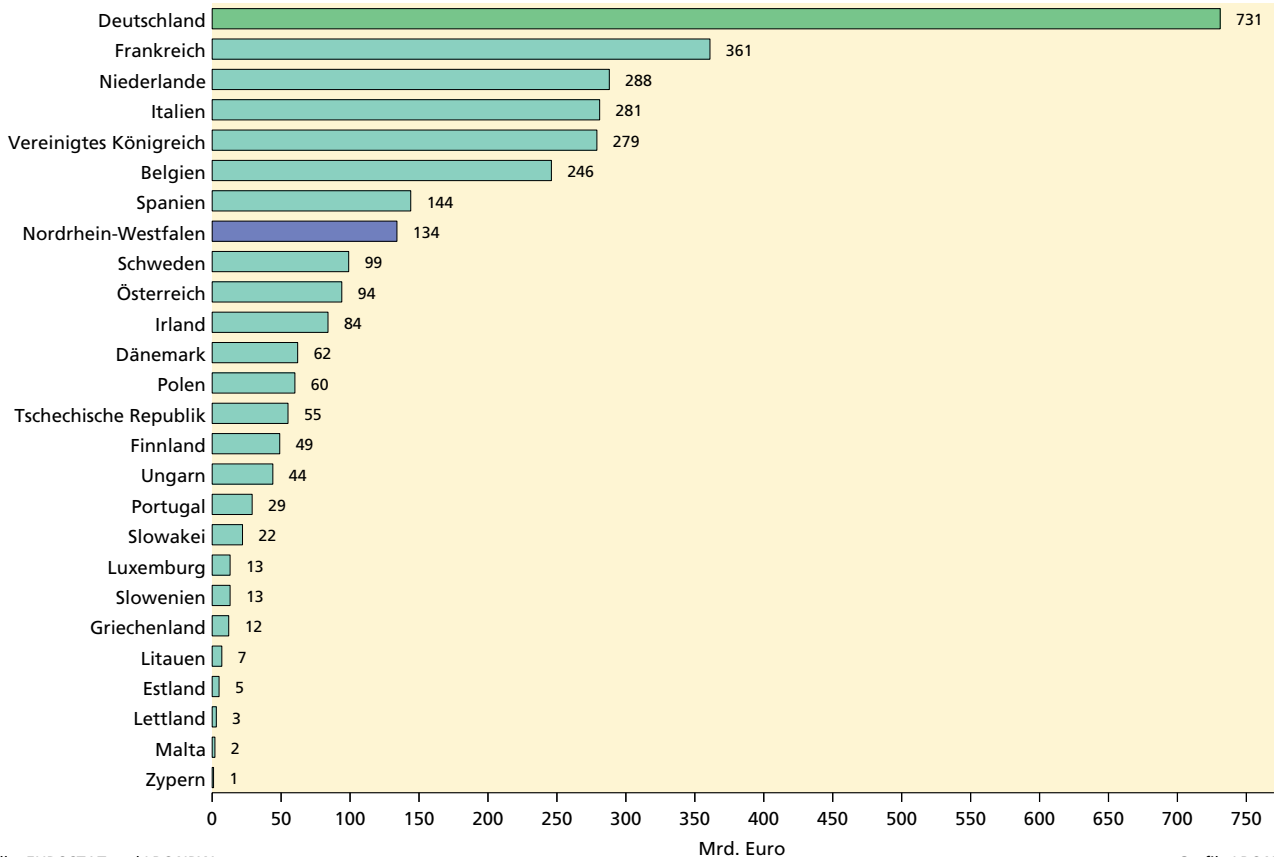
Anteil*) der Bundesländer an der Ausfuhr**) Deutschlands 2004



*) Warenverkehre, die keinem Bundesland zugeordnet werden können; Waren ausländischen Ursprungs (16,8%) sowie Waren nicht ermittelter Herkunftsländer (1,7%) sind bei der Berechnung der Anteile der Bundesländer berücksichtigt, aber in der Grafik nicht ausgewiesen worden. – **) Spezialhandel – – Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Ausfuhr der EU-Mitgliedstaaten 2004



Quelle: EUROSTAT und LDS NRW

Grafik: LDS NRW

Ausländische Unternehmen investieren vor allem in Nordrhein-Westfalen

Im Jahr 2003 haben ausländische Unternehmen nach Angaben der Deutschen Bundesbank in Nordrhein-Westfalen über 183 Mrd. Euro investiert. Mit einem Anteil von 34,6 Prozent geht mehr als ein Drittel aller unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland nach NRW, gefolgt von Hessen mit 19,7 und Bayern mit 12,7 Prozent. Die ostdeutschen Bundesländer weisen die geringsten ausländischen Investitionen auf.

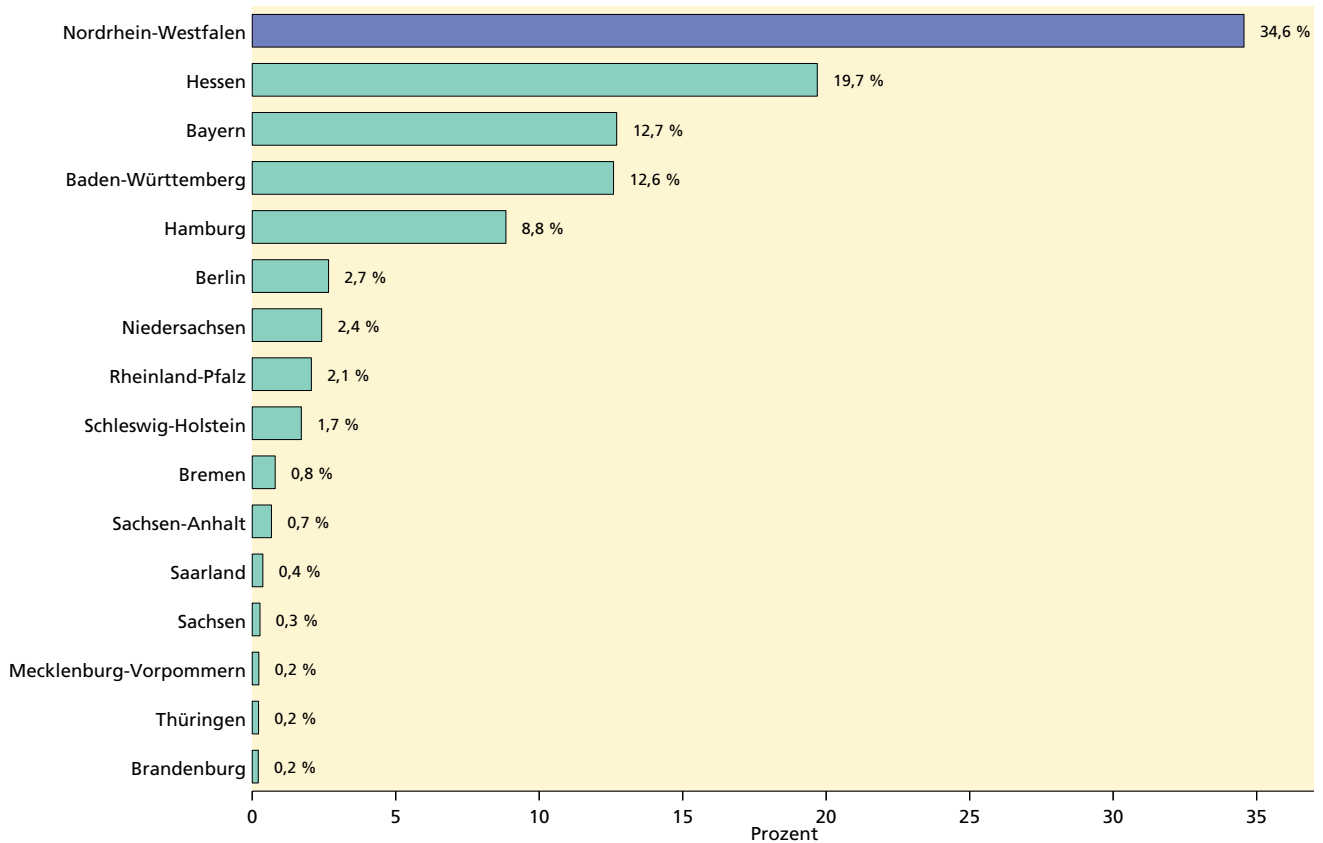
Die unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen sind in Deutschland als auch weltweit in den 1990er-Jahren aufgrund des kräftig wachsenden Welthandels und einer starken Ausweitung der Kapitalströme gestiegen. Nordrhein-Westfalen konnte in dieser Zeit gegenüber den anderen Bundesländern überproportionale Zuwächse verbuchen, so erhöhte sich der NRW-Anteil von 1991 bis 1999 um über 6 Prozentpunkte auf 31,2 Prozent. Im Boom-Jahr 2000 erreichten die ausländischen Direktinvestitionen ihren vorläufigen Höhepunkt. Der NRW-Anteil stieg kurzzeitig, wohl auch bedingt durch spektakuläre Übernahmen (z. B. Mannesmann durch Vodafone), auf 45,6 Prozent an. Im folgenden Jahr wurde der weltweite Wachstumstrend vor allem durch das Ende des Investitionsbooms in der IT-Branche unterbrochen, sowohl der Welthandel als auch die Direktinvestitionen waren erstmals seit Anfang der 1990er-Jahre weltweit rückläufig. Seit 2001 liegt der NRW-Anteil in etwa bei 35 Prozent.

Die ausländischen Direktinvestitionen sind ein Indikator für die grenzüberschreitenden Finanzbeziehungen verbundener Unternehmen; es wird die Höhe der Finanzmittel dargestellt, nicht deren Verwendung. Für die regionale Aufteilung ist zudem der juristische Sitz des Unternehmens maßgeblich, nicht der Ort des Investitionsprojektes. Trotz dieser Einschränkungen hinsichtlich der Aussagekraft lässt sich feststellen, dass Nordrhein-Westfalen für ausländische Investoren unter den deutschen Bundesländern der eindeutige Favorit ist.

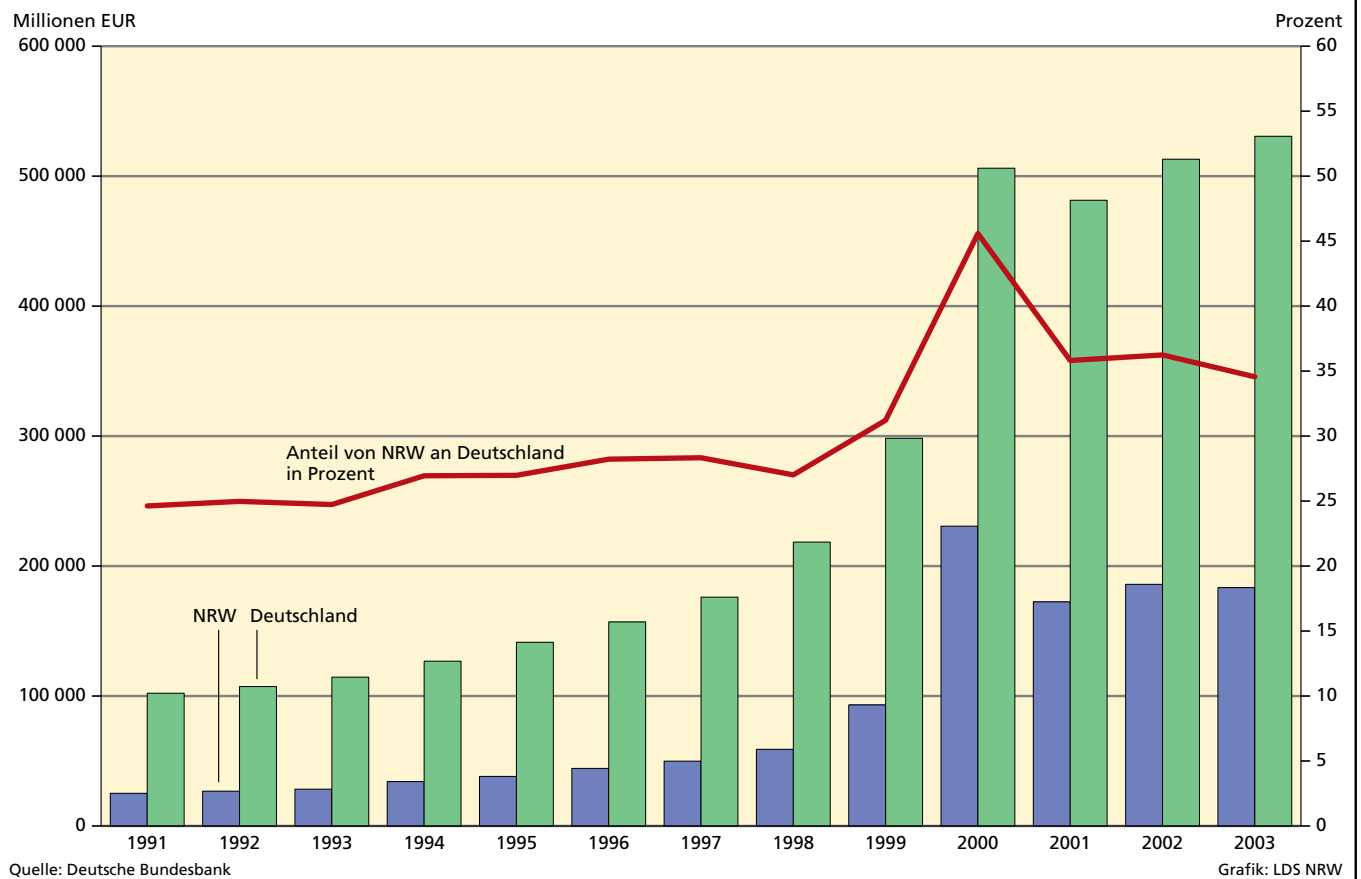
Mit etwa 81 Prozent floss der größte Teil der bis Ende 2002 in NRW getätigten unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in Beteiligungsgesellschaften. Weitere wichtige Zielbereiche für ausländische Investoren waren der Handel mit 6,2 Prozent sowie das Verarbeitende Gewerbe mit 5,6 Prozent, hier speziell die Herstellung chemischer Erzeugnisse, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, der Maschinenbau und der Fahrzeugbau, außerdem die Wirtschaftszweige „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ und „Kredit- und Versicherungsgewerbe“.

Auch wenn ausländische Direktinvestitionen nicht immer mit dem Aufbau tatsächlich vorhandener Produktionskapazitäten verbunden sind, tragen sie dennoch mit zu mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland bei. Ausländische Investoren leisten mit Kapital und neuen Ideen einen Beitrag zur Erneuerung und Ausweitung des Produktivkapitals der hiesigen Industrie. Sie sind ein fester Bestandteil eines offenen, leistungsfähigen, internationalen Wirtschaftssystems und eine wichtige Triebfeder der Entwicklung.

Anteil der Bundesländer an den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland im Jahr 2003



Entwicklung der unmittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in NRW und Deutschland 1991 – 2003



Arbeitnehmerentgelt in den Wirtschaftsbereichen

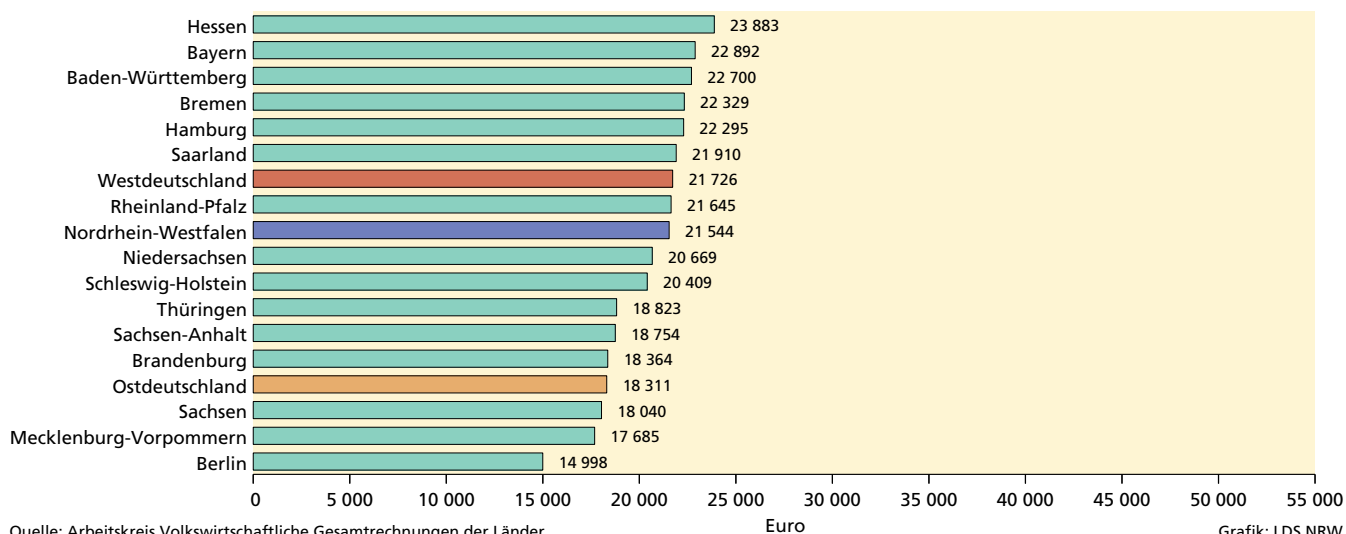
Das Arbeitnehmerentgelt umfasst sämtliche Geld- und Sachleistungen, die den innerhalb eines Wirtschaftsgebietes beschäftigten Arbeitnehmern aus den Arbeits- oder Dienstverhältnissen zufließen. Es setzt sich zusammen aus den Bruttolöhnen und -gehältern und aus tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.

Insgesamt beliefen sich die Arbeitnehmerentgelte in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2004 auf 253,7 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Zuwachs um etwa 0,2 Prozent. Das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer lag mit 34 007 Euro pro Jahr über dem deutschen Durchschnittswert von 33 193 Euro, aber unterhalb des Durchschnitts der alten Bundesländer (einschl. Berlin) von 34 323 Euro. Die höchsten Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer wurden in Hamburg (36 936 Euro) und Hessen (35 152 Euro) gezahlt, gefolgt von Baden-Württemberg und Bayern. Nordrhein-Westfalen lag auf dem sechsten Platz.

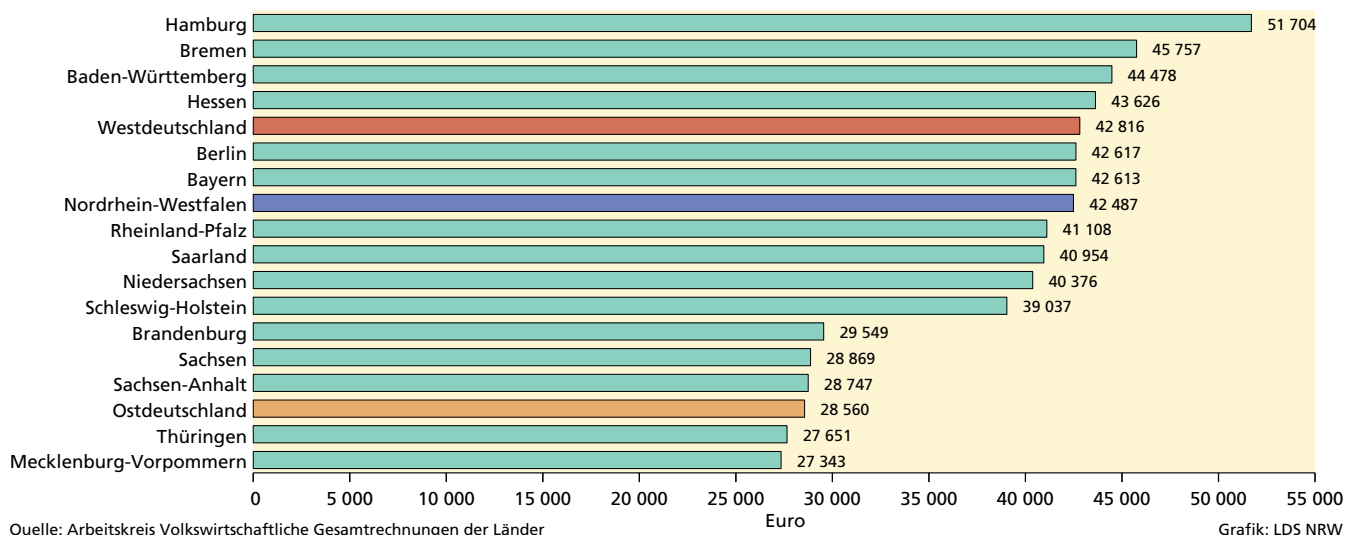
Zwischen den verschiedenen Wirtschaftssektoren lassen sich hinsichtlich der geleisteten Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer größere Unterschiede insbesondere in den alten Bundesländern erkennen. Hier lagen 2004 die Pro-Kopf-Arbeitnehmerentgelte im Produzierenden Gewerbe im Durchschnitt um 11 673 Euro höher als im Dienstleistungssektor; innerhalb letzteren Sektors waren sie wiederum im Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ um 8 942 Euro höher als in dem Bereich „Handel, Gaststätten und Verkehr“. Die geringsten Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer wurden für den Sektor „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ ermittelt. Zu beachten ist bei der Interpretation, dass der Indikator nicht die Länge der Arbeitszeit bzw. den Anteil der Teilzeitbeschäftigung in den Wirtschaftsbereichen berücksichtigt – durch die höhere Teilzeitquote lässt sich das Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich nur bedingt mit den anderen Sektoren vergleichen.

In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) waren die Entgelte je Arbeitnehmer mit 26 742 Euro im Jahr 2004 deutlich niedriger als im Westen Deutschlands und die Differenzierung weit weniger ausgeprägt. So betrug der Vorsprung des Produzierenden Gewerbes vor dem Dienstleistungsbereich im Jahr 2004 hier nur 2 109 Euro.

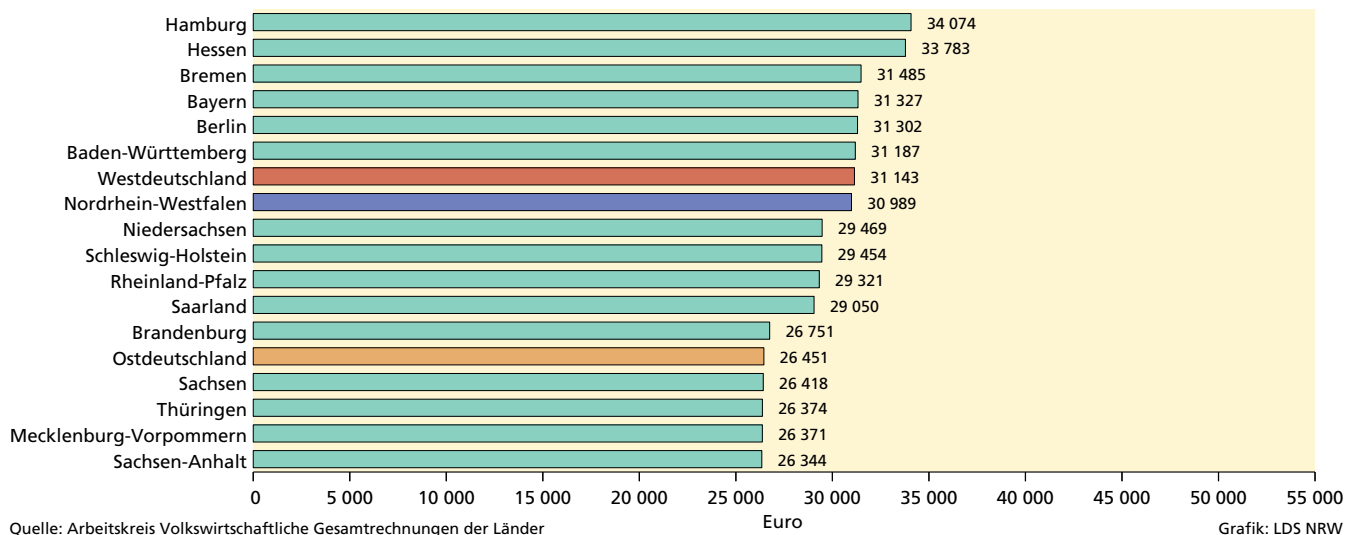
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 2004 nach Bundesländern Land- und Forstwirtschaft, Fischerei



Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 2004 nach Bundesländern Produzierendes Gewerbe



Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer 2004 nach Bundesländern Dienstleistungsbereich



Verfügbares Einkommen und Sparquote der privaten Haushalte

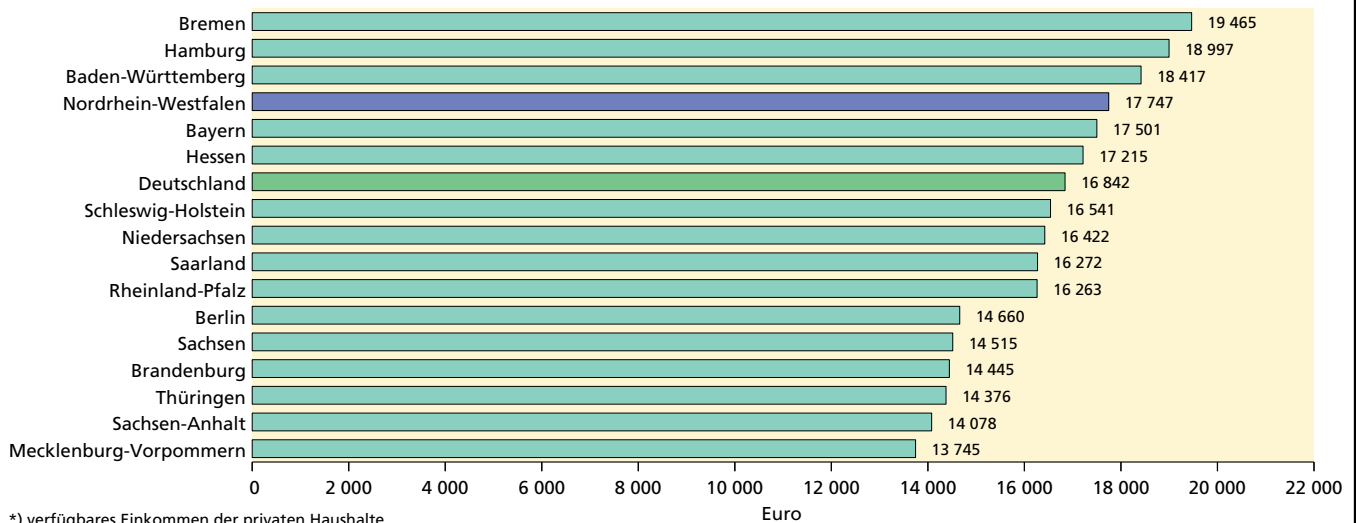
Das verfügbare Einkommen ist ein Maß für den monetären Wohlstand der privaten Haushalte; es entspricht dem Einkommen, das den privaten Haushalten zufließt und das diese für Konsum- und Sparzwecke verwenden können. Berechnet wird es, indem dem Primäreinkommen die monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transferzahlungen hinzugefügt werden, die die privaten Haushalte überwiegend seitens des Staates empfangen; abgezogen werden Einkommens- und Vermögenssteuern, Sozialbeiträge und sonstige laufende Transferzahlungen, die von den privaten Haushalten zu leisten sind. Für Regionalvergleiche wird das verfügbare Einkommen pro Einwohner herangezogen. Die Höhe dieses Wertes wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst: Neben strukturbedingten Unterschieden in der Wirtschaftskraft städtisch bzw. ländlich geprägter Gebiete spielen u. a. auch die Erwerbsbeteiligung und die Erwerbstätigenstruktur sowie die Haushalts- und Altersstruktur einer Bevölkerung eine Rolle.

Das höchste verfügbare Einkommen je Einwohner erzielte im Jahr 2003 Bremen, gefolgt von Hamburg und Baden-Württemberg. Nordrhein-Westfalen lag bundesweit auf dem vierten Platz noch vor Bayern und Hessen. NRW hatte mit fast 321 Mrd. Euro einen Anteil von 23,1 Prozent am verfügbaren Einkommen in Deutschland. Von 1997 bis 2001 lagen die jährlichen Wachstumsraten des verfügbaren Einkommens hierzulande bis auf eine Ausnahme im Jahr 1999 über dem deutschen Durchschnitt, seit 2002 sind die Steigerungsraten bundesweit eingebrochen und in NRW überdurchschnittlich stark gesunken.

Der überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird konsumiert. Der nicht konsumierte Teil zuzüglich der betrieblichen Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Die Sparquote der privaten Haushalte (Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen) lag 2003 in Nordrhein-Westfalen bei 10,6 Prozent und war damit in etwa so hoch wie im Vorjahr (+0,1 Prozentpunkte). Mit 12,2 Prozent zeigten die Einwohner Baden-Württembergs 2003 die höchste Sparquote, am niedrigsten war sie in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 8,5 Prozent.

Die Entwicklung der Sparquote weist in den letzten Jahren einen eher untypischen Verlauf auf. Während sie in vorausgegangenen Abschwungperioden kontinuierlich gesunken war, ist sie bundesweit im Zeitraum von 2001 bis 2003 trotz wirtschaftlicher Stagnation angestiegen. Als Gründe hierfür werden einerseits ein verstärktes Bemühen um eine private oder betriebliche Altersvorsorge, andererseits aber auch die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und eine Verunsicherung der Verbraucher genannt (siehe Gutachten des Sachverständigenrates für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2004).

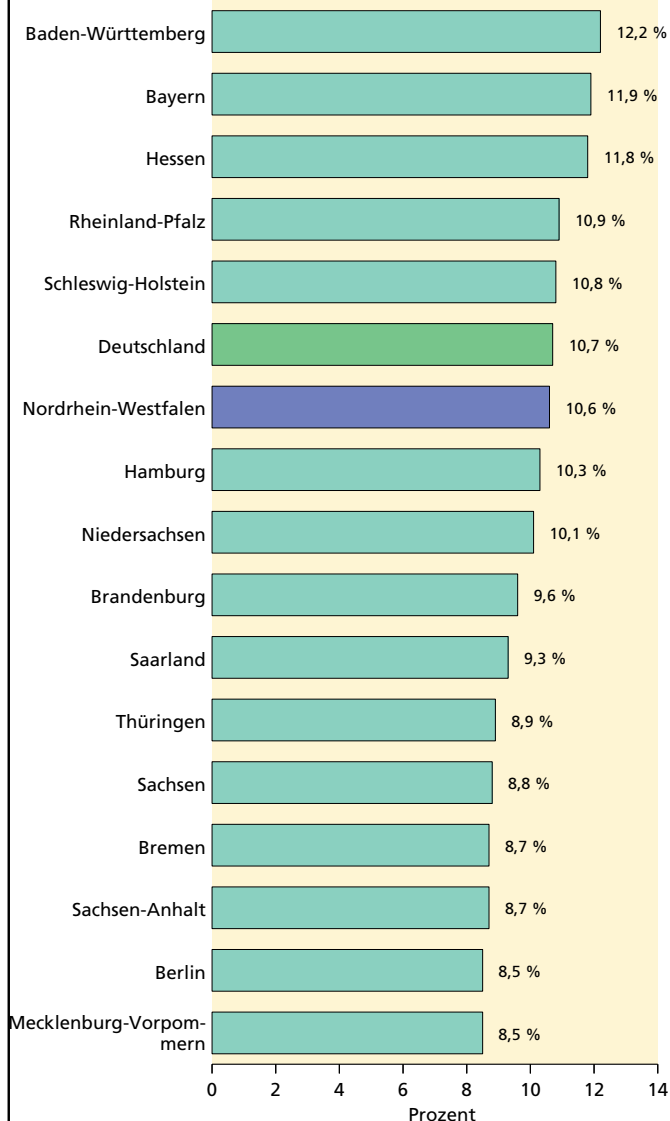
Verfügbares Einkommen*) je Einwohner 2003 nach Bundesländern



*) verfügbares Einkommen der privaten Haushalte
einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Grafik: LDS NRW

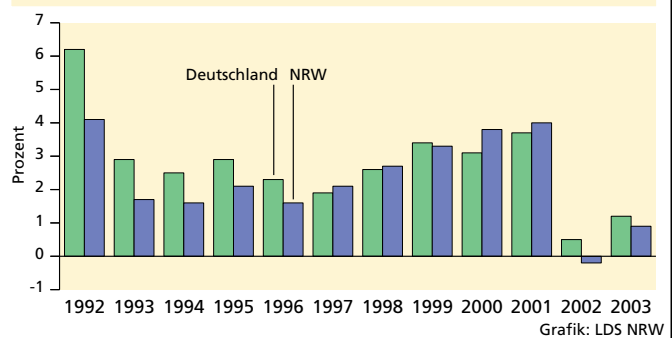
Sparquote der privaten Haushalte 2003 nach Bundesländern



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

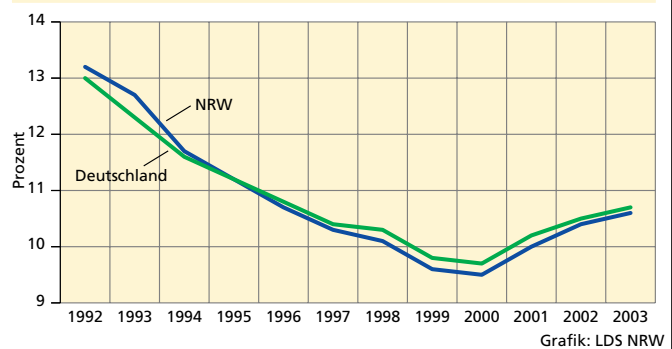
Grafik: LDS NRW

Veränderung des verfügbaren Einkommens 1992 – 2003 gegenüber dem Vorjahr



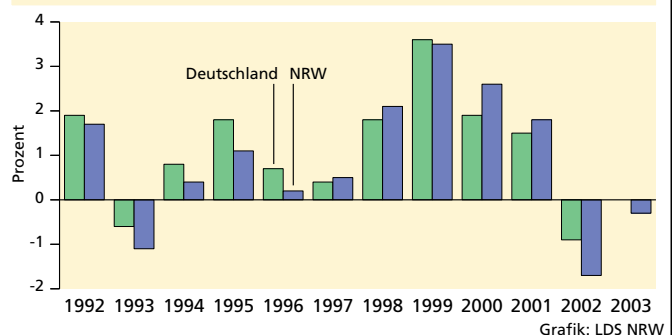
Grafik: LDS NRW

Sparquote 1992 – 2003



Grafik: LDS NRW

Veränderung der privaten Konsumausgaben 1992 – 2003 in Preisen von 1995 gegenüber dem Vorjahr



Grafik: LDS NRW

Überdurchschnittlicher Anstieg der Erwerbstätigenzahl in Nordrhein-Westfalen

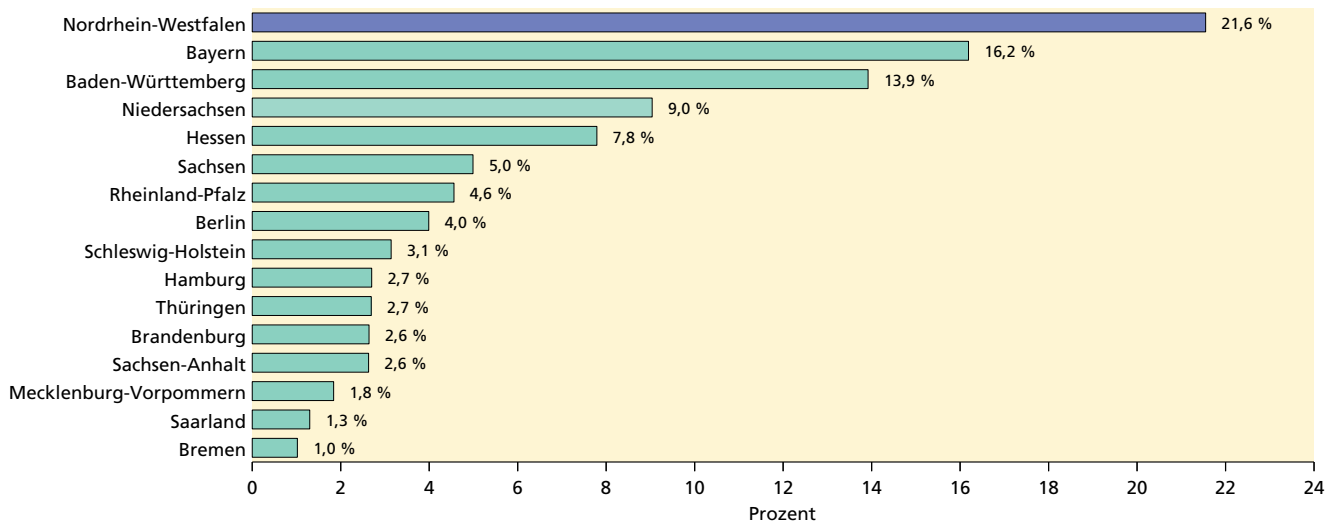
Die Zahl der Erwerbstätigen in Nordrhein-Westfalen ist 2004 um 44 100 auf rund 8,284 Millionen Personen gestiegen. Dies entspricht mehr als einem Fünftel aller in Deutschland lebenden Erwerbstätigen. Nach Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ war der Anstieg zum Vorjahr in NRW mit +0,5 Prozent etwas höher als der für Deutschland insgesamt (+0,3 Prozent).

Auf den Zeitraum von 1995 bis 2004 bezogen hat die Zahl der Erwerbstätigen in NRW um 489 700 zugenommen. Dies entspricht einem Zuwachs um 6,3 Prozent. Nordrhein-Westfalen liegt damit bundesweit auf dem zweiten Platz hinter Baden-Württemberg, welches eine Steigerung der Erwerbstätigenzahlen um 7,1 Prozent aufweist. Im Durchschnitt der alten Bundesländer (einschl. Berlin) liegt dieser Wert bei +4,5 Prozent; negativ ist er in den ostdeutschen Bundesländern.

In die „Erwerbstätigenrechnung“ einbezogen sind neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Beamte, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige und geringfügig Beschäftigte. Die Zahl letzterer ist aufgrund der Dynamisierung des Niedriglohnbereiches (z. B. Mini-Jobs) in den letzten Jahren stark angestiegen. Zudem hat auch die Zunahme des Anteils an Teilzeitbeschäftigten in NRW für einen Anstieg der Erwerbstätigenzahlen gesorgt, während gleichzeitig das geleistete Arbeitsvolumen (gemessen in Arbeitsstunden) und die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten leicht gesunken sind.

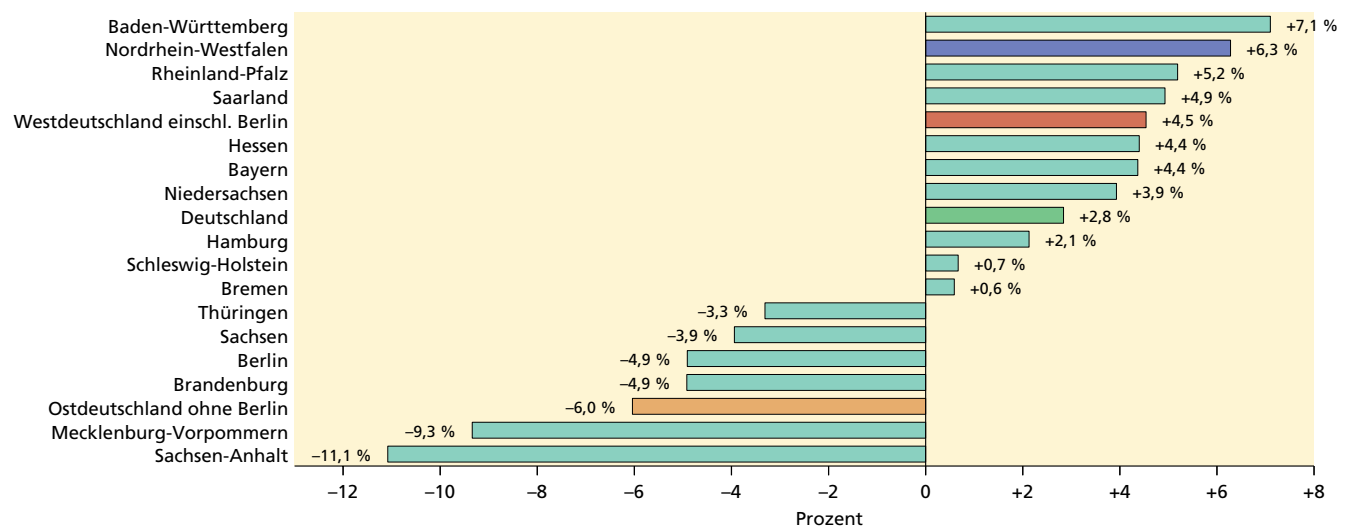
Erwerbstätige in den Bundesländern 2004

Deutschland insgesamt = 100 %



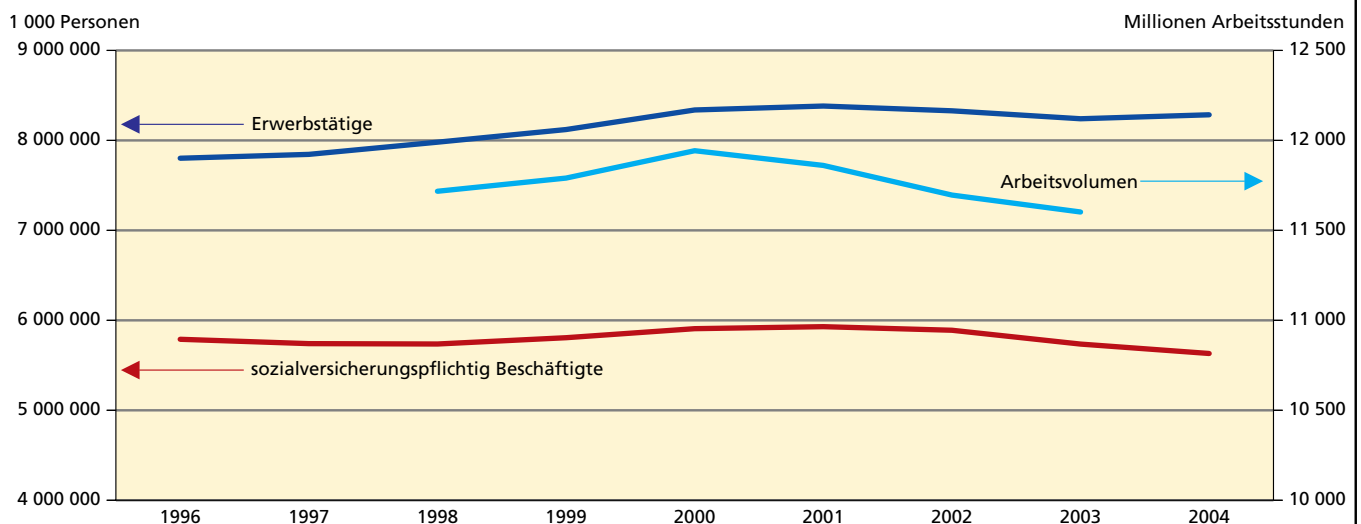
Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder

Grafik: LDS NRW

Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den Bundesländern 1995 – 2004

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder

Grafik: LDS NRW

Beschäftigung in NRW 1996 – 2004 nach Personen und Arbeitsstunden

Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung der Länder, Bundesagentur für Arbeit

Grafik: LDS NRW

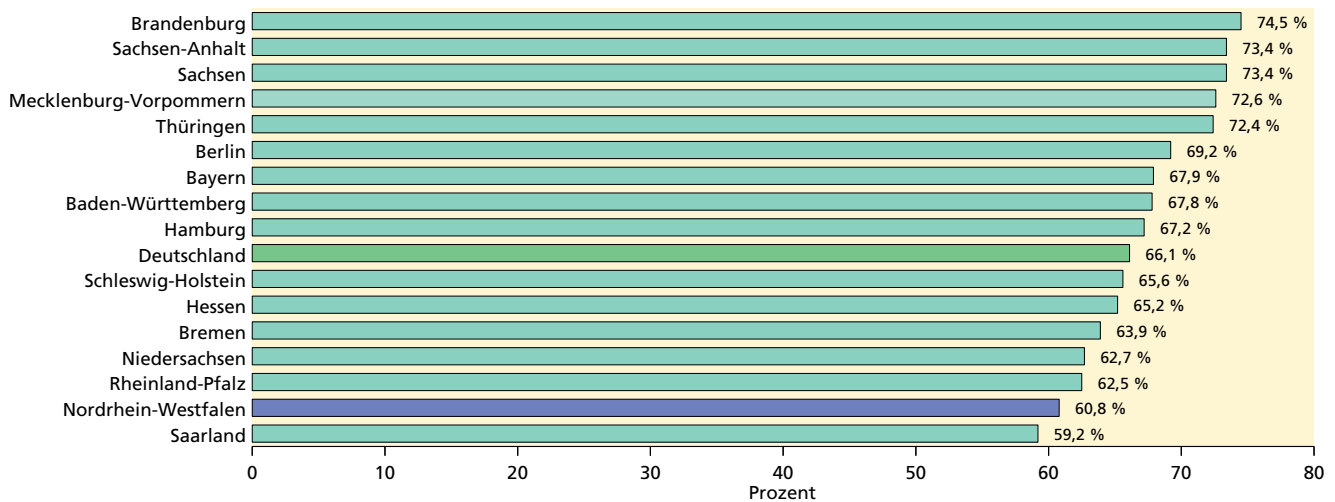
Frauenerwerbstätigkeit – Erwerbsquote und Teilzeitquote

2004 stellten die Frauen 43,9 Prozent aller Erwerbstätigen in NRW; im Durchschnitt der alten Bundesländer lag dieser Anteil bei 44,8 Prozent. Der Anteil der weiblichen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 – 64 Jahren an der weiblichen Bevölkerung des entsprechenden Alters betrug in NRW 60,8 Prozent und lag unterhalb des bundesdeutschen Durchschnittswertes von 66,1 Prozent. Allerdings holt Nordrhein-Westfalen gegenüber den anderen Bundesländern deutlich auf: Seit 1991 ist die Frauenerwerbsquote hier um 8,8 Prozentpunkte angestiegen; nur das Saarland konnte in diesem Zeitraum einen höheren Zuwachs verzeichnen (10,1 Prozentpunkte). In den neuen Bundesländern wirken noch bis heute die unterschiedlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung nach, hier sind die Frauenerwerbsquoten mit im Schnitt 73,4 Prozent nach wie vor deutlich höher als in den alten Bundesländern (64,5 Prozent). Zwischen den neuen und alten Bundesländern lassen sich jedoch Konvergenztendenzen beobachten. Während die Quote in den westlichen Ländern seit 1991 kontinuierlich angestiegen ist (insgesamt um 6,1 Prozentpunkte), sank sie in den östlichen etwas ab (insgesamt um 3,8 Prozentpunkte).

Teilzeitarbeit besitzt nach wie vor insbesondere für Frauen eine herausragende Bedeutung. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig erwerbstätigen Frauen ist in NRW von 32,6 Prozent im Jahr 1992 auf 46,3 Prozent im Jahr 2004 angestiegen und lag damit deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 42,1 Prozent. Mit der Zunahme von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung erhöhte sich in NRW auch die Zahl der abhängig erwerbstätigen Frauen gegenüber 1992 um 7,9 Prozent, während ihr Arbeitsvolumen bzw. die Summe der normalerweise wöchentlich geleisteten Arbeitsstunden im gleichen Zeitraum um 4,5 Prozent zurückging: Das vorhandene Arbeitsvolumen verteilt sich auf eine zunehmend größere Personenzahl.

Bei abhängig erwerbstätigen Männern war der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Vergleich hierzu eher marginal; er stieg in NRW von 2,2 Prozent im Jahr 1992 auf 6,1 Prozent im Jahr 2004 an (Deutschland 6,2 Prozent).

Frauenerwerbsquote*) 2004 nach Bundesländern

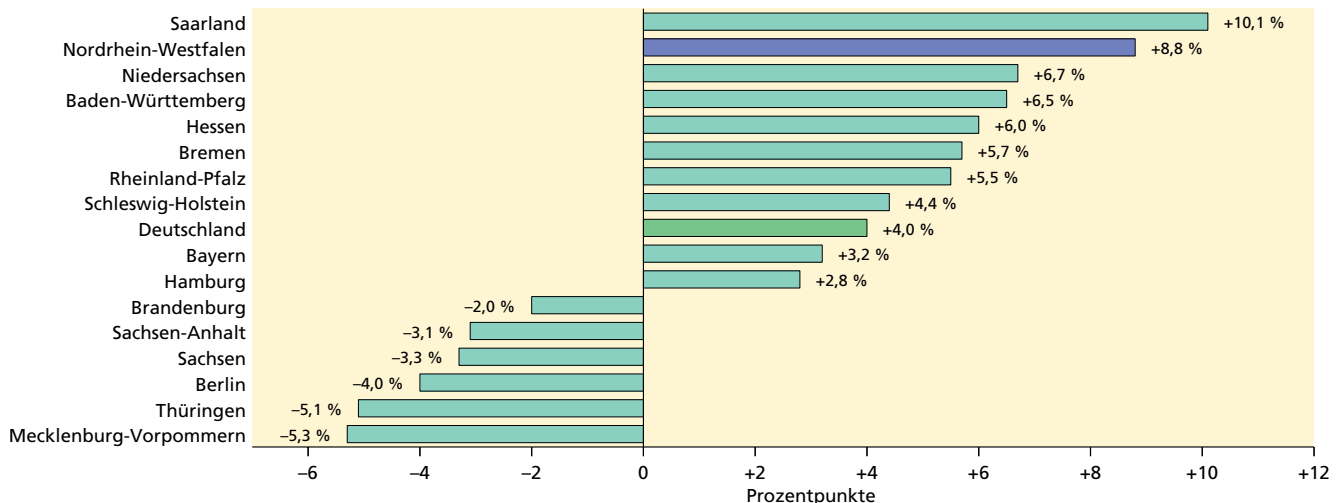


*) Zahl der weiblichen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Frauen der Bevölkerung entsprechenden Alters des Landes

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Veränderung der Frauenerwerbsquote*) 2004 gegenüber 1991 nach Bundesländern

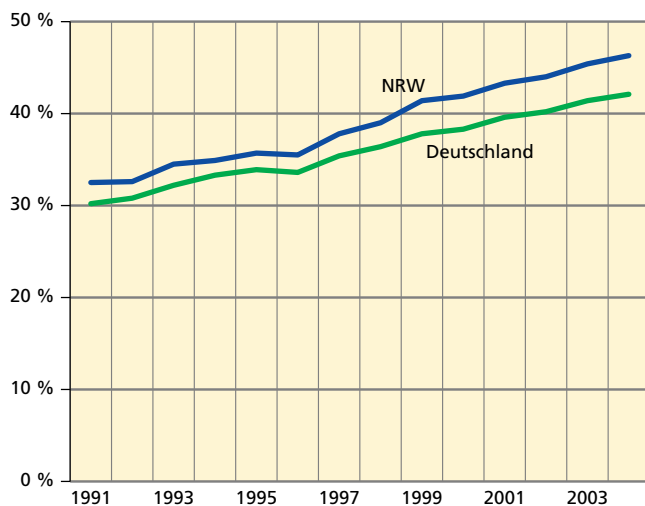


*) Zahl der weiblichen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren je 100 Frauen der Bevölkerung entsprechenden Alters des Landes

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

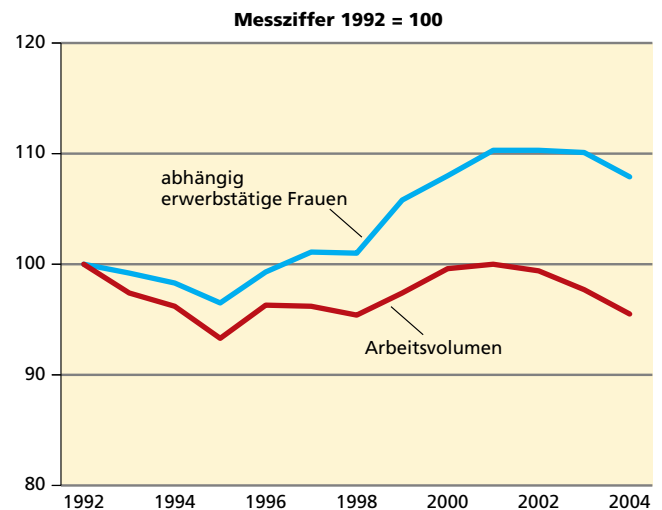
Teilzeitquote abhängig erwerbstätiger Frauen in NRW und Deutschland 1992 – 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt, LDS NRW, Ergebnisse des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

Entwicklung des Arbeitsvolumens abhängig erwerbstätiger Frauen in NRW 1992 – 2004



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus

Grafik: LDS NRW

Erwerbslosigkeit

In Nordrhein-Westfalen waren 2004 etwa 810 000 Personen erwerbslos und für den Arbeitsmarkt verfügbar. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs um ca. 59 000 Personen. Etwa 63 Prozent aller Erwerbslosen waren männlich. In NRW betrug die Erwerbslosenquote 9,9 Prozent; sie lag damit über jener für das frühere Bundesgebiet (8,9 Prozent), aber unter der Quote für ganz Deutschland (11,0 Prozent).

Deutschland weist hinsichtlich der Erwerbslosenquoten ein Ost-West-Gefälle zu Ungunsten Ostdeutschlands sowie ein tendenzielles Nord-Süd-Gefälle auf. Die niedrigsten Erwerbslosenquoten hatten die südlichen Bundesländer Baden-Württemberg mit 6,8 Prozent und Bayern mit 7,1 Prozent, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit 7,4 Prozent und Hessen mit 8,2 Prozent. In den nordwestlichen Bundesländern lag die Erwerbslosenquote zwischen 9,8 (Niedersachsen) und 15,1 Prozent (Bremen), im Osten zwischen 16,5 Prozent (Thüringen) und Mecklenburg-Vorpommern (22,5 Prozent).

Seit Anfang der 1990er-Jahre ist die Erwerbslosigkeit in allen Bundesländern angestiegen, allerdings lassen sich regionale Unterschiede erkennen. Die stärksten Zuwächse gab es von 1991 bis 2004 in Baden-Württemberg (+163,1 Prozent), Bayern (+135,3 Prozent) und Brandenburg (+95,9 Prozent), die geringsten in Thüringen (+31,2 Prozent), dem Saarland (+45,5 Prozent) und Hamburg (+48,6 Prozent). Bei der Interpretation der Zuwachsraten ist allerdings auch der Basiseffekt zu berücksichtigen: Bei Ländern mit schon 1991 hoher Erwerbslosenzahl fallen absolute Zunahmen relativ weniger ins Gewicht als bei Ländern mit damals niedrigerem Bestand an Erwerbslosen.

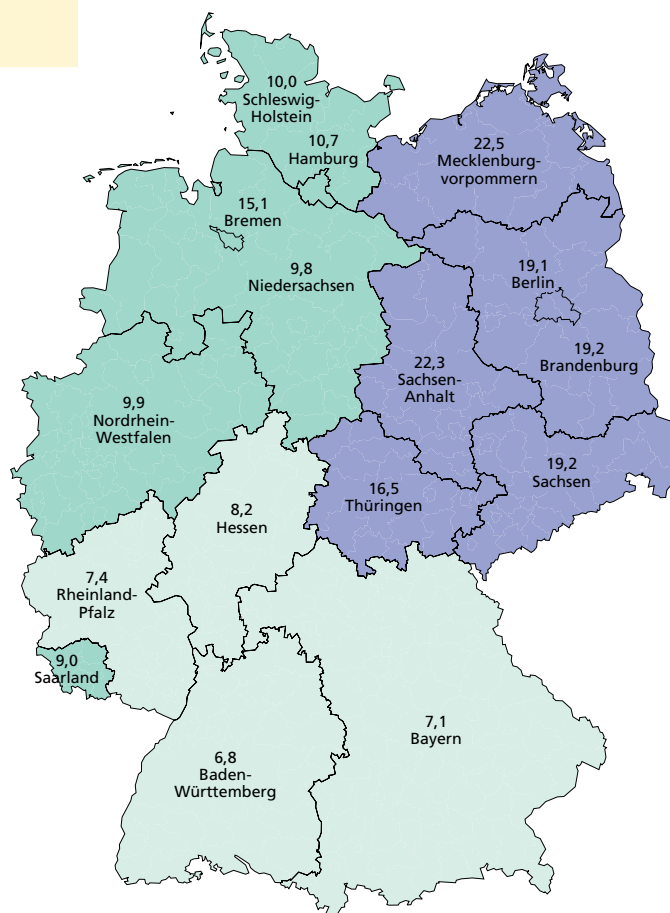
Die Erwerbslosenquote ist zu unterscheiden von der Arbeitslosenquote, die von der Bundesagentur für Arbeit erhoben wird: Nach dem „Labour Force“-Konzept des internationalen Arbeitsamtes (ILO) ist eine Person ab dem 15. Lebensjahr erwerbslos, wenn sie in der Berichtswoche keiner mit einem Einkommen verbundenen Tätigkeit nachgegangen ist, nicht selbstständig war und in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht hat. Die Person muss außerdem innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können, also für den Arbeitsmarkt verfügbar sein. Eine Registrierung beim Arbeitsamt ist hingegen nicht erforderlich. Bei der Berechnung der Erwerbslosenquote bezieht man die Zahl der Erwerbslosen auf die Zahl der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose).

**Erwerbslosenquote*) in Deutschland
2004**

Erwerbslosenquote in %

- unter 9
- 9 bis unter 16
- 16 und mehr

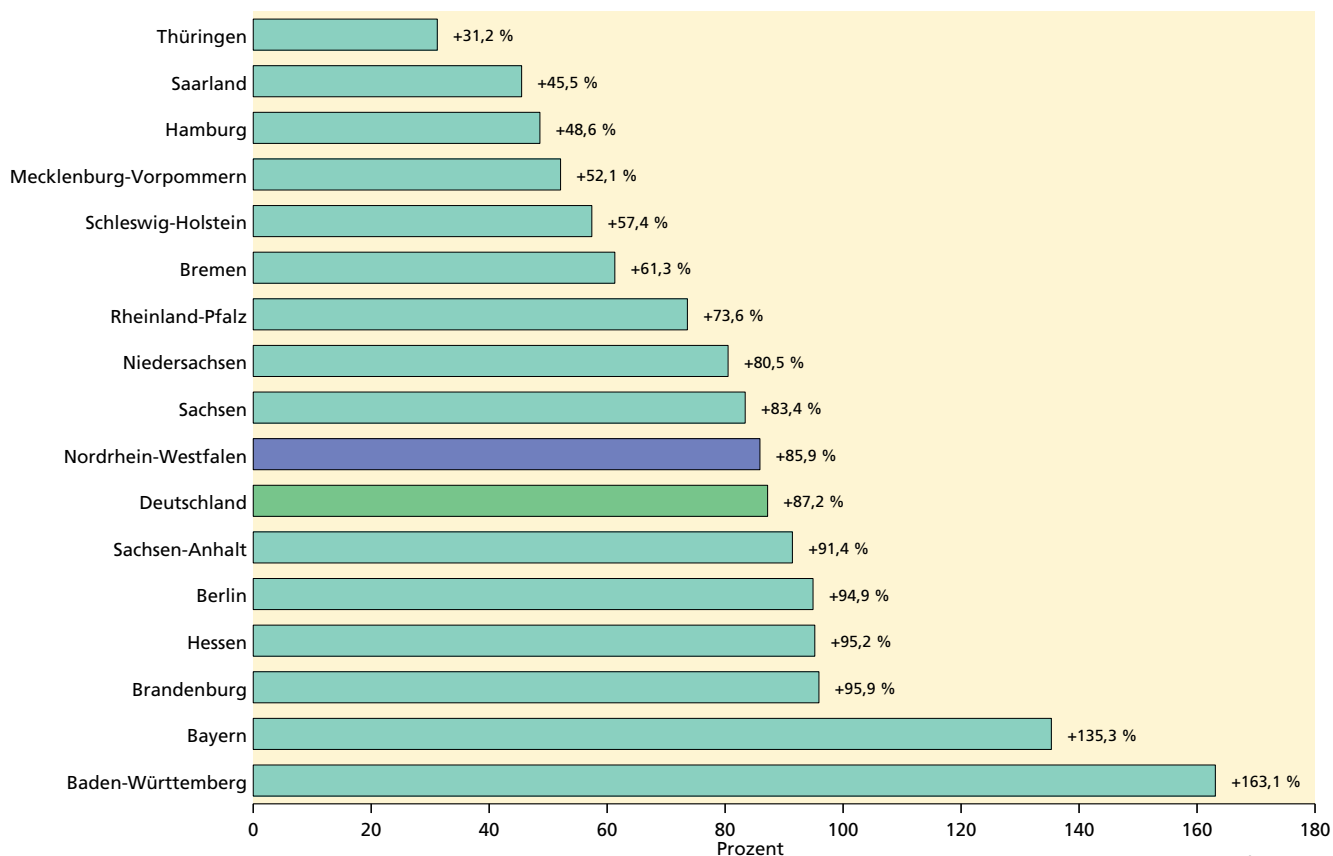
Nachrichtlich:
Deutschland 11 %



*) Erwerbslosenquote nach EU-Definition (ILO)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Wachstumsrate der Erwerbslosen 1991 – 2004 nach Bundesländern


Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Erwerbsquote und Erwerbslosenquote in NRW nach Alter und Geschlecht

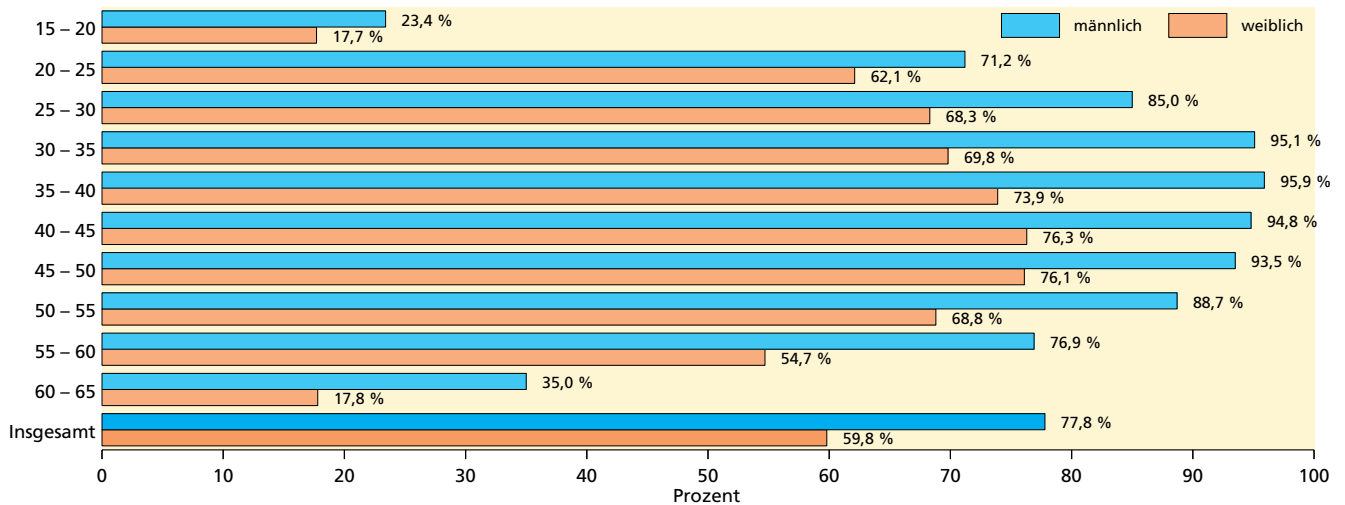
Die Erwerbsquote, also der Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose) an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren, liegt in Nordrhein-Westfalen bei den Männern deutlich höher als bei den Frauen. So betrug im Jahr 2004 die Erwerbsquote der Männer 77,8 Prozent und jene der Frauen 59,8 Prozent.

Differenziert man nach Altersgruppen, so ergeben sich sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen für die mittleren Altersjahrgänge die höchsten Erwerbsquoten. Bei Männern wird der Maximalwert (und damit gleichzeitig der geringste Anteil an Nichterwerbspersonen) mit 95,9 Prozent in der Altersklasse „35 bis unter 40 Jahre“ erreicht; bei den Frauen mit 76,3 Prozent in der Altersklasse „40 bis unter 45 Jahre“. In den älteren Altersgruppen nimmt die Erwerbsquote stark ab, sie liegt in der Gruppe der 55- bis unter 60-Jährigen bei nur noch 76,9 Prozent (Männer) bzw. 54,7 Prozent (Frauen) und sinkt in der Gruppe der 60- bis unter 65-Jährigen auf 35,0 Prozent (Männer) bzw. 17,8 Prozent (Frauen). In der Altersgruppe ab 60 Jahren ist somit nur noch eine Minderheit am Erwerbsleben beteiligt; dies deutet darauf hin, dass eine Mehrheit der Älteren schon vor dem 65. Geburtstag in den Ruhestand geht. In der unteren Altersgruppe der 15- bis 20-Jährigen befindet sich ein großer Teil der betreffenden Personen noch in der schulischen oder beruflichen Ausbildung, der Anteil der Nichterwerbspersonen ist hier folglich mit 76,6 Prozent bei den Männern und 82,3 Prozent bei den Frauen besonders hoch.

2004 betrug die Erwerbslosenquote der Männer in NRW 11,1 Prozent, die der Frauen 8,5 Prozent. Bei beiden Geschlechtern waren die Werte für die mittleren Altersgruppen deutlich geringer als für die unteren und oberen. Die niedrigsten Quoten ergaben sich mit 8,9 Prozent bei den 40- bis unter 45-jährigen Männern und mit 7,2 Prozent bei den 35- bis unter 40-jährigen Frauen. Die höchsten Erwerbslosenquoten wurden für die 20- bis 25-jährigen Männer (15,7 Prozent) und die 15- bis 20-jährigen Frauen (11,7 Prozent) ermittelt.

Erwerbsquote*)) in NRW 2004 nach Altersklassen und Geschlecht**

Alter von ... bis unter ... Jahren

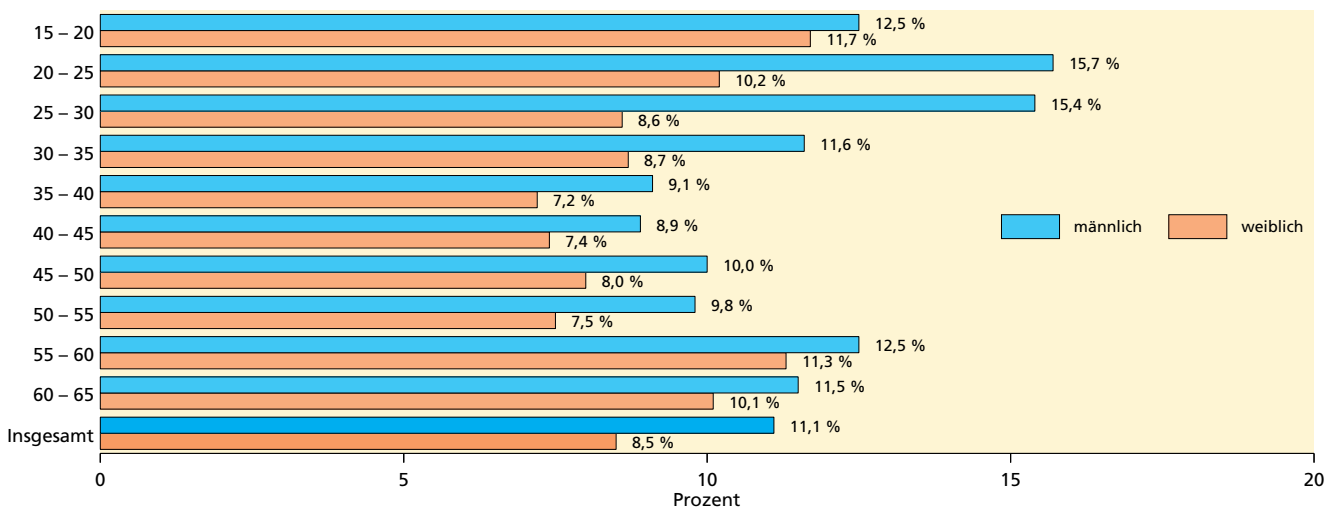


*) Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus – **) ILO-Konzept

Grafik: LDS NRW

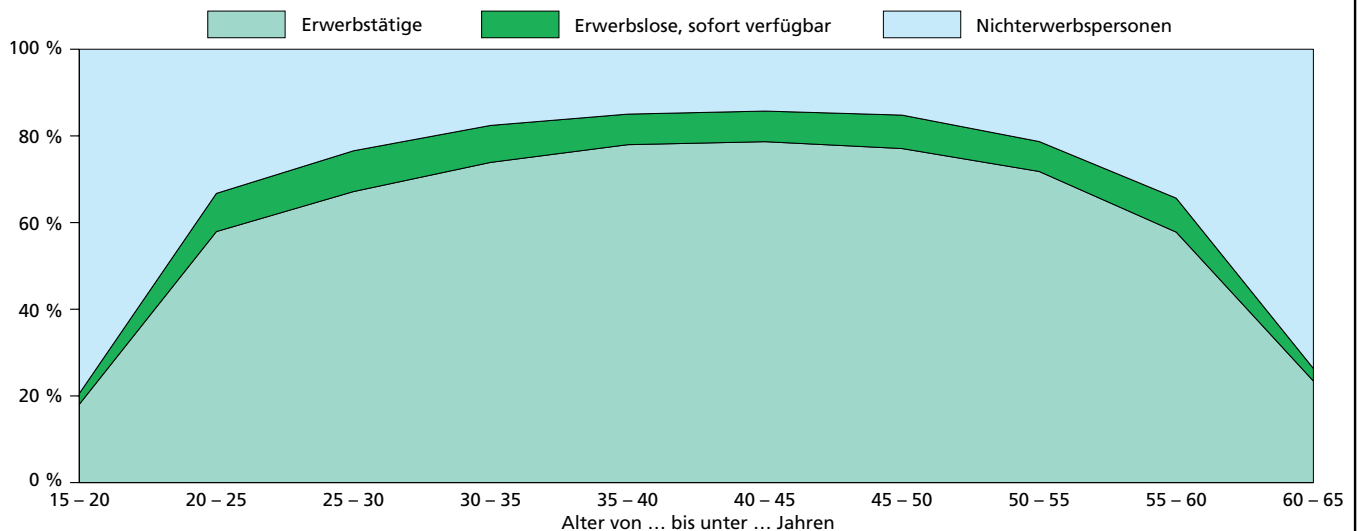
Erwerbslosenquote*)) in NRW 2004 nach Altersklassen und Geschlecht**

Alter von ... bis unter ... Jahren



*) Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus – **) sofort verfügbar (ILO-Konzept)

Grafik: LDS NRW

Erwerbstyp*)) in NRW 2004 nach Altersklassen**

*) Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren; Ergebnisse des Mikrozensus – **) (ILO-Konzept)

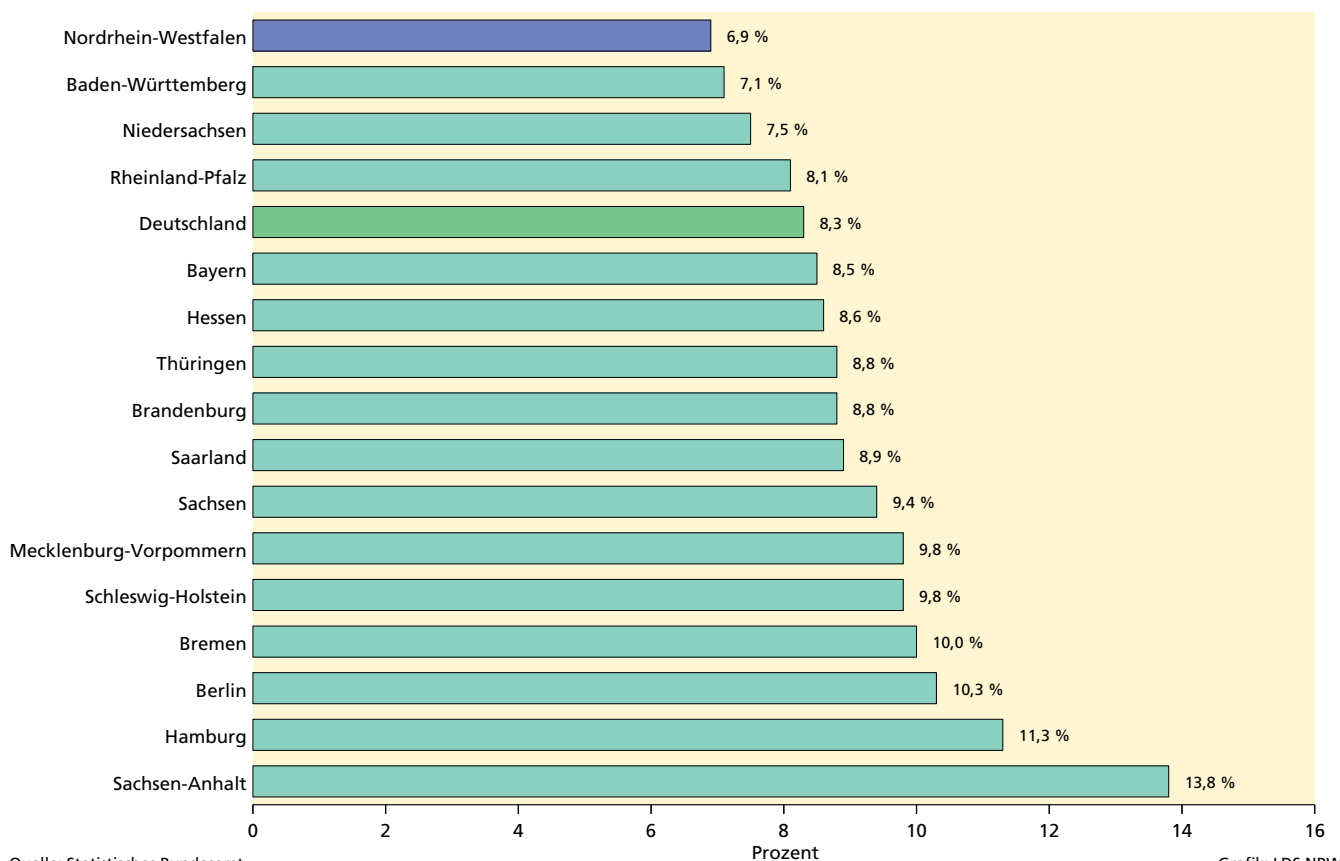
Grafik: LDS NRW

Nordrhein-Westfalen hat den geringsten Anteil an Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss

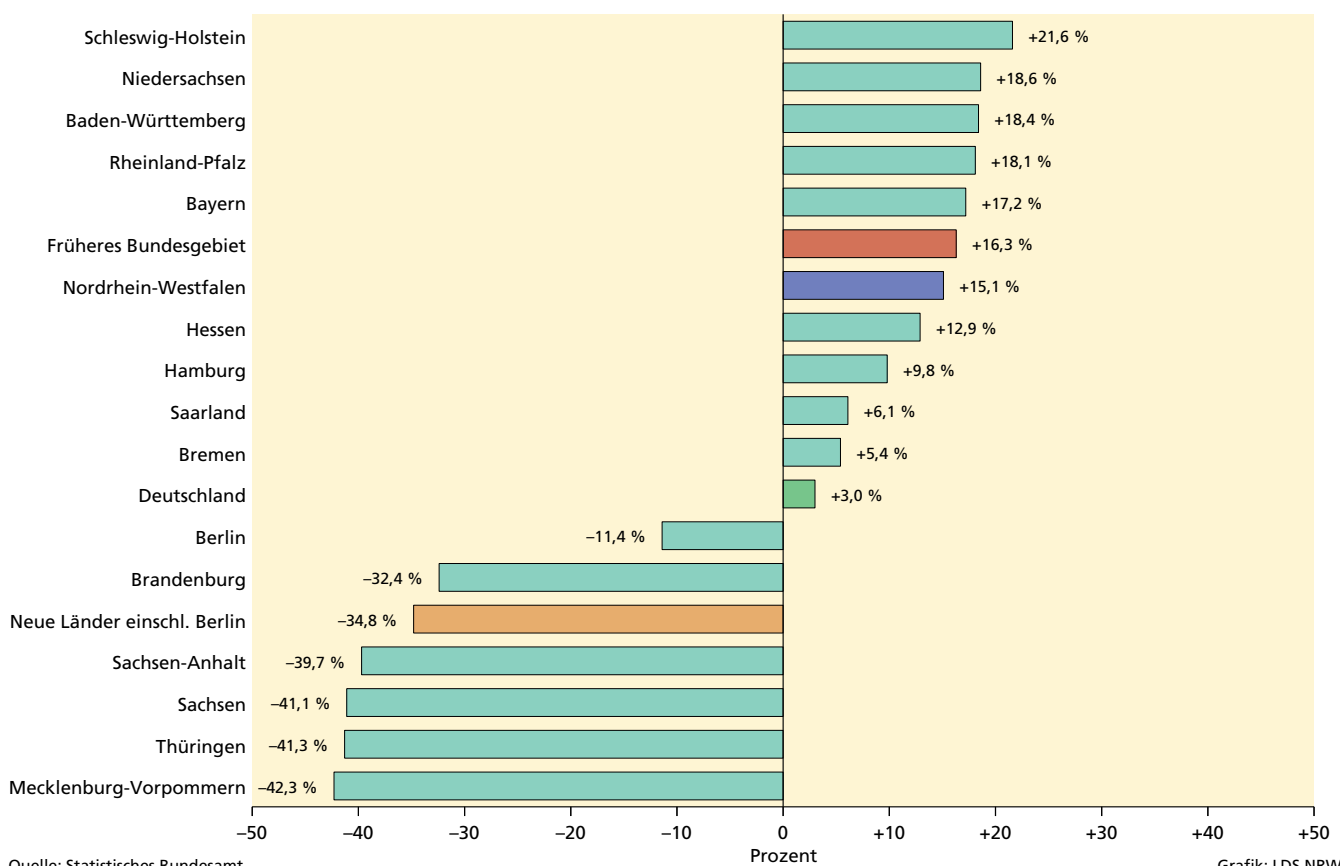
207 988 Schulabgängerinnen und Schulabgänger verließen zum Ende des Schuljahres 2003/04 die allgemein bildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen, dies waren 7 198 (+ 3,6 Prozent) mehr als im Vorjahr. Damit entfielen auf NRW 21,1 Prozent aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Deutschland. Von den Schulabsolventen erreichten 29,1 Prozent die allgemeine Hochschulreife oder die Fachhochschulreife, 41,6 Prozent einen Realschulabschluss und 22,4 Prozent einen Hauptschulabschluss.

Schüler, die allgemein bildende Schulen ohne Abschluss verlassen, sind gegenüber anderen Altersgenossen deutlich benachteiligt, sie haben häufig Schwierigkeiten, eine Lehrstelle zu finden, und weisen in der Regel geringere Erwerbs- und Lebenschancen auf. 2004 hatten in NRW 14 408 Schulabgänger keinen Hauptschul- oder höheren Abschluss. Der Anteil an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern betrug damit 6,9 Prozent und war so niedrig wie in keinem anderen Bundesland. Der deutsche Durchschnittswert war mit 8,3 Prozent deutlich höher. Einige Jugendliche nutzen die Möglichkeit, ihren Hauptschulabschluss an berufsbildenden Schulen nachzuholen. Im Schuljahr 2003/04 waren dies in NRW 3 750 Schülerinnen und Schüler.

Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Hauptschulabschluss 2004 nach Bundesländern



Veränderungsrate der Anzahl der Schülerinnen und Schüler 2004 gegenüber 1992 nach Bundesländern



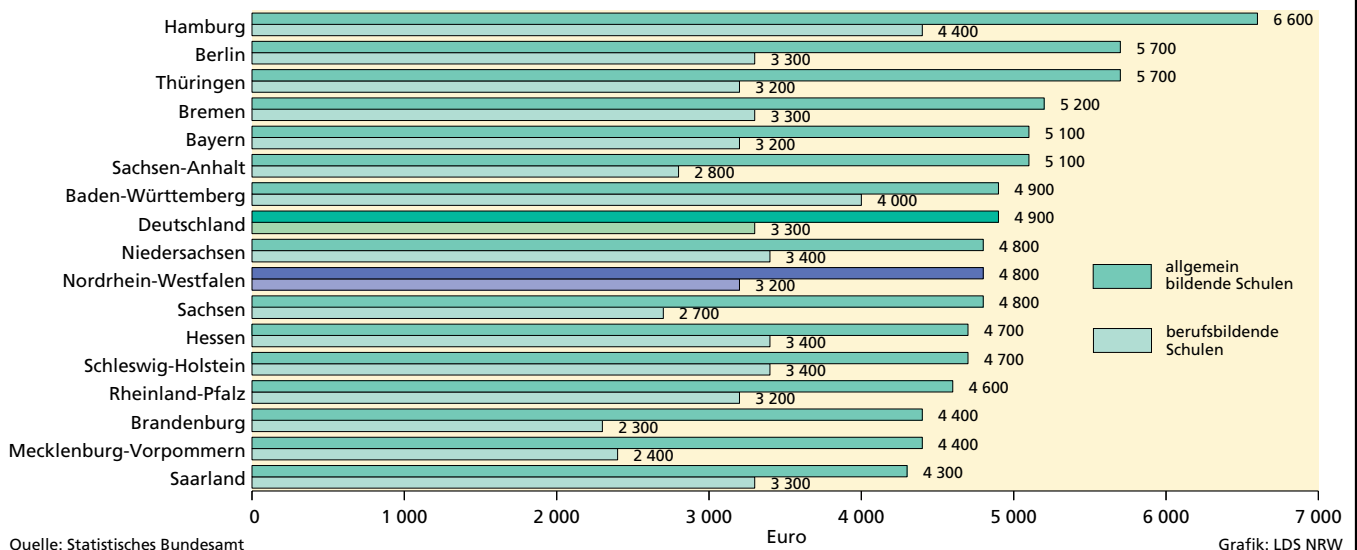
Geringere Ausgaben für Schulen, unterdurchschnittliche Unterrichtsstundenzahl in NRW

Die Ausgaben für öffentliche Schulen beliefen sich in Nordrhein-Westfalen im Haushaltsjahr 2002 für alle Schularten auf 4 500 Euro je Schüler. Für allgemein bildende Schulen wurden in NRW pro Kopf 4 800 Euro und für berufliche Schulen 3 200 Euro aufgewendet. Beide Werte lagen um jeweils 100 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Im Vergleich zu den Flächenstaaten weisen die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen deutlich höhere Ausgaben pro Schüler auf. Die im nebenstehenden Diagramm nachgewiesenen relativ hohen Werte für Thüringen und Sachsen-Anhalt sind nur eingeschränkt vergleichbar, da sie auch Angaben für den Hortbereich enthalten.

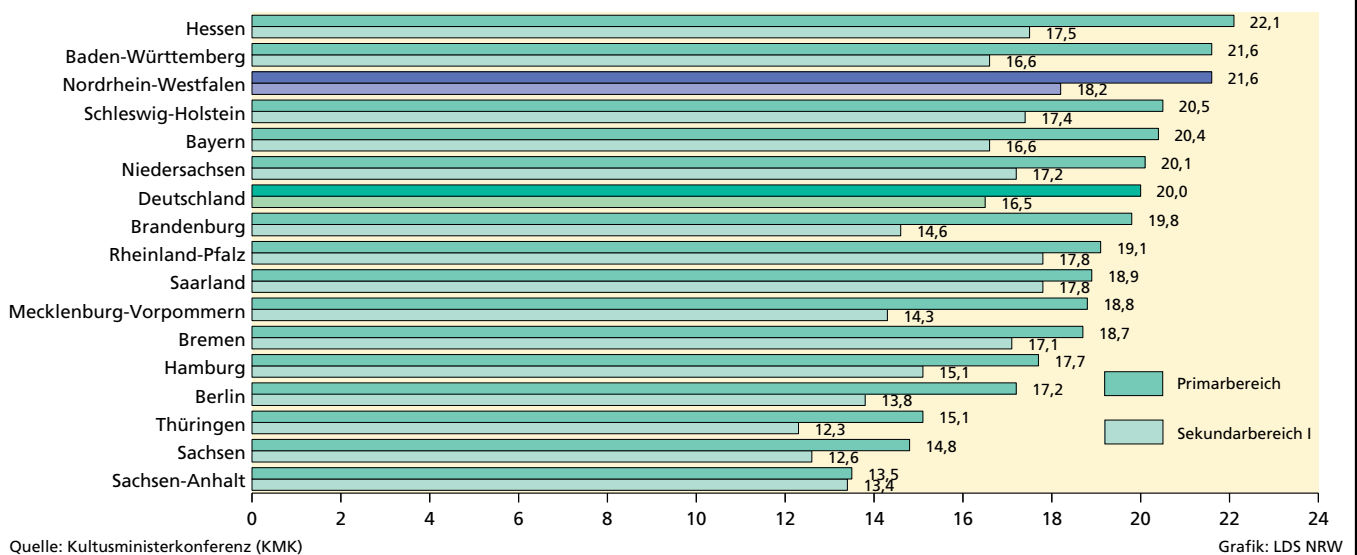
Neben den Ausgaben für Sachaufwand, Investitionen und die Schulverwaltung entfällt ein großer Teil der finanziellen Aufwendungen auf die Besoldung der Lehrkräfte. Mit den Ausgaben für das lehrende Personal wird eine bestimmte Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern erreicht, welche dann häufig durch die Schüler-Lehrer-Relation ausgedrückt wird. Im Jahr 2004 lag der Durchschnittswert für diese Relation in Nordrhein-Westfalen im Primarbereich bei 21,6 Schülerinnen und Schüler je Lehrer; sie war damit bundesweit – hinter Hessen (22,1) und gleichauf mit Baden-Württemberg – am zweithöchsten. Im Bereich der Sekundarstufe I lag NRW mit 18,2 Schülerinnen und Schüler je Lehrer vor Rheinland-Pfalz und dem Saarland (17,8) an erster Position. Die Relationen differieren zwischen den Ländern deutlich, vergleichsweise niedrige Werte weisen insbesondere die ostdeutschen Bundesländer auf, was u. a. aus der Notwendigkeit resultiert, angesichts der im Osten stark zurückgehenden Schülerzahlen gleichwohl weiterhin wohnortnahe Schulen anzubieten. Bei der Interpretation der Vergleichswerte ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Lehrverpflichtung je Lehrerstelle variieren kann.

Die Zahl der Unterrichtsstunden pro Woche und Klasse lag in NRW 2004 im Primarbereich mit 27,2 um 0,7 Stunden und im Sekundarbereich I mit 34,7 um 1,1 Stunden unter dem Bundesdurchschnitt (27,9 bzw. 35,8). Bundesweit streuen die Werte erheblich: Im Primarbereich betrug die Spanne zwischen dem Land mit der geringsten Wochenstundenzahl (Baden-Württemberg: 25,4) und dem mit der höchsten (Hamburg: 39,2) fast 14 Stunden pro Woche. Die hohen Werte der Stadtstaaten können auf die flächendeckende Einführung der „verlässlichen Halbtagsgrundschule“ zurückgeführt werden. Im Sekundarbereich I lag die Spanne zwischen geringster (Schleswig-Holstein: 31,7) und höchster Wochenstundenzahl (Berlin: 42,7) bei 11 Stunden. Diese Unterschiede können sich als bedeutsam erweisen, da es nach „PISA 2000“ Hinweise darauf gibt, dass zwischen dem Unterrichtsaufkommen und den Leistungen der Schüler in den Kompetenzbereichen ein positiver Zusammenhang besteht. Dagegen ist die positive Wirkung von kleineren Klassen bisher noch umstritten, da die Lehrkräfte die Opportunitäten kleinerer Klassen in ihrem Unterricht oft nicht zu nutzen scheinen.

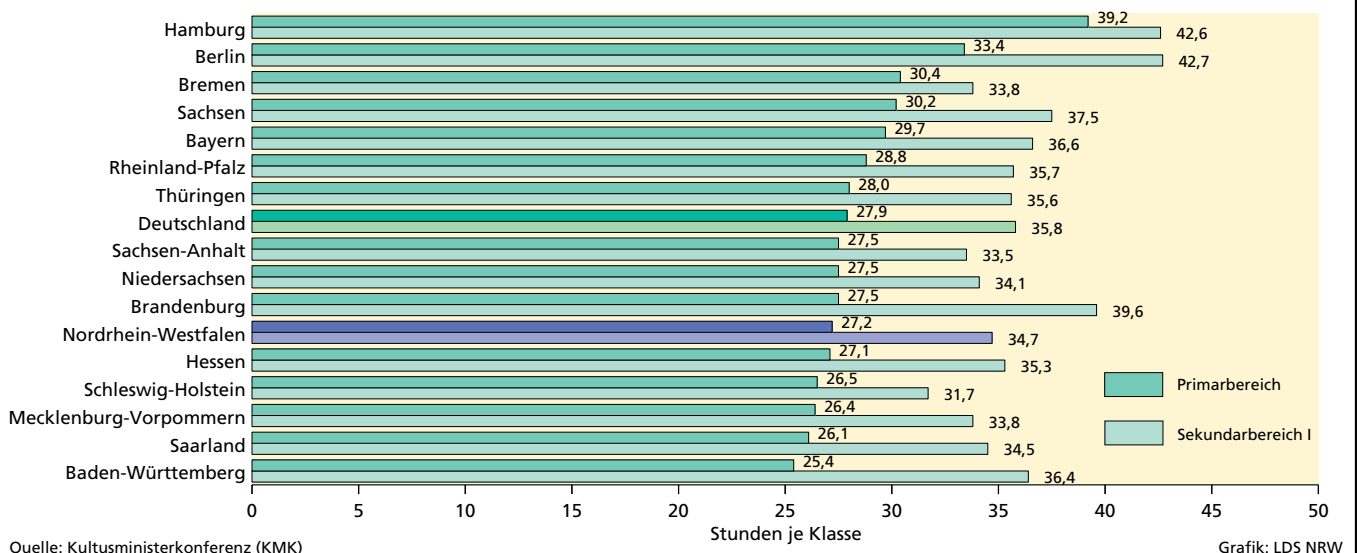
Öffentliche Ausgaben je Schüler im Haushaltsjahr 2002 nach Schularten und Bundesländern



Schüler/Lehrer-Relationen 2004 nach Schulstufen und Bundesländern



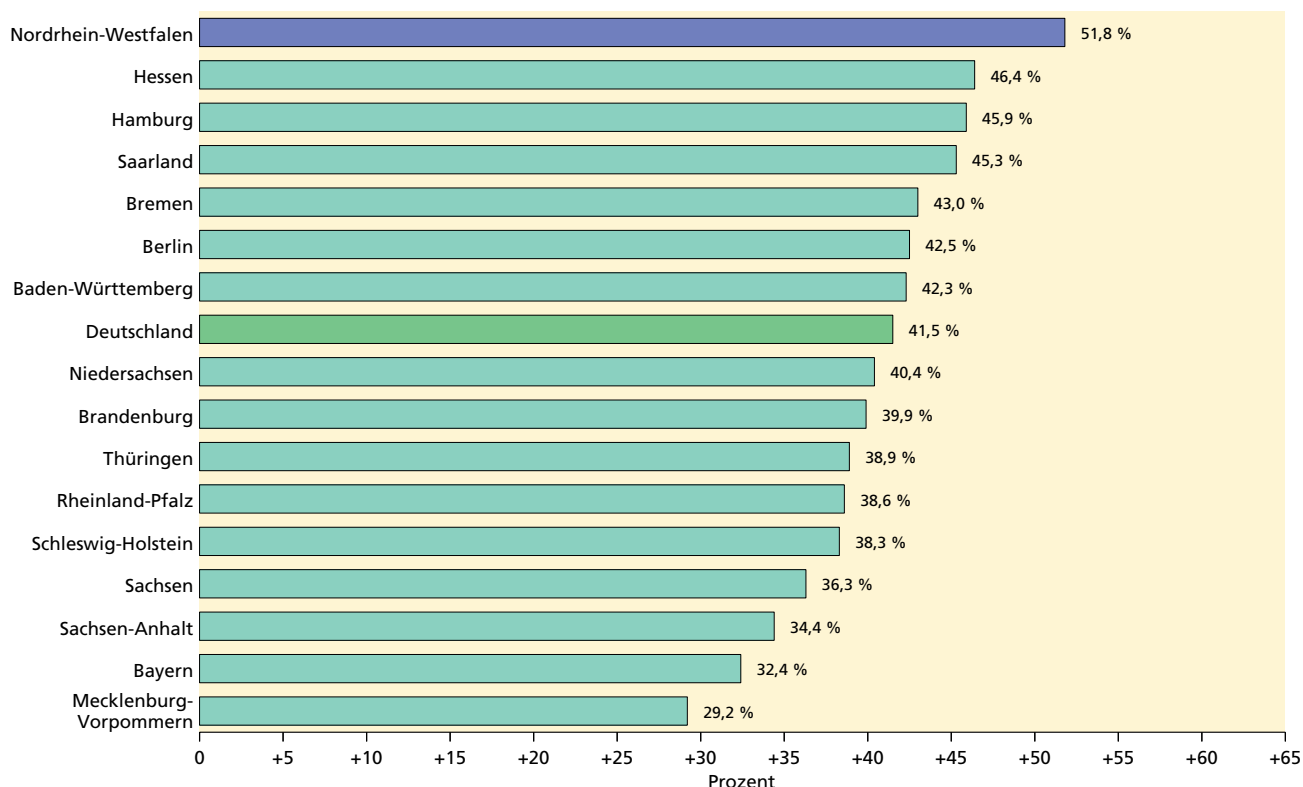
Erteilte Unterrichtsstunden 2004 nach Schulstufen und Bundesländern



Nordrhein-Westfalen weist die höchste Studienberechtigtenquote auf

Von den 100 803 studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die 2004 die allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen verließen, besaßen 58,5 Prozent die allgemeine Hochschulreife, die übrigen die Fachhochschulreife. Die Studienberechtigtenquote, also der Anteil der studienberechtigten Schulabgängerinnen und Schulabgänger an der altersspezifischen Bevölkerung, lag in NRW mit 51,8 Prozent so hoch wie in keinem anderen Bundesland. An zweiter Stelle stand Hessen mit 46,4 Prozent, gefolgt von Hamburg (45,9 Prozent) und dem Saarland (45,3 Prozent). Die niedrigsten Quoten wurden für die neuen Bundesländer sowie für Bayern und Schleswig-Holstein ermittelt. Der deutsche Durchschnitt lag 2004 bei 41,5 Prozent.

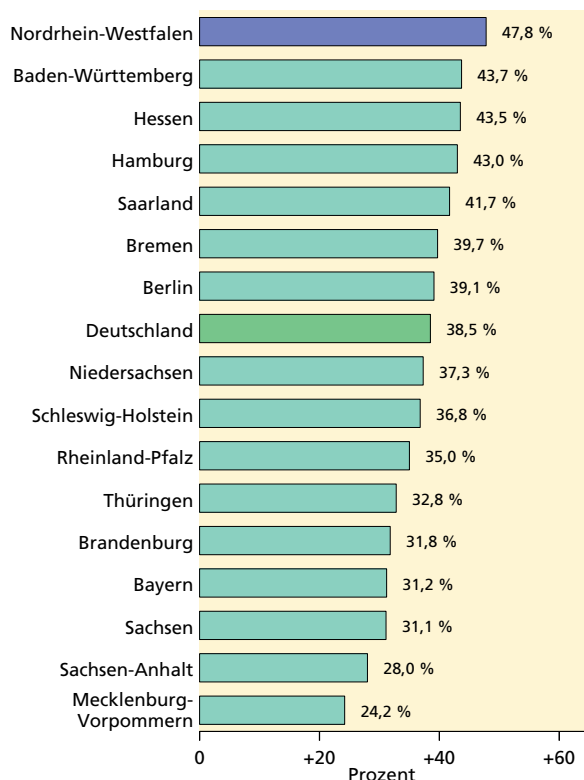
Die (auf das Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bezogene) Studienberechtigtenquote gilt als ein Indikator für das Potential einer Alterskohorte, akademisches Humankapital zu bilden, und ist eine wichtige Kennzahl für die Schul- und Hochschulplanung. NRW kann den Spitzenplatz auch bei einer Differenzierung nach dem Geschlecht der Schulabgänger halten: Sowohl für die männlichen als auch für die weiblichen Schulabgänger wird hierzulande deutschlandweit die höchste Quote erzielt, wobei der Anteil der weiblichen Studienberechtigten mit 55,9 Prozent deutlich höher lag als der Anteil der männlichen Studienberechtigten (47,8 Prozent). Das vergleichsweise bessere Abschneiden der Frauen gegenüber den Männern zeigt sich mit Ausnahme von Baden-Württemberg auch in allen anderen Bundesländern.

Studienberechtigtenquote*) 2004 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung
Insgesamt


*) Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt

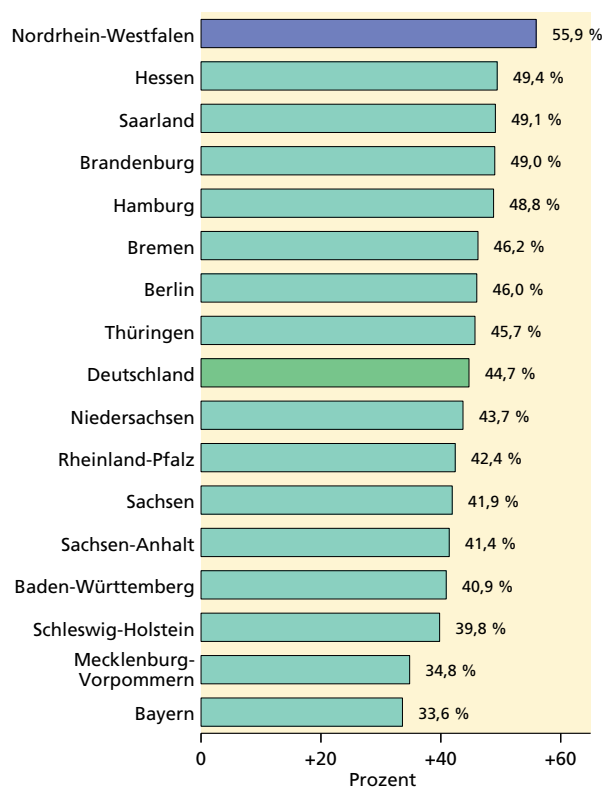
Grafik: LDS NRW

Studienberechtigtenquote*) 2004 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung
männlich


*) Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Studienberechtigtenquote*) 2004 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung
weiblich


*) Anteil der Studienberechtigten an der altersspezifischen Bevölkerung

Quelle: Statistisches Bundesamt

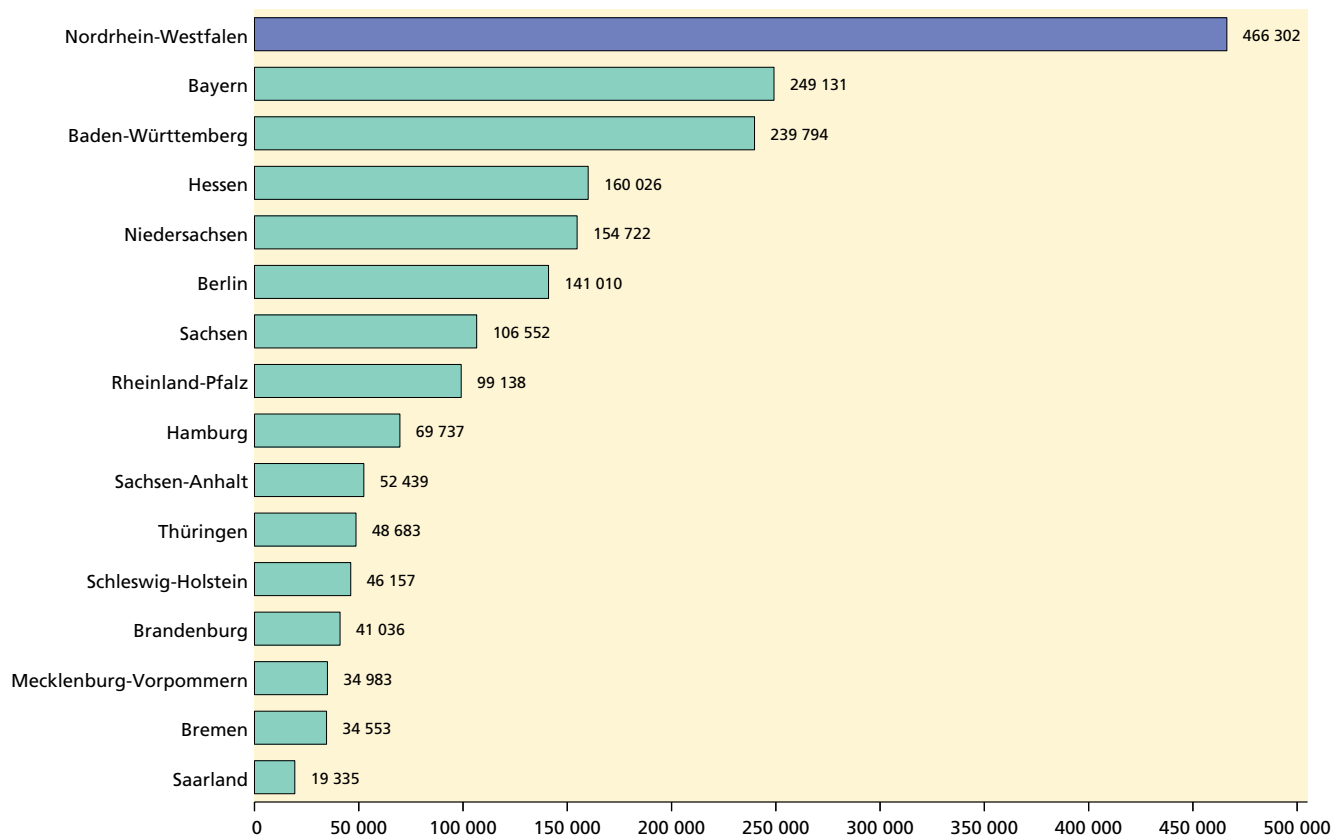
Grafik: LDS NRW

Nordrhein-Westfalen hat eine ausgeprägte Hochschullandschaft und bundesweit die meisten Studierenden

Von den zehn größten deutschen Hochschulen sind allein fünf in NRW angesiedelt. Die größte Hochschule des Landes war im WS 2004/05 mit 46 319 Studierenden (Haupt- und Nebenhörer) die Universität Köln, gefolgt von der Universität Münster (37 974) und der Fernuniversität Hagen (33 390). Auf dem vierten Platz lag die Universität Duisburg-Essen mit 33 277 Studierenden vor der Ruhr-Universität Bochum mit 30 781 Studierenden. Das dichte Hochschulnetz wird noch durch weitere wissenschaftliche Einrichtungen wie 63 Technologiezentren, 11 Max-Planck-Institute und 12 Fraunhofer-Institute ergänzt.

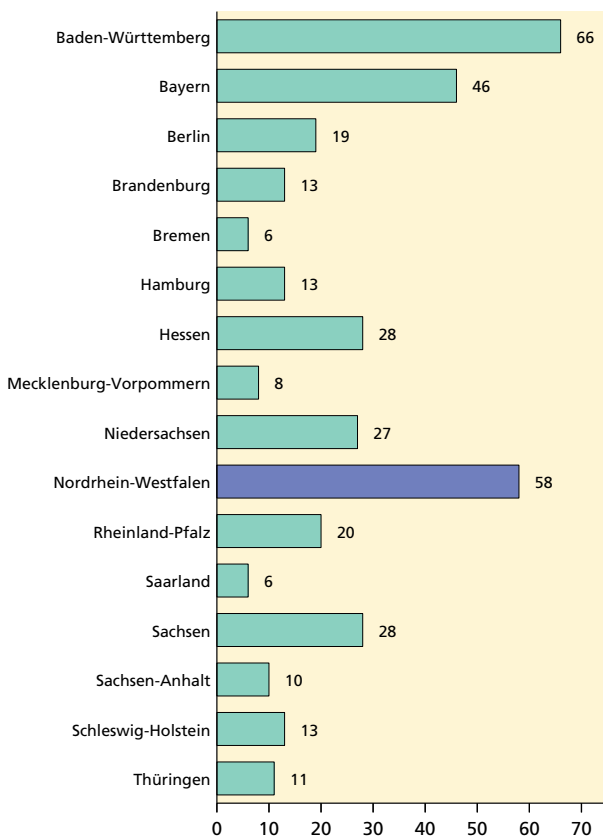
Im Wintersemester 2004/05 waren an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen 466 302 Studierende (Haupt- und Nebenhörer) eingeschrieben. Dies waren 12,3 Prozent oder 65 246 Studentinnen und Studenten weniger als im Wintersemester 2003/04. Der temporäre Rückgang dürfte vor allem im Zusammenhang mit der Einführung der Studienkonten zum Sommersemester 2004 zu sehen sein. Diese gewährleisteten bis zu einem berufsqualifizierenden Abschluss, der innerhalb der 1,5fachen Regelstudienzeit erreicht wird, ein gebührenfreies Studium. Von der Gebührenpflicht ausgenommen sind auch Promotionsstudenten; hinzu kommen diverse Sonder- und Bonusregelungen zugunsten verschiedener Studierendengruppen. Alle anderen Immatrikulierten (z. B. Langzeitstudierende oder Studierende in einem Zweitstudium) mussten Studiengebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester entrichten. Erste vorläufige Ergebnisse für das Wintersemester 2005/06 zeigen wieder steigende Studierendenzahlen in NRW.

Der Bundesländervergleich für das Wintersemester 2004/05 zeigt, dass Nordrhein-Westfalen fast soviel Studierende wie Baden-Württemberg und Bayern zusammen hat. Hinsichtlich der Anzahl der Hochschulen liegt NRW auf Platz zwei hinter Baden-Württemberg, das mehr kleinere Hochschulen hat und als einziges Bundesland auch noch pädagogische Hochschulen aufweist.

Deutsche und ausländische Studierende*) im Wintersemester 2004/2005 nach Bundesländern


*) Haupt- und Nebenhörer/-innen
Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Hochschulen im Wintersemester 2004/2005 nach Hochschularten und Bundesländern


Quelle: Statistisches Bundesamt

Bundesland	Univer- sitäten	Päd- agogi- sche Hoch- schu- len	Theo- logi- sche Hoch- schu- len	Kunst- hoch- schu- len	Fach- hoch- schu- len	Ver- wal- tungs- fach- hoch- schu- len
Baden-Württemberg	15	6	–	8	33	4
Bayern	12	–	3	8	22	1
Berlin	6	–	–	4	8	1
Brandenburg	3	–	–	2	6	2
Bremen	2	–	–	1	2	1
Hamburg	5	–	–	2	4	2
Hessen	8	–	3	3	11	3
Mecklenburg-Vorpommern	2	–	–	1	4	1
Niedersachsen	11	–	–	2	13	1
Nordrhein-Westfalen	15	–	6	8	25	4
Rheinland-Pfalz	6	–	2	–	9	3
Saarland	1	–	–	2	2	1
Sachsen	7	–	–	7	12	2
Sachsen-Anhalt	2	–	1	2	4	1
Schleswig-Holstein	3	–	–	1	8	1
Thüringen	4	–	–	1	4	2
Deutschland	102	6	15	52	167	30

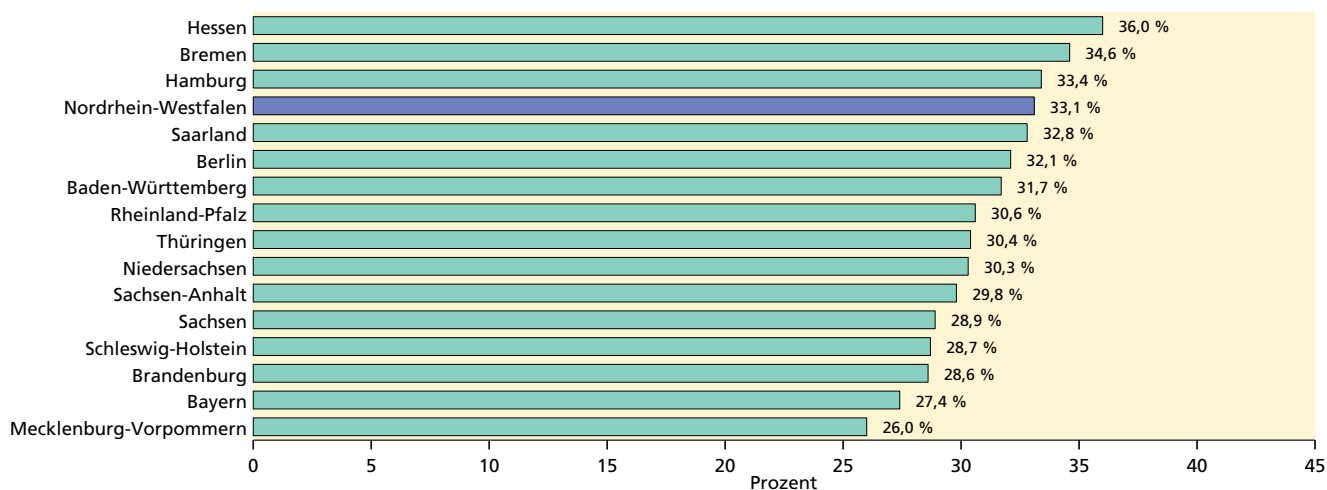
Grafik: LDS NRW

Studienanfängerquote und Hochschulabsolventenquote

Nicht alle studienberechtigten Schulabgänger entscheiden sich unmittelbar im Anschluss an das Abitur für ein Studium an einer Fachhochschule oder Universität, sondern ziehen u. a. eine Berufsausbildung vor oder unterliegen zunächst der Wehrpflicht. So lag 2004 der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger an den Schulabgängerinnen und Schulabgängern, die im gleichen Jahr in NRW ihre Studienberechtigung erworben hatten, bei etwas weniger als einem Drittel (30,5 Prozent; deutschlandweit belief sich der Anteil auf 35,8 Prozent). Von denjenigen, die ihre Studienberechtigung im Jahr 2000 in NRW erworben hatten, befanden sich dagegen bis zum Jahr 2004 zwei Drittel (66,2 Prozent) im Studium (Deutschland insgesamt: 73,1 Prozent).

Die Studienanfängerquote beschreibt den Anteil der Studienanfänger an der Bevölkerung des entsprechenden Alters in einem Land. Sie lässt sich sowohl nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB) als auch nach dem Land des Studienortes berechnen. Nach ersterer Berechnungsart – sie gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil der in dem Land ausgebildeten Alterskohorte ist, der akademisches Humankapital anstrebt – war 2004 die Studienanfängerquote für NRW mit 33,1 Prozent bundesweit die vierthöchste, nach Hessen, Bremen und Hamburg. Stellt man dagegen das Land des Studienortes ins Zentrum der Betrachtung, so gibt die Quote Auskunft darüber, wie hoch der Anteil der Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Bundesland an der Bevölkerung des entsprechenden Alters im Land ist. Die so berechnete Studienanfängerquote betrug 2004 in NRW 38,6 Prozent. Die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin erzielten durch den „Import“ von Studenten aus den angrenzenden Bundesländern deutlich höhere Quoten.

Die Hochschulabsolventenquote spiegelt das in dem jeweiligen Land generierte akademische Humankapital für eine Alterskohorte des Landes wider. Auch hier erzielen die Stadtstaaten Berlin (29,3 Prozent), Hamburg (25,1 Prozent) und Bremen (24,6 Prozent) durch den „Import“ von Studenten aus den angrenzenden Bundesländern höhere Werte als große Flächenländer wie Nordrhein-Westfalen (19,3 Prozent) oder Bayern (18,1 Prozent).

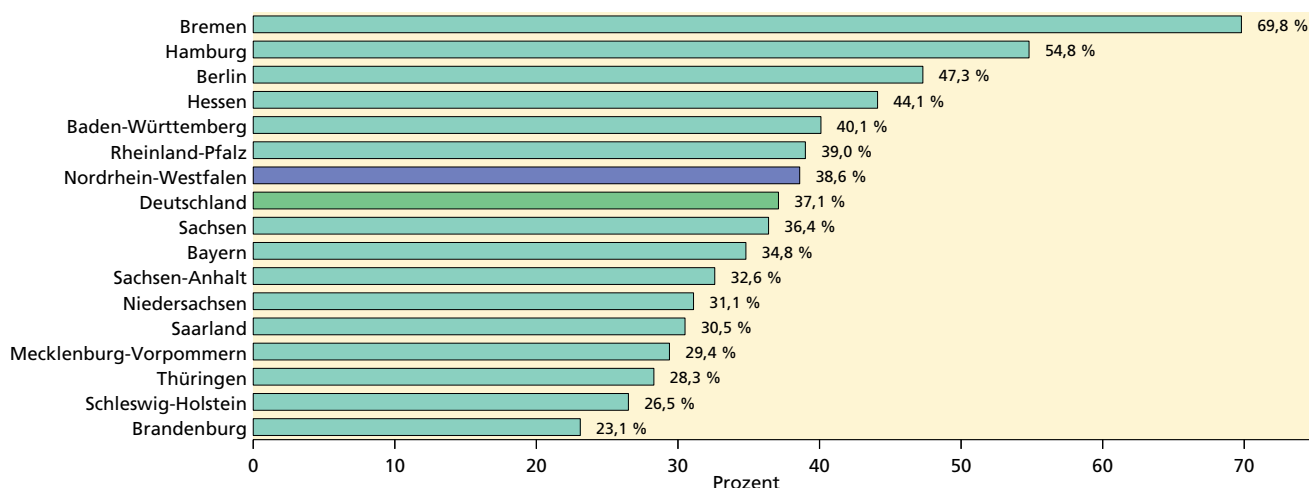
Studienanfängerquote*) 2004) nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung**


*) Anteil der Studienanfänger/-innen an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Berechnung der einzelnen Altersjahrgänge nach dem OECD-Verfahren)

**) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

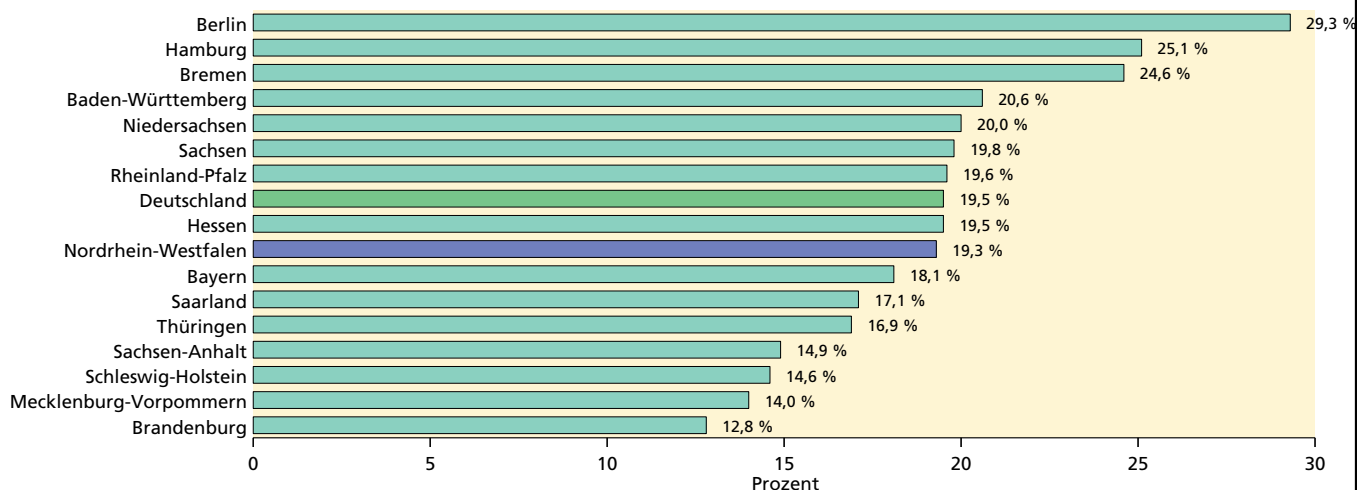
Studienanfängerquote*) 2004) nach dem Land des Studienortes**


*) Anteil der Studienanfänger/-innen an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Berechnung der einzelnen Altersjahrgänge nach dem OECD-Verfahren)

**) Sommer- und nachfolgendes Wintersemester

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Absolventenquote*) 2004) nach Bundesländern**


*) Anteil der Absolvent(innen) an der Bevölkerung des entsprechenden Alters (Berechnung der einzelnen Altersjahrgänge nach dem OECD-Verfahren)

**) Sommer- und vorhergehendes Wintersemester

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

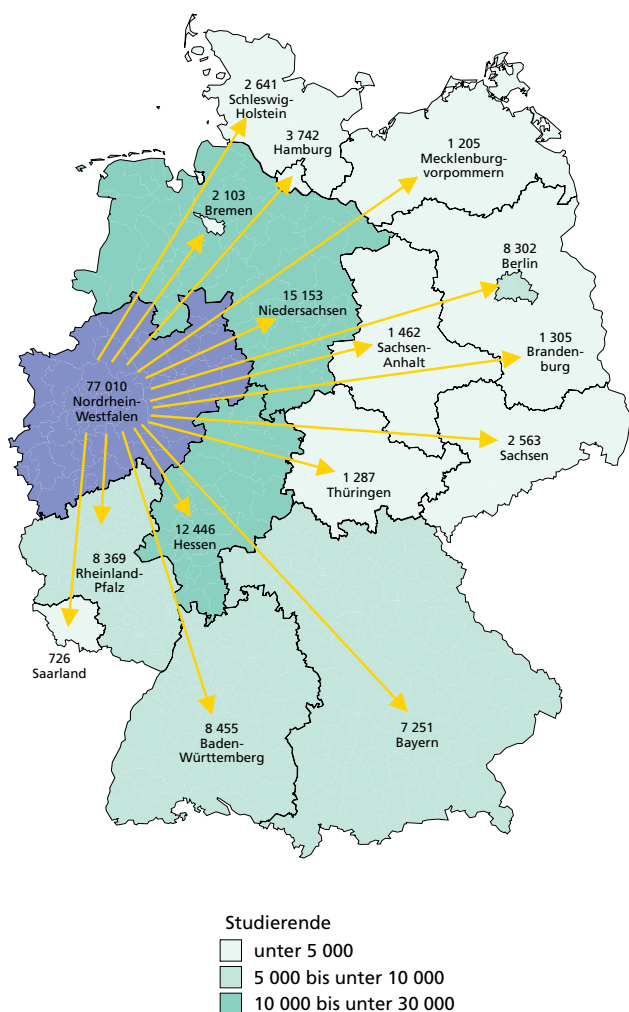
NRW weist bei Studierenden einen deutlichen „Importüberschuss“ auf

Von den 466 302 Studentinnen und Studenten, die im Wintersemester 2004/2005 an nordrhein-westfälischen Hochschulen eingeschrieben waren, hatten nur knapp drei Viertel (336 722 oder 72,2 Prozent) ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) in NRW erworben. Eine HZB aus einem der anderen Bundesländer besaßen 84 537 und eine ausländische HZB 44 000 Studierende. (Für die restlichen 1 043 Studierenden liegen Angaben zum Ort des Erwerbs der HZB nicht vor.)

Nordrhein-Westfalen ist für Studierende aus anderen Bundesländern ein attraktiver Studienort. Im WS 2004/2005 hatten 20 341 der hierzulande Studierenden ihre HZB in Niedersachsen erhalten, 11 718 in Baden-Württemberg, 11 148 in Rheinland-Pfalz, 10 175 in Hessen und 9 150 in Bayern. Die Summe dieser „importierten“ Studierenden ist um 7 527 größer als die Anzahl der „exportierten“ Studentinnen und Studenten, die in NRW ihre HZB erworben haben, aber in den anderen Bundesländern studieren. Mit Ausnahme der Stadtstaaten und von Hessen weist NRW gegenüber allen Bundesländern einen „Importüberschuss“ an Studierenden auf.

Von den Studentinnen und Studenten, die es zum Studium aus NRW in die Ferne zog, wurde als Studienland vor allem Niedersachsen (15 153 Studierende), Hessen (12 446 Studierende) und Baden-Württemberg (8 455 Studierende) gewählt. Abgesehen von Berlin waren die „Austauschbeziehungen“ zwischen NRW und den neuen Bundesländern relativ gering, wobei sicherlich auch die größere Entfernung eine Rolle spielt. So studierten in NRW im WS 2004/2005 nur 10 446 Studentinnen und Studenten mit einer HZB aus den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin), in die Gegenrichtung zog es nur 7 822 Studierwillige aus NRW.

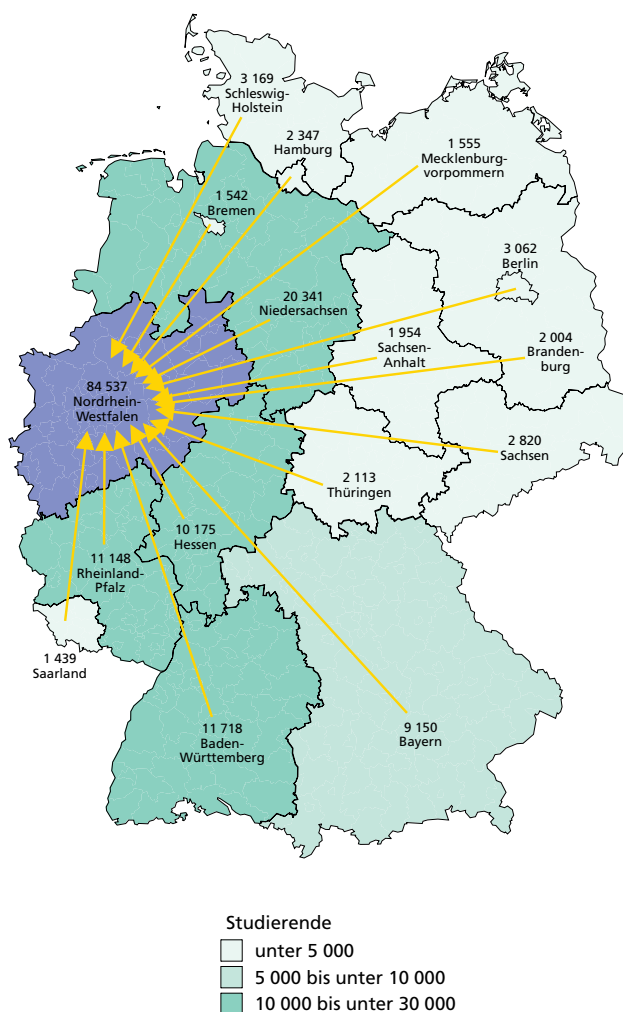
Studierende*) aus NRW) im Wintersemester 2004/2005 in anderen Bundesländern**



*) Haupt- und Nebenhörer/-innen –
 **) Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Nordrhein-Westfalen erworben haben
 Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

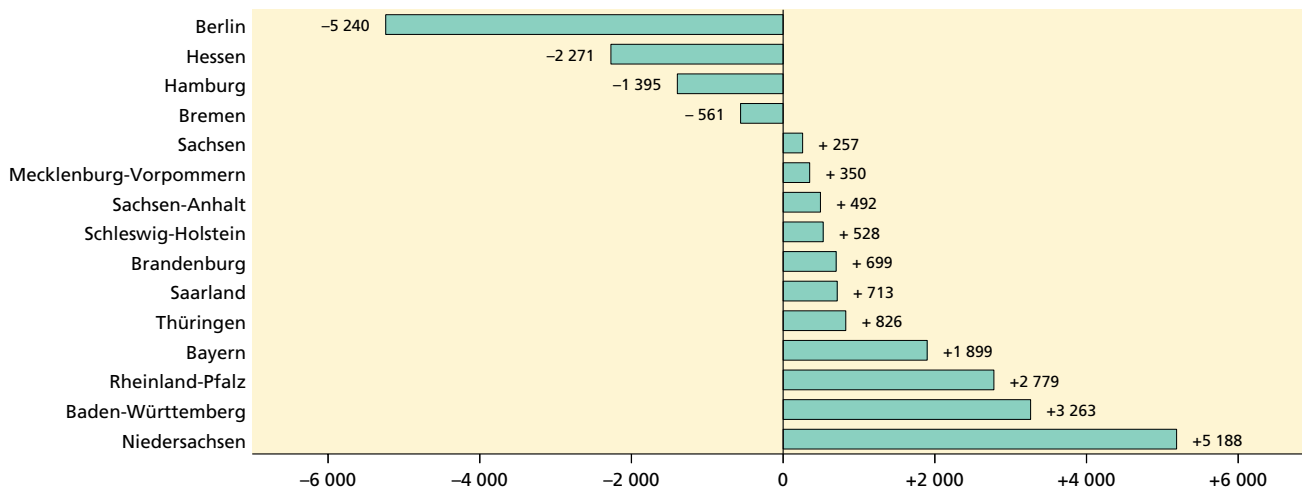
Studierende*) in NRW) im Wintersemester 2004/2005 aus anderen Bundesländern**



*) Haupt- und Nebenhörer/-innen –
 **) Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Nordrhein-Westfalens erworben haben
 Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Saldo*) der „Importe“ und „Exporte“ von Studierenden) nach und von NRW im Wintersemester 2004/2005**



*) „Importe“ (Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung außerhalb Nordrhein-Westfalens erworben haben) minus „Exporte“ (Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Nordrhein-Westfalens erworben haben) – **) Haupt- und Nebenhörer/-innen
 Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

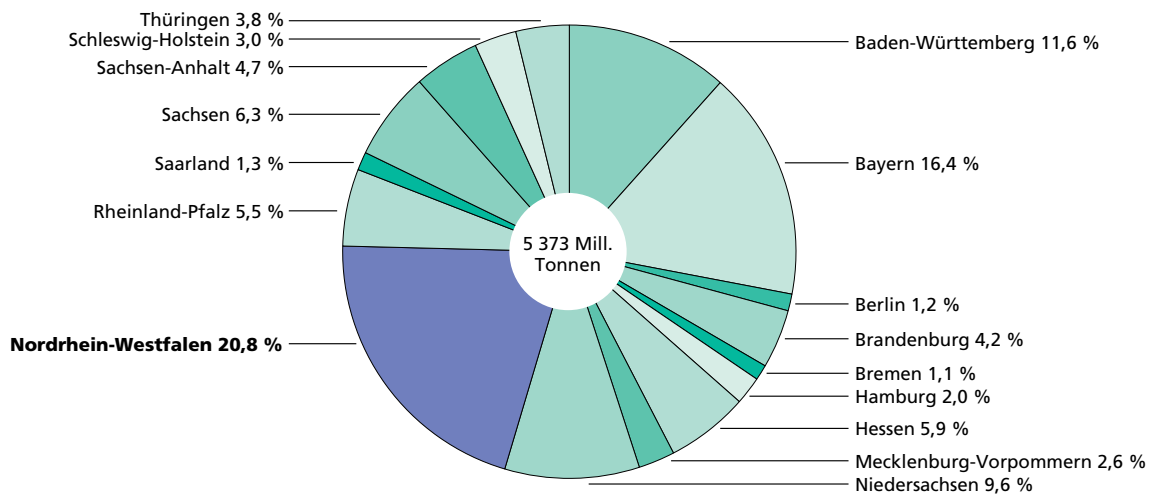
Nordrhein-Westfalen – Hauptgüterumschlagplatz Deutschlands

Transport und Logistik gehören zu den wichtigsten Schlüsselfaktoren eines international bedeutenden Wirtschaftsstandorts. Nordrhein-Westfalen weist in dieser Hinsicht eine hervorragende Infrastruktur auf, die sicherstellt, dass die enormen nationalen und internationalen Verkehrsströme auch bewältigt werden können. Es bietet eine umfassende Verkehrsinfrastruktur zu Land, Luft und Wasser. Die Länge des Straßennetzes für den überörtlichen Verkehr beträgt ca. 29 600 km, davon sind 2 190 km Autobahn, über 5 000 km Bundesstraßen, etwa 12 600 km Landesstraßen und 9 810 km Kreisstraßen. Das Straßennetz ist mit 872 Meter pro Quadratkilometer hinter Rheinland-Pfalz das zweitchtteste Deutschlands. Das Schienennetz umfasst ca. 8 000 km und die Wasserwege ca. 720 km. Mit 120 Binnenhäfen ist NRW das wichtigste Binnenschifffahrtsland in Deutschland. Hier liegt sowohl der größte Binnenhafen Europas (Duisburg) als auch einer der größten Kanalhäfen Europas (Dortmund). Hinzu kommen sieben Verkehrsflughäfen. Mit dem Flughafen Köln/Bonn verfügt NRW zudem über das nach Frankfurt a. M. zweitgrößte Luftfrachtzentrum Deutschlands.

In Nordrhein-Westfalen wurden 2004 über Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Strasse insgesamt 1,39 Mrd. Tonnen Güter umgeschlagen. Dies waren 4,0 Prozent mehr als im Vorjahr. 80,3 Prozent davon entfielen auf den LKW-Transport, 10,7 Prozent auf die Eisenbahn und 9,0 Prozent auf die Binnenschifffahrt. Der Güterumschlag ergibt sich aus dem Empfang und Versand der in den Umschlagstellen abgehenden und ankommenden Güter. Bundesweit wurden 2004 etwa 5,373 Mrd. Tonnen an Gütern über die Strasse von inländischen LKWs umgeschlagen, davon entfiel auf NRW mit etwa einem Fünftel der größte Anteil. Für die anderen beiden Transportmittel Schiff und Bahn lagen die Anteile am Umschlag noch deutlich höher, so betrug der NRW-Anteil am Umschlag über den Schienenweg 30,1 Prozent und über die Wasserstraßen sogar 46,9 Prozent.

Der Luftverkehr spielt in Bezug auf den Güterumschlag in NRW eine eher untergeordnete Rolle, seine Bedeutung hat jedoch über die Jahre hinweg zugenommen. So hat sich der Güterumschlag von 1991 (damals: 223 000 Tonnen) bis 2004 auf 668 000 Tonnen erhöht und damit fast verdreifacht. Der NRW-Anteil am Wert für ganz Deutschland stieg beim Luftfrachtverkehr von 16,0 Prozent auf 24,6 Prozent.

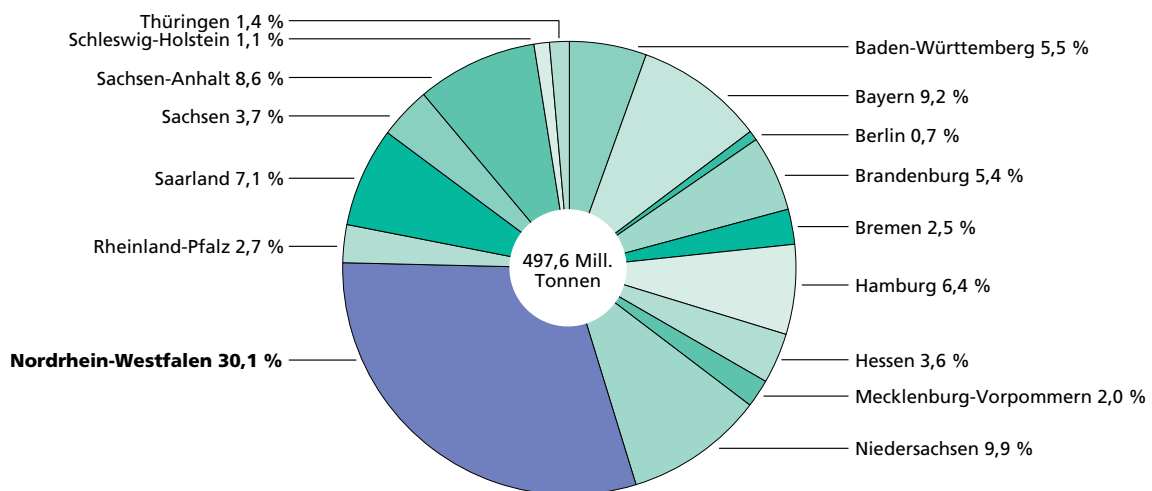
Güterumschlag mit in Deutschland zugelassenen Lastkraftwagen 2004 nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

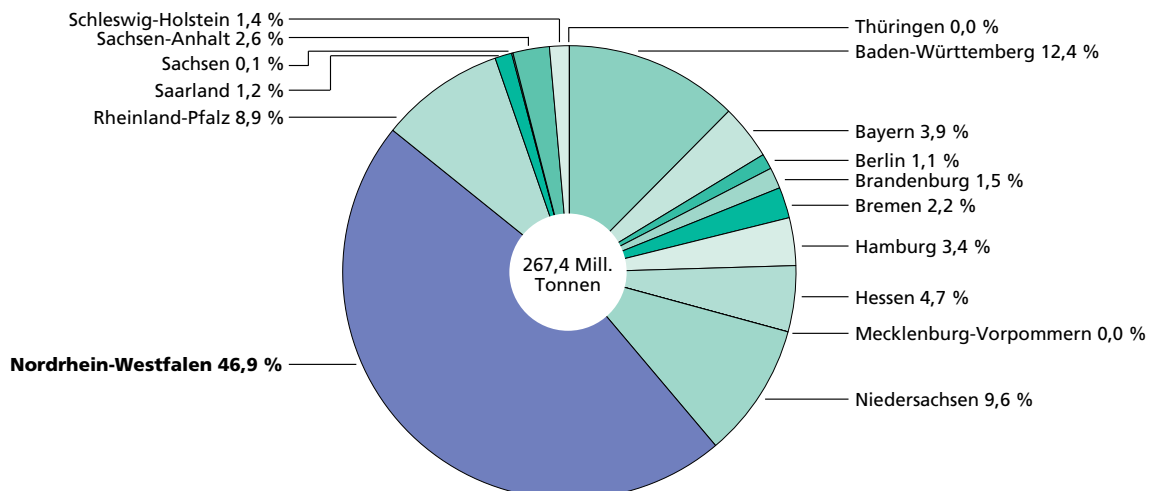
Güterumschlag der Eisenbahn 2004 nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Güterumschlag*) in der Binnenschifffahrt 2004 nach Bundesländern



*) ohne überregionalen Güterverkehr
 Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Unterdurchschnittlich viele Straßenverkehrsunfälle und Verkehrstote in NRW

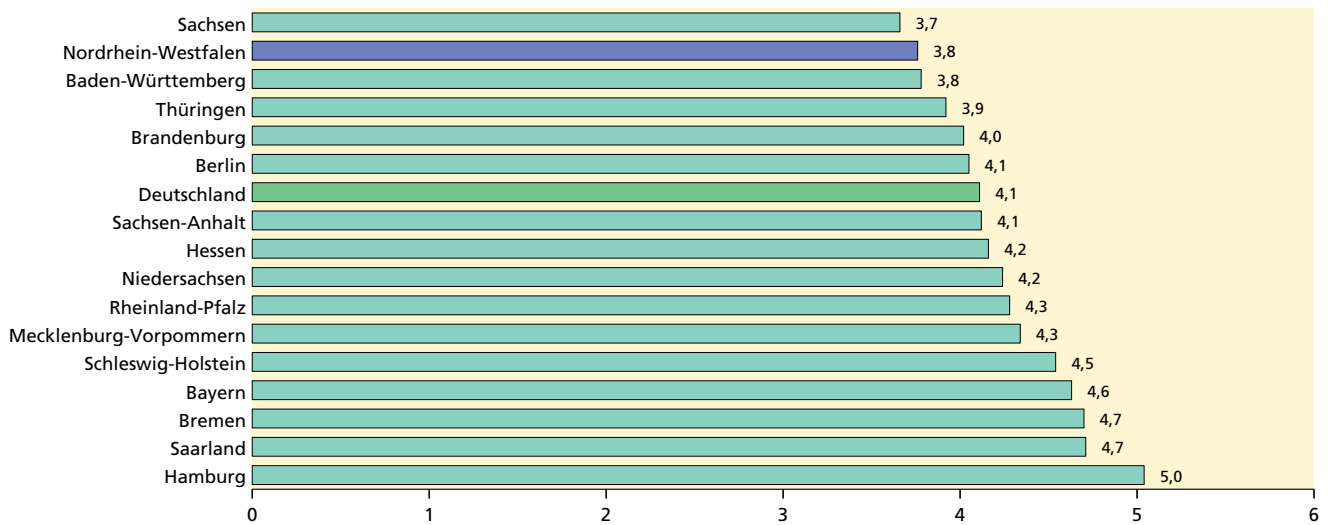
Wie in fast allen anderen Bundesländern auch, ist in Nordrhein-Westfalen die Anzahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden 2004 gegenüber dem Vorjahr weiter zurückgegangen (–2,8 Prozent). Bezogen auf die Einwohnerzahl erreichte NRW im Bundesvergleich mit 3,76 Unfällen mit Personenschaden pro 1 000 Einwohner den zweitniedrigsten Wert hinter Sachsen; der Bundesdurchschnitt lag bei 4,11.

Die Zahl der Verkehrstoten ging in Nordrhein-Westfalen 2004 gegenüber dem Vorjahr um 8,2 Prozent zurück, nachdem sie bereits 2003 um 4,8 Prozent rückläufig gewesen war. Mit 4,78 Verkehrstoten pro 100 000 Einwohner wies NRW 2004 unter den Flächenstaaten erneut das niedrigste Ergebnis auf, nur die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg erreichten noch niedrigere Werte. In den ostdeutschen Bundesländern wurden in den letzten Jahren im Hinblick auf die Reduzierung der Zahl der Verkehrstoten durch Verbesserungen der Straßenverkehrssicherheit und des Rettungswesens große Fortschritte gemacht, allerdings lag die Zahl der Verkehrstoten pro 100 000 Einwohner dort 2004 noch teilweise im zweistelligen Bereich und deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten und gestorbenen Personen hat sich in den letzten Jahrzehnten in NRW umgekehrt proportional zum Kraftfahrzeugbestand entwickelt. So wurden im Jahr 1970 bei einem Kfz-Bestand von etwa 4,3 Mill. Fahrzeugen die meisten Verletzten (ca. 150 000) und Getöteten (4 632) gezählt. Bis 1990 reduzierte sich die Zahl der Verletzten auf ca. 108 000 und die Zahl der Verkehrstoten auf 1 520, während sich der Kraftfahrzeugbestand im gleichen Zeitraum auf mehr als 9 Mill. erhöhte und damit mehr als verdoppelte. Bis 2004 stieg die Zahl der Kfz im Lande auf ca. 11,4 Mill. an, die Zahl der Verletzten reduzierte sich weiter auf 86 438 und jene der Verkehrstoten auf 865. Seit Anfang der 1960er-Jahre ist der Kraftfahrzeugbestand sogar um 566 Prozent angestiegen, während sich die Zahl der Verletzten um 38 Prozent und jene der Verkehrstoten um 79 Prozent verringert hat. Trotz der enormen Zunahme der Verkehrsdichte haben ständige technische Verbesserungen der Fahrzeugsicherheit, aber auch verkehrsrechtliche und straßenbauliche Maßnahmen dafür gesorgt, dass die Zahl der Verunglückten kontinuierlich abnahm.

2004 ereigneten sich von den 67 929 Unfällen mit Personenschaden in NRW 72,2 Prozent innerhalb geschlossener Ortschaften, 65,4 Prozent aller Unfälle mit tödlichem Ausgang fanden allerdings außerhalb von Ortschaften statt. Die meisten Personen verunglückten als Fahrer oder Beifahrer in einem PKW (52,0 Prozent), 13,9 Prozent auf motorisierten Zweirädern, 18,5 Prozent auf einem Fahrrad und 10,3 Prozent zu Fuß. Auf sonstige Verkehrsmittel entfiel ein Anteil von 5,3 Prozent.

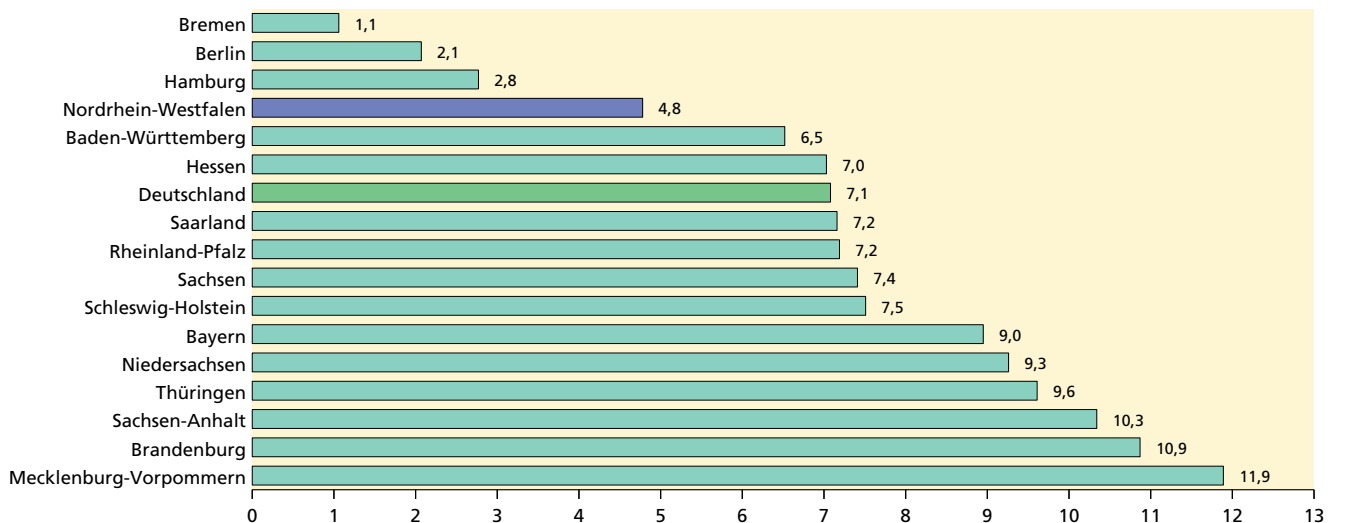
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden je 1 000 Einwohner 2004 nach Bundesländern



Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Verkehrstote je 100 000 Einwohner 2004 nach Bundesländern

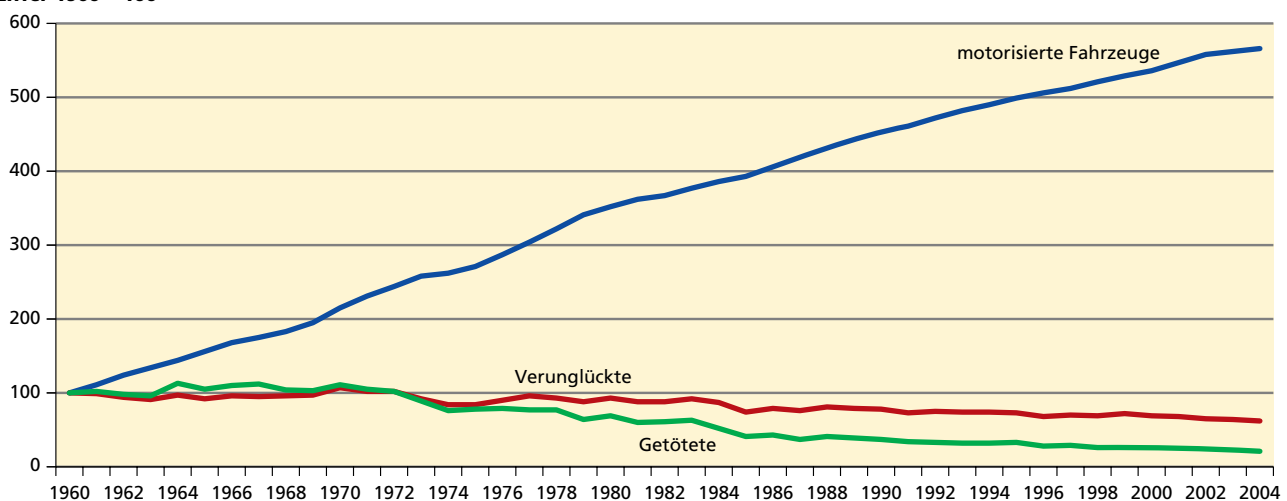


Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Im Straßenverkehr Verunglückte und Getötete sowie Bestand motorisierter Fahrzeuge in NRW 1960 – 2004

Messziffer 1960 = 100



Grafik: LDS NRW

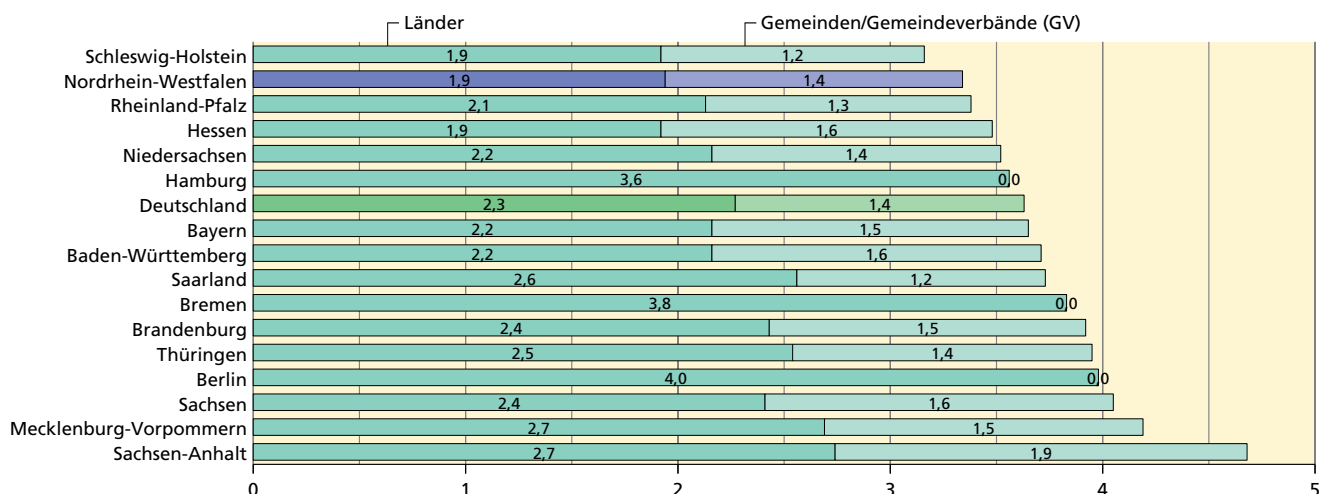
Nordrhein-Westfalen weist einen vergleichsweise niedrigen Personalstand im öffentlichen Dienst auf

Am 30. Juni 2004 waren in NRW im unmittelbaren öffentlichen Dienst 705 811 Personen beschäftigt (einschl. Personen in Altersteilzeit, ohne Personal des Bundes), dies waren 0,8 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Auf Landesbehörden entfielen dabei 399 214 Beschäftigte, auf Gemeinden und Gemeindeverbände 294 090 und auf Zweckverbände 12 507. Die Teilzeitquote (einschl. Altersteilzeit) lag bei 29,5 Prozent. 46,2 Prozent der Beschäftigten waren Beamte oder Richter, 43,3 Prozent Angestellte und 10,5 Prozent Arbeiter.

Seit einiger Zeit ist in Nordrhein-Westfalen die Zahl der Vollzeitbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst stark rückläufig; 2004 war sie bei den Landesbehörden um 8,7 Prozent und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden sogar um 16,1 Prozent niedriger als 1999. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der Regelarbeitszeit (ohne Altersteilzeit) veränderte sich in diesem Zeitraum weniger, so wurde bei den Landesbehörden eine Reduzierung um 1,4 Prozent, bei den Gemeinden dagegen ein Anstieg um 2,5 Prozent verzeichnet. Ein deutliches Wachstum war bei der Zahl der Beschäftigten mit weniger als 50 Prozent der Regelarbeitszeit zu beobachten, sie stieg bei den Landesbehörden in diesem Zeitraum um 13,8 Prozent und bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden um 8,7 Prozent an.

Für den Ländervergleich wird die Anzahl der Voll- und Teilzeitbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst (einschl. Altersteilzeit, ohne Personal von Zweckverbänden und Bundesbehörden) in „Vollzeit-Äquivalente“ umgerechnet und auf die Einwohnerzahl bezogen. Nordrhein-Westfalen hat dabei mit 3,34 Vollzeit-Äquivalenten pro 100 Einwohner eine vergleichsweise niedrige Personalquote und liegt hinter Schleswig-Holstein (3,15 Vollzeit-Äquivalente pro 100 Einw.) bundesweit an zweiter Stelle. Der deutsche Durchschnittswert liegt bei 3,63 Vollzeit-Äquivalenten pro 100 Einwohner. Den Spitzenplatz nimmt Sachsen-Anhalt mit einem Wert von 4,68 ein.

Vollzeit-Äquivalent der unmittelbar Beschäftigten von Ländern und Gemeinden/GV*) pro 100 Einwohner am 30. 6. 2004 nach Beschäftigungsbereichen und Bundesländern



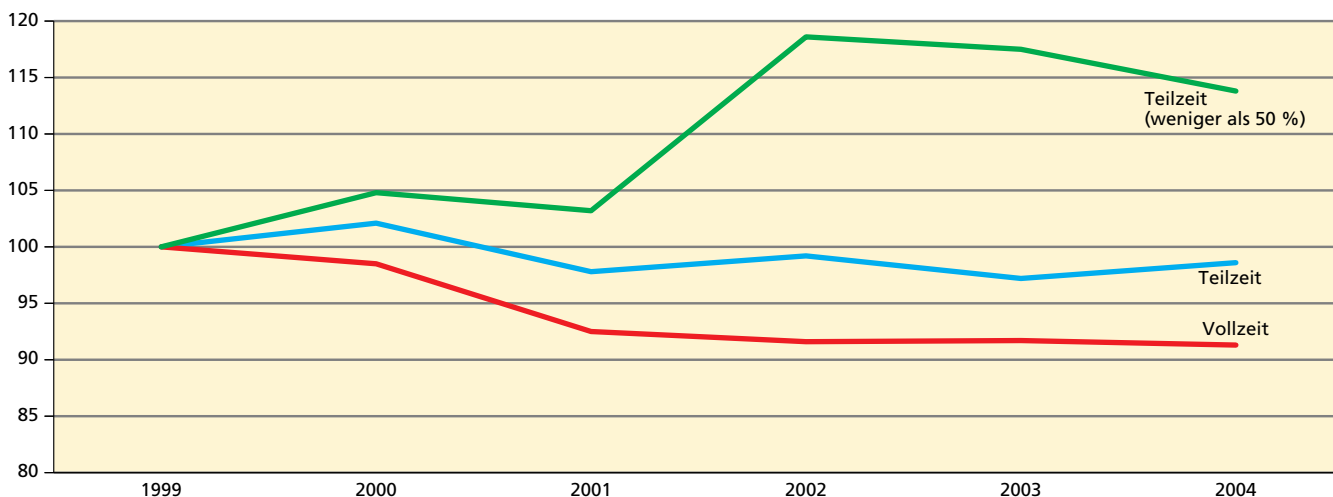
*) ohne Zweckverbände, Sozialversicherungsträger und Bundesbehörden

Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

Entwicklung des Personalbestandes*) des Landes NRW 1999 – 2004 nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung

Messziffer 1999 = 100

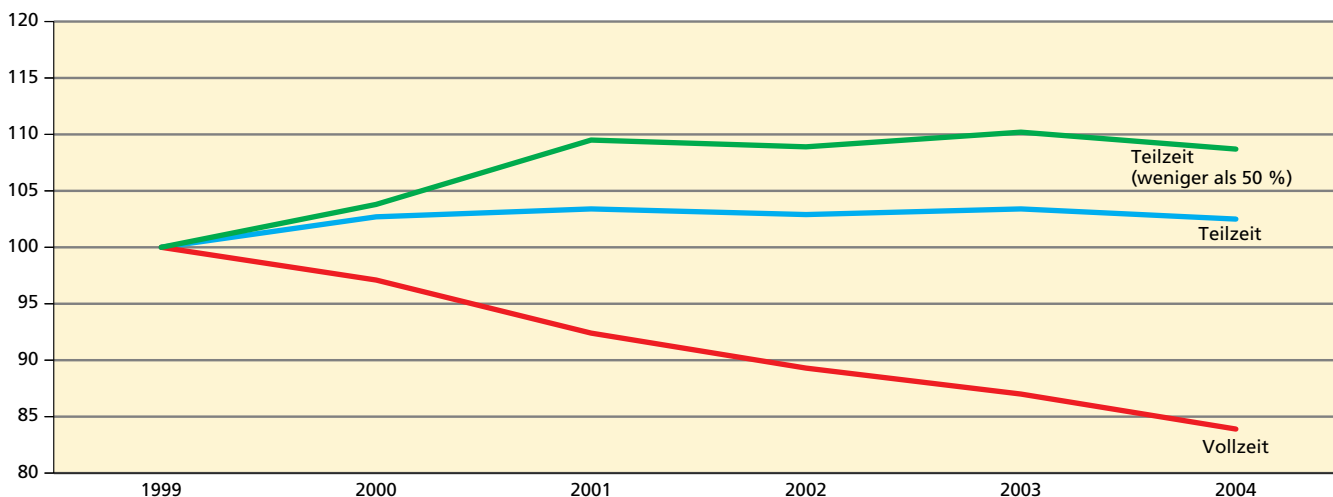


*) Beschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst ohne Personal in Altersteilzeit

Grafik: LDS NRW

Entwicklung des Personalbestandes*) der Gemeinden/Gemeindeverbände in NRW 1999 – 2004 nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung

Messziffer 1999 = 100



*) Beschäftigte im unmittelbaren öffentlichen Dienst ohne Personal in Altersteilzeit

Grafik: LDS NRW

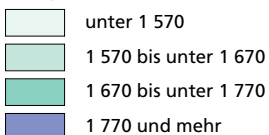
Personalausgaben der öffentlichen Haushalte

Die wichtigsten Zuständigkeiten und Aufgaben eines Landes spiegeln sich in der Ausgabenstruktur des Landes und des Kommunalbereichs wider, die maßgeblich von den personalintensiven Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung, Finanzverwaltung, Inneres und Justiz bestimmt wird. Der größte Ausgabenblock der öffentlichen Haushalte entfällt daher auch auf die Personalausgaben. Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben betrug 2004 in Nordrhein-Westfalen 38,9 Prozent und lag damit etwa im Bundesdurchschnitt (39,0 Prozent). Geringere Personalausgabenanteile wiesen insbesondere die ostdeutschen Bundesländer sowie die Stadtstaaten auf.

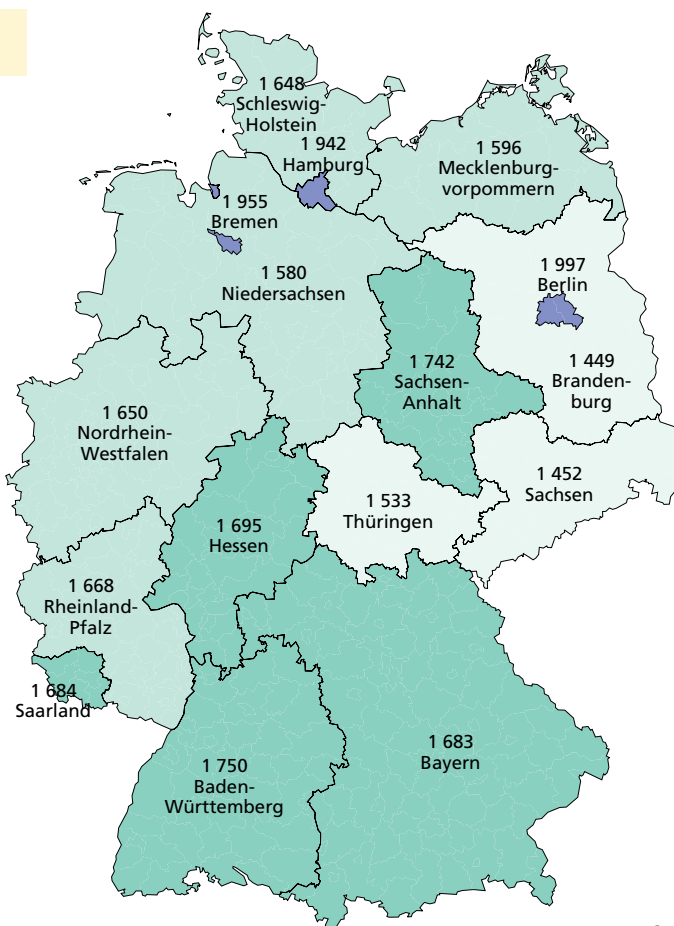
Für einen Bundesländervergleich lassen sich die Personalausgaben auf die Einwohnerzahlen beziehen. In Nordrhein-Westfalen wurden 2004 pro Einwohner 1 650 Euro für Personal des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände ausgegeben. Die Personalausgaben lagen damit unterhalb des für alle Bundesländer berechneten Durchschnittswertes von 1 670 Euro pro Einwohner. Überdurchschnittlich hohe Personalausgaben pro Einwohner wiesen die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg sowie Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Hessen auf, am niedrigsten waren die Werte in Brandenburg, Sachsen, Thüringen und Niedersachsen.

**Personalausgaben
der öffentlichen Haushalte 2004**

EUR je Einwohner



Nachrichtlich:
Deutschland 1 670 EUR

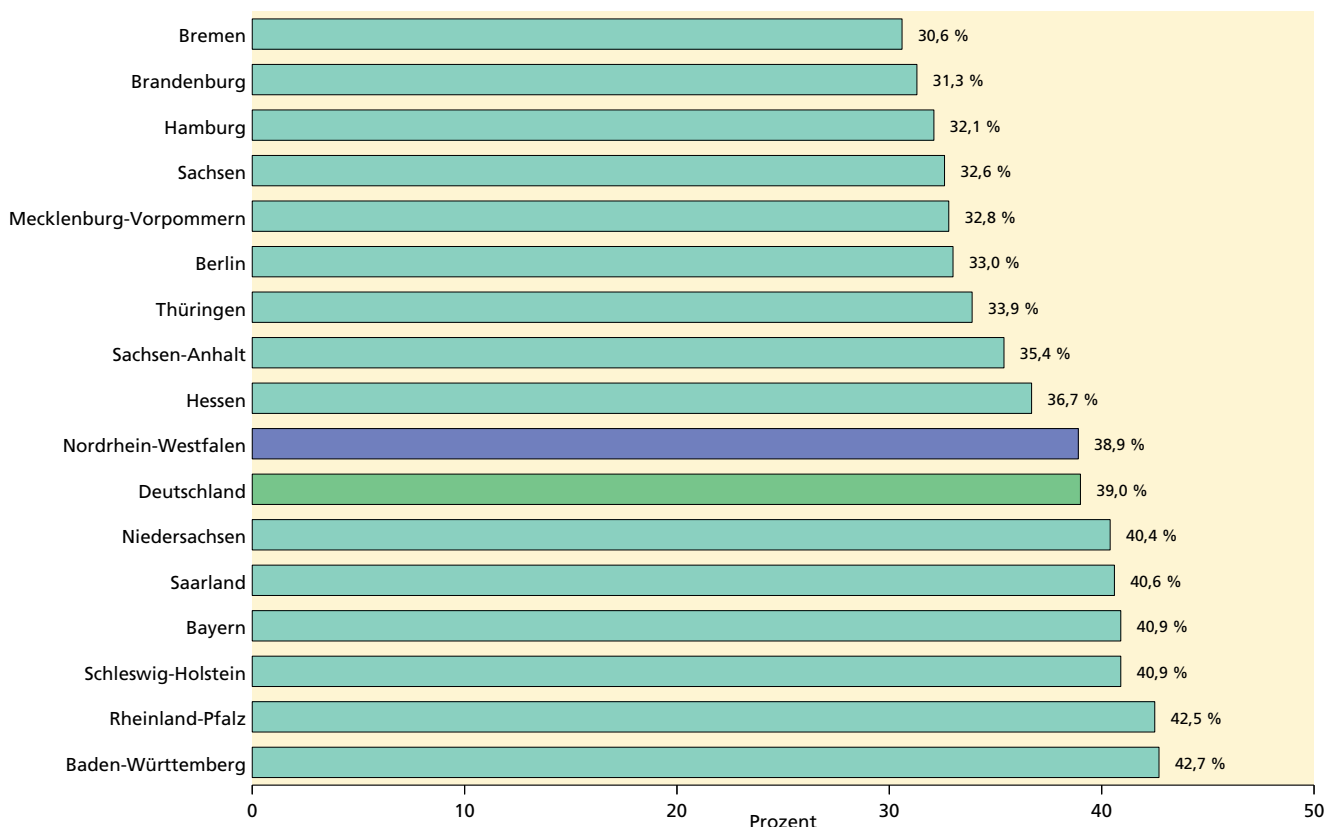


*) Land und Gemeinden/Gemeindeverbände

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Grafik: LDS NRW

Anteil der Personalausgaben an den öffentlichen Ausgaben*) 2004 nach Bundesländern



*) Personalausgaben der Länder und der Gemeinden/ Gemeindeverbände
Quelle: Statistisches Bundesamt

Grafik: LDS NRW

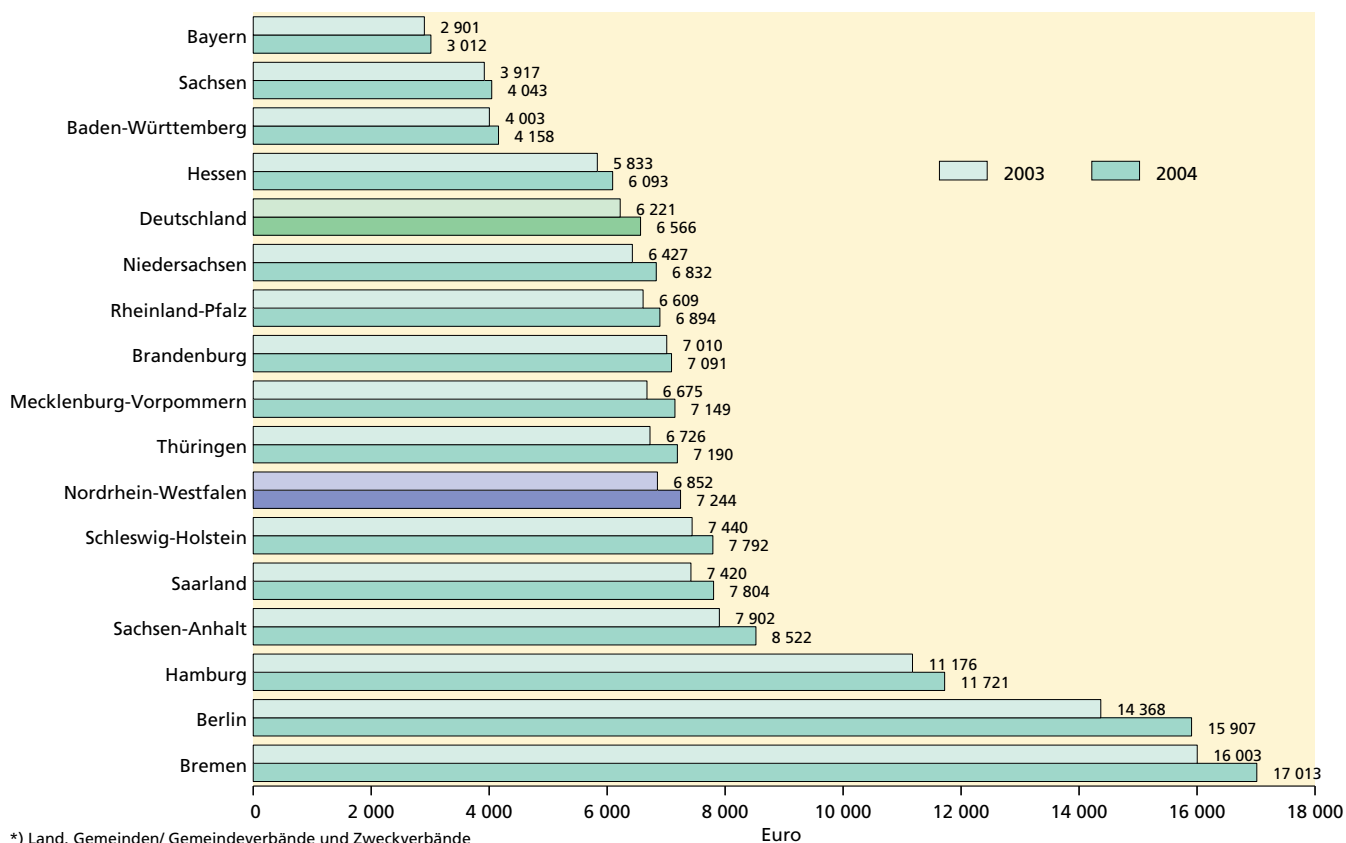
Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in NRW

Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte beliefen sich in Nordrhein-Westfalen zum Jahresende 2004 auf 130,9 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg um 6,91 Mrd. Euro oder 5,4 Prozent. Während sich die Schulden beim Land um 7,25 Mrd. Euro (+7,6 Prozent) auf 102,5 Mrd. Euro erhöhten, sanken sie bei den Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden um 343 Mill. Euro (–1,4 Prozent) auf 24,1 Mrd. Euro. Die Schulden der Zweckverbände beliefen sich auf 4,3 Mrd. Euro (+3,4 Prozent). Zu den Kreditmarktschulden im hier betrachteten Sinne gehören Wertpapiersschulden, Schulden bei Banken und Versicherungsunternehmen sowie in- und ausländische Ausgleichsforderungen. Nicht dazu gerechnet werden Schulden der öffentlichen Haushalte untereinander sowie Kassenverstärkungskredite.

Mit einem Schuldenstand von 7 244 Euro pro Einwohner nahm NRW im Länderranking einen Platz im oberen Mittelfeld ein. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung hatten Ende 2004 die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg, gefolgt von Sachsen-Anhalt, dem Saarland und Schleswig-Holstein. Am niedrigsten war die Pro-Kopf-Verschuldung in Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg.

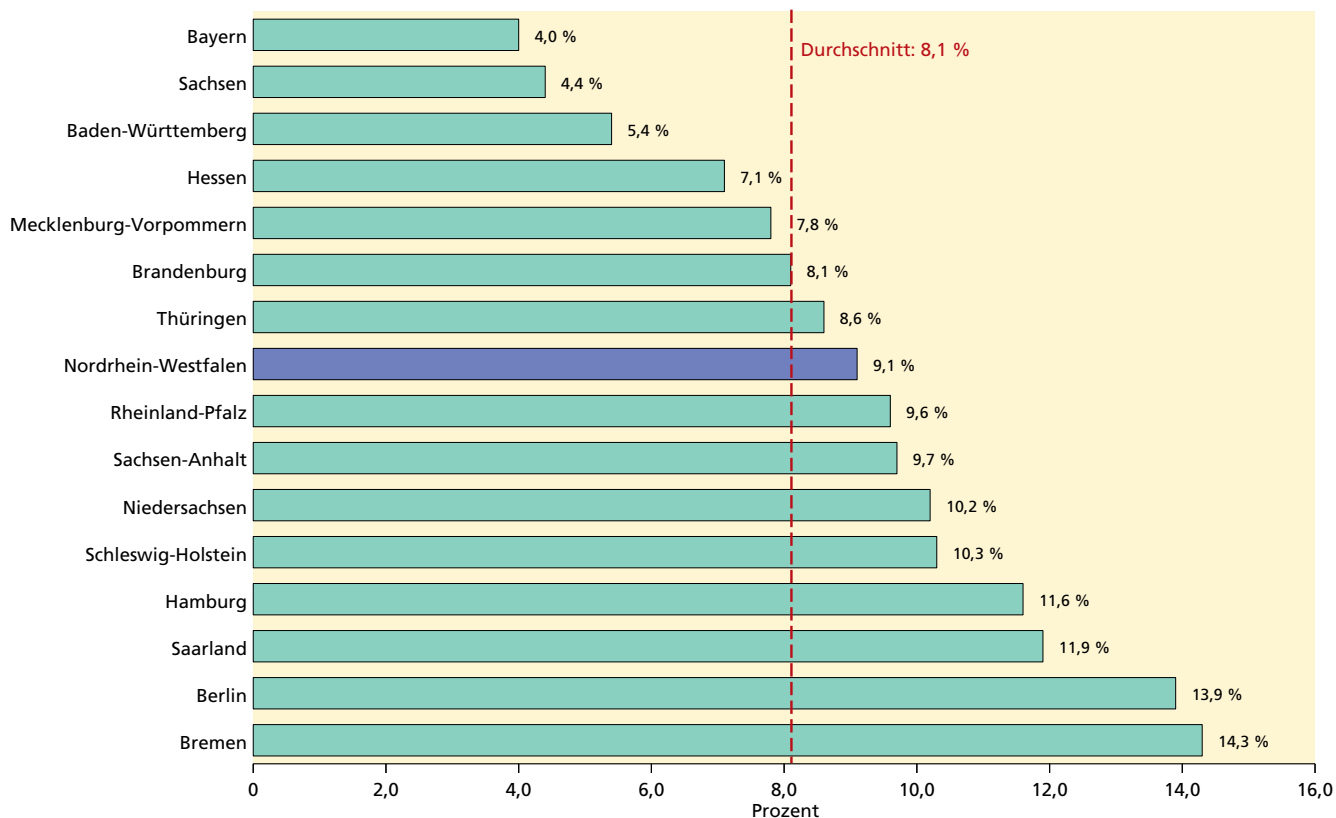
Aus der Verschuldung resultieren Zinslasten, die die öffentlichen Haushalte belasten. So musste Bremen im Jahr 2003 über 14 Prozent seiner Gesamteinnahmen (Kassenergebnisse, ohne Zweckverbände) allein für die Finanzierung von Zinslasten zur Verfügung stellen. Die anderen Stadtstaaten sowie die Flächenländer Schleswig-Holstein, Saarland und Niedersachsen wiesen ebenfalls zweistellige Zinslastquoten auf. Nordrhein-Westfalen lag mit 9,1 Prozent im Mittelfeld, die Quote lag jedoch auch hier über dem Durchschnittswert aller Länder von 8,1 Prozent. Vergleichsweise niedrige Zinslasten hatten Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg.

Schuldenstand der öffentlichen Haushalte*) je Einwohner 2003 und 2004 nach Bundesländern



Grafik: LDS NRW

Zinslastquote*) 2003 nach Bundesländern**)



*) Zinsausgaben bezogen auf die Gesamteinnahmen; Kassenergebnisse, ohne Zweckverbände – **) in der Abgrenzung der Finanzstatistik
Quelle: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Grafik: LDS NRW